
DIE ELEMENTE DER UNGARISCHEN VERFASSUNGSENTWICKLUNG

Studien zum Millennium

DIE ELEMENTE DER UNGARISCHEN VERFASSUNGSENTWICKLUNG

Studien zum Millennium

Herausgeber

**DR. GÁBOR MÁTHÉ
DR. BARNA MEZEY**

2000.

Sponsoren der Veröffentlichung

Budapester Universität für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaft, Fakultät
für Verwaltung

ELTE, Fakultät für Rechtswissenschaft

Ungarische Akademie der Wissenschaften
Rechtshistorische Forschungsgruppe

INHALT

Empfehlung

MÁTHÉ, GÁBOR:

Die Lehre der Ungarischen heiligen Krone - Paraphrase 9

MEZEY, BARNA:

Vom consuetudo zum Gesetzesrecht 21

RÁCZ, LAJOS:

Beiträge zur Entwicklung der staatsrechtlichen
Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 41

RUSZOLY, JÓZSEF:

„Eine neue Verfassung für Ungarn“
Zur Einfügung der Institutionen Parlamentarismus
und Volksrepräsentation In Ungarn und
in dem mit ihm wiedervereinigten Siebenbürgen
im Jahr 1848 51

RÉVÉSZ, TAMÁS:

Pressevergehen im ungarischen Recht der dualistischen Zeit 63

NAGY SZEGVÁRI, KATALIN:

Die Gesetzgebung bezüglich der Lage
der stellunglosen Akademiker in Ungarn während
der großen Wirtschaftskrise 71

Empfehlung

Die Mitglieder der rechtshistorischen Kommission der Ungarischen Akademie der Wissenschaften ehren – neben den ungarischen wissenschaftlichen Veranstaltungen – mit diesem Separatum die Teilnehmer des von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena veranstalteten

33. Deutschen Rechtshistorikertages

und empfehlen dem höchstrangigen europäischen Rechtshistorikerforum das Millennium des ungarischen Staates in ihre Aufmerksamkeit.

Die Studien, welche einzelne Fragen der Verfassungsentwicklung und der Freiheitsrechte darstellen, gewähren einen Einblick in das öffentliche recht, welches seit der Staatsgründung durch Stephan den Heiligen integraler Teil des europäischen Rechtes ist.

Das Schicksal des Westens als ein Teil der drei historischen Regionen Europas weist einen eigentümlichen Trend auf, von dem zwar in Struktur und zum Teil in der Funktionsform Mitteleuropa abweicht, was aber keinen qualitativen Unterschied bedeutet.

Den Archiven und den, historische Zusammenhänge kennenden Historikern ist es eine bewiesene Tatsache, dass die europäische Idee nur dann verwirklicht werden kann, wenn die Mehrsprachigkeit, das kulturelle Verständnis, die Offenheit und die Toleranz Wirklichkeit werden und der gemeinsame kulturelle Rahmen entsteht, der das Wesen Europas darstellt. Es ist unerlässlich, dass die kulturelle Eigenheit und Würde zu solch einem Bewusstsein werden, das dies einen Baustein der Vielseitigkeit der aus vielen Nationen bestehenden europäischen Identität bildet, was wiederum bestärkt eine neue Einheit bilden muss. Europa ist nämlich weder identisch mit dem Westen, weder mit Mitteleuropa noch aber mit der EU.

Anschaulich wird all dies von Erhard Busek ausgedrückt in den Schlussgedanken seines Programmessays mit dem Titel Das ausgedachte Mitteleuropa.

„Europa kann nicht versteinern. Europa ist ein prozess. Europa hat sich den allgemeinen Menschenrechten verpflichtet und bewegt sich in diese Richtung. Auf Wirkung der neuen äusseren und inneren Herausforderungen ist Europa von dieser Richtung weggeschwemmt worden. Es hängt von uns Europäern ab, ob wir den Begriff Europas mit neuem Inhalt füllen können... Es ist die Aufgabe von uns allen, das neue Europa zu finden, dann können wir uns

Perdre

„Mais perdre vraiment

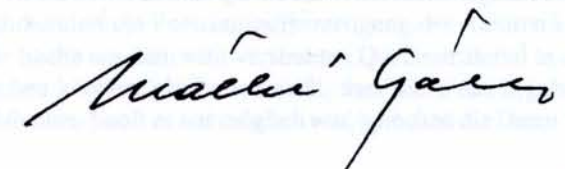
Pour laisser place à la trouvaille

Perdre

la vie pour trouver la Victoire

(Guillaume Apollinaire: Toujours)

Budapest, am 31. Juli 2000



Die Lehre der Ungarischen heiligen Krone Paraphrase

Wenn die Rechtswissenschaft die Entstehung des Rechtes aus dem Verlauf der Entwicklung des Rechts, aus den Gründen dieses Entwicklungsverlaufes, den darauf ausgeübten Einflüssen und den Phasen dieser Entwicklung kennenlernen und somit aus der Kenntnis der Entwicklung in den Sinn und die Bedeutung der einzelnen rechtlichen Thesen eindringen will, dann wird die Rechtswissenschaft zur historischen Rechtswissenschaft, zur Rechtsgeschichte. Durch die Rechtsgeschichte wollen wir im Grunde genommen die geschichtliche Grundlage des auch gegenwärtig bestehenden praktischen Rechtes kennenlernen, das heisst, wie haben sich die Rechtsregeln auf das Niveau entwickelt, auf dem sie gegenwärtig stehen. So wie wir die geschichtliche Entwicklung, die nur ein wesentliches Bestandteil des Rechtes darstellt, im allgemeinen nur auf nationaler Grundlage kennenlernen können, so können wir auch die Entwicklung des Rechts nur auf nationaler Grundlage behandeln.

Bei der Behandlung der ungarischen Rechtsgeschichte werden wir zu zwei Lehren gelangen. Die eine lautet, dass es im Laufe der Geschichte keine isolierten Kulturen gibt und auch keine isolierte Rechtsentwicklung. Die ungarische Rechtsentwicklung ist eine ebenso nicht isolierte Erscheinung, wie die ungarische Kultur. Die Rechtsgeschichte führt uns hinüber zum Gebiet des Rechtsvergleiches. Die Methode des Vergleiches ist dazu in der Lage die wahren Quellen des ungarischen rechtlichen Lebens aufzuzeigen, die Umgestaltung der fremden Quellen und auch das, was das Individuelle im ungarischen Rechtsleben ist. Die andere Lehre, die wir aus dem Studium der Entwicklung des Rechtslebens und der Wirkung, die die ausländische Entwicklung auf die ungarische Entwicklung ausgeübt hat, ist noch wichtiger als die erste, denn sie ist eine nationale. Das Ungartum hat nämlich wie auf allen anderen Gebieten der Kultur und Bildung auch auf dem Gebiet des Rechtslebens all das vollkommen umgestaltet, was es sich vom Ausland ausgeliehen hat, es wurde dem nationalen Charakter und Denken entsprechend umgestaltet und daraus ein spezifisches ungarisches Nationalrecht geschaffen, in dem es sehr viele selbständige Schöpfungen gibt, auf die gleichwelche grosse westliche Nation stolz sein könnte. (1)

Die Ars poetica, die Gesamtheit des Werkes des Rechtshistorikers Professor Ferenc Eckhart hat ihn vor den Extremen bewahrt, welche seine wissenschaftlichen Gegner ihm unverdienterweise angehängt haben. Die Ehre vor den Tatsachen hat ihn auch in der Diskussion geleitet, die dazu berufen war, eine der wichtigsten Thesen des damaligen öffentlichen Rechtes, die historische Entwicklung der Lehre der heiligen Krone zu klären. Die Lehren der berühmten geistesgeschichtlichen Diskussion zwischen den beiden Weltkriegen hat er – auch für heute – mit beispielhafter Konsequenz des Forschers und der Summierung der Ergebnisse einer jahrzehntelangen quellenforschenden Arbeit gezogen.

Die entstandene Monographie (2) ist die bestimmende Quelle der Wissenschaftsgeschichte, die auch noch nach einem halben Jahrhundert die Forschungsüberzeugung des Autors klar nachweist: „Obwohl bei der Natur der Sache aus dem weit verstreuten Quellenmaterial in der Zukunft noch viele Angaben auftauchen können, glaube ich nicht, dass diese das Ergebnis meiner Arbeit wesentlich verändern könnten. Sooft es nur möglich war, sprechen die Daten für

sich selbst, weil ich dachte, auf diese Weise am ehesten dem Ausspruch jeglicher Werturteile entgehen zu können. Der Haupt Gesichtspunkt meiner Arbeit war die Forschung der Gedankenkontinuität." (3)

1. Die Verfassungsdiskussionen des letzten Jahrzehntes dieses Jahrhunderts und nicht zuletzt die Diskussionen zu dem Vorschlag, die Jahrtausendfeier der ungarischen Staatsgründung gesetzlich zu verankern haben den Autor dazu bewegt, – bescheidenerweise – sich im Zeichen der Eckhartschen gedanklichen Kontinuität zu der bis heute wirkenden öffentlich-rechtlichen Rolle der Lehre der heiligen Krone zu äussern.

Ich betrachte die Lehre der heiligen Krone als eine historische Kategorie der ungarischen Verfassungsentwicklung. Das Wesen der Lehre der heiligen Krone besteht darin, dass es sich dabei um einen doppelten Vertrag handelt. Der eine Kontrakt ist mit der Souveränität verbunden. Und die Souveränität gehört der Nation. Der Adel stellte bis 1848 die Nation dar, danach vom bürgerlichen Zeitalter ab Aufgrund der staatsbürgerlichen Gleichheit das ganze Volk. Die sich aus der Souveränität ergebenden Rechte wurden von der Nation auf die heilige Krone übertragen (die heilige Krone ist in diesem Sinne das Symbol des ersten Vertrages, der von den Mitgliedern der Nation geschlossen wurde), und zugleich hat sich die Nation das Recht vorbehalten, jeden einzelnen König bei der Besteigung des Thrones selbst mit der Gesamtheit der Herrscherrechte auszustatten. Das heisst, neben der Krönung werden solche verfassungsmässigen Garantien, wie der Krönungsschwur und der Krönungsbrief gesetzlich verankert, in denen der König die Verpflichtung übernimmt, die Unabhängigkeit des Landes zu schützen und die Grundgesetze des Landes in Ehren zu halten. Somit ist die Tatsache der Krönung, der Krönungsbrief und der Schwur der zweite Vertrag, die öffentlich-rechtliche Form des Machtübertragungsvertrages zwischen der Nation und dem König. Daraus folgte, dass – insofern die Arbeit der zur Ausübung der Souveränität berufenen staatlichen Hauptorgane unmöglich geworden ist, so die Nation berechtigt war, durch Schaffung entsprechend geeigneter Organe für die Ausübung der Souveränität zu sorgen. (4)

Mein Gedankengang im weiteren ist die Paraphrase der Eckhartschen Monographie, ergänzt durch die verfassungsrechtliche Entwicklung der Gegenwart.

2. Das Kronendiadem stammt, wie allgemein bekannt, aus dem hellenistischen Kulturkreis und ist durch kirchliche Vermittlung in die aus dem Alten Testament übernommene Krönungszeremonie des Königs aufgenommen worden, welche ab dem 8.–9. Jahrhundert bereits einen sakralen Charakter annimmt. Die früher sakrale, ab dem 13. Jahrhundert nur noch über sakralen Handlungscharakter verfügende und zur Krönung verwendete, gesegnete Krone ist das Symbol der über die Zustimmung der Kirche verfügenden Macht und im christlichen Königreich bereits im 9. und 10. Jahrhundert das Äussere, sichtbare Zeichen der durch Vermittlung und Wunsch der universellen Kirche allgemein anerkannten Macht.

Die Krone von Stephan dem Heiligen ist das Symbol der ungarischen königlichen Macht, so wie in jener Zeit die Krone das Symbol jeglicher Königsmacht war. Das wurde von der Kirche darin gesehen, die sie dem auf den Thron steigenden König aufs Haupt setzte und dies wird auch von den Krönungsinsignien bewiesen.

Die Krone kommt neben ihrer Bedeutung als Schmuck entscheidende Bedeutung dadurch zu, dass sie das Zeichen der Hauptmacht ist: *insigne imperii*. Die Krone ist eng verbunden mit der die Macht verkörpernden Person des Königs und solange diese Beziehung ungebrochen ist, ist die Kronenlehre nicht verselbständigt. Die Trennung tritt dann ein, wenn sich die öffentlich-rechtliche und die privatrechtliche Würde des Königs zweit-

eilt. Diese Trennung, die Sachwerdung der Krone nimmt im wesentlichen mit einem internationalen Ereignis ihren Anfang, was durch die Praxis der ungarischen Urkundenkanzlei eindeutig bewiesen wird, nämlich dass im Jahre 1381 die venezianische Republik ihren Vertrag nicht mehr mit dem ungarischen König, sondern mit der heiligen Krone schliesst. Mit diesem Moment wird die Krone zum Subjekt internationaler Verträge. (5) Das Sachwerden der Krone ist übrigens eine europäische Erscheinung – wie dies geschehen ist, ist in der Geschichtswissenschaft stark umstritten – doch ist ein ähnlicher Prozess z.B. in der englischen Verfassungsentwicklung zu beobachten. So ist das Recht der Krone in erster Linie mit der Rechtssprechung, der *iurisdictio* verbunden, und deshalb wird vom Frieden des Königs, vom Frieden der Krone und von der Reinheit der Rechtsprechung gesprochen.

Die zu Ende des Mittelalters entstehende wissenschaftliche These können wir in der englischen Rechtswissenschaft mit dem Namen von Coke verbinden, der die Personen in natürliche und Rechtspersonen einteilt. „Die Könige und Pfarrer sind künstliche Personen, *sola corporationes*, die nicht von Gott, sondern der Klugheit der Menschen geschaffen wurden.“ Der König ist ein ewig lebender, denn der Thron steht nie leer. Der Staat dagegen ist keine Korporation: Die Rechtspersönlichkeit des Staates hat das englische Recht nicht gekannt, vielmehr noch, in England ist auch der Begriff des *Fiscus* nicht bekannt, und in privatrechtlicher Hinsicht war auch nicht der Staat sondern immer die Kronenkorporation.

Obwohl die ungarische Entwicklung zum Teil abweichend ist, gibt es auch bei uns Beweise über die Krone als Korporation. Gerade der Text des mit der venezianischen Republik geschlossenen Vertrages zeigt: „im Königreich und in der Krone wird im Namen der Nachfahren“ der Gegenstand des Vertrages angenommen, nämlich die Entsagung des Territoriums. Wie Eckhart treffend feststellt: „der Mangel der Persönlichkeit des Staates wird vom Nacheinander der die Staatsmacht ausübenden Könige und dem ewigen Zeichen ihrer Macht, der Krone ergänzt“. (6) Dieser Gedanke steht dem Begriff der *corporatio sola* sehr nahe.

3. Die Erscheinung des vertraglichen Motives der Kronenlehre ist mit einem Decret aus dem Jahre 1386 verbunden. Darin steht die sich zerteilende königliche Macht und die Krone dem Land, dem *regnum* gegenüber. Neben der *corona regia*, der königlichen Krone erscheint die *corona regni*, die Landeskronen das heisst, hier fordern schon die Vertreter der Stände ihren Teil von der Macht.

Zur Zeit des Interregnums in Abwesenheit der Person des Herrschers haben die *prälati, barones et regni Hungarie* die Fiktion angewandt, dass die Macht allein das Besitztum der Krone ist. Der Anschein, dass das alleinige Subjekt der Staatsmacht die Krone ist – und jetzt nicht nur in internationaler, sondern auch in innenpolitischer Hinsicht – und deshalb die Stände die Urkunden des Landesrates mit dem Siegel der heiligen Krone versehen, d.h. dem *sigillum „Sacre corone regni Hungariæ“*, stellt die Vervollkommnung des Sachwerdungsprozesses dar. Die Gestaltung der Staatspersönlichkeit trägt zu Ende des 14. Jahrhunderts eine neue Qualität, die *corona regni Hungariæ* ist nicht mehr identisch mit den königlichen Rechten, sondern veranschaulicht den König und die Stände zusammenfassenden dualistischen Staatsbegriff.

Bis zum 15. Jahrhundert erfährt das Wort *regnum* mehrere begriffliche Bereicherungen. Dem Zeugnis der Urkunden zufolge verfügt das Wort auch über eine territoriale Bedeutung, die Rechtsbehördlichkeit der Krone ist auch Träger einer gebietlichen Integrität.

Vielmehr noch, die in diesem Gebiet Lebenden sind die Untertanen der Krone, die ihr Treue und Schutzverpflichtung schulden. Gleichzeitig verfügt die Krone über ein Einkommen. Der frühere Zustand, dass der König dominus terræ ist, bedeutet keine Ausschliesslichkeit mehr, das im Besitz verborgene Recht wird zum Recht der Krone, der Besitz „fällt dorthin zurück, woher er entstammt“.

Im 15. Jahrhundert also erscheint die Krone bereits als Staatspersönlichkeit, die das Rechtssubjekt der staatlichen Handlungen ist und die im Ausland als moralische Person betrachtet wird, von deren Willen gesprochen wird, mit der man in vertraglicher Beziehung steht, die über eine territoriale Rechtsbehördlichkeit verfügt und über ein Imperium gegenüber den auf ihrem Gebiet Lebenden verfügt.

4. Gerade deshalb wird im 16.–17. Jahrhundert die Person des Königs zum zentralen Problem, und es ist kein Zufall, dass dem die personellen Beziehungen durchgehend charakterisierenden Herrscher gegenüber ein Misstrauen entsteht und parallel dazu die Rolle des Parlaments, des gemeinsamen Machtschauplatzes der Stände und des Königs aufgewertet wird.

Darin ist die hervorragende Bedeutung des Parlaments verborgen, die Durchsetzungsmöglichkeit der Willensbeschlüsse der Stände, letzten Endes die Entscheidung dessen, wem die Krone zusteht und welche Garantien derjenige, der sie trägt den Ständen, dem Land im Schutze der *corona regni* geben kann.

Es ist eindeutig, dass in dieser Zeit die ungarische Verkörperung der mittelalterlichen vertraglichen Machtübertragungstheorien, die organische Staatslehre von Werböczy aufgewertet wird. (7) In seinem *Tripartitum* verkündet und beweist er die bis dahin nirgends lesbare These das *una et eadem libertas*, ergänzt dadurch, dass *una eademque nobilitas* Mitglied der Krone ist. Der über ein- und dieselbe Freiheit verfügende Adel – *populus Werböczyanus* – wird zur Quelle der Macht, die mit der Krönung die Macht dem Herrscher überträgt, der sie adelt. Der Adel als Mitglied der Krone wird zum Teil der Gesetzgebung. (8) Die Gesetzgebung – so das *Tripartitum* – steht der *communitas* zu. Zur Verabschiedung von Gesetzen kommt es dann, wenn die die Gemeinschaft gleichermassen interessierende Dinge auftauchen. Dem *populus maior principe* gemäss steht nämlich die Gesamtheit neben dem Herrscher und über dem Herrscher der gesetzgebenden Macht zu. Dieser Zustand ist die ständische parlamentarische Monarchie, die im 18. Jahrhundert in eine Krise gelangt und zwischen den Habsburgischen Kronenländern und dem ungarischen ewigen Land zu einem neueren Vertrag, der *Pragmatica Sanctio* führt.

5. Die *Pragmatica Sanctio* ist ein Meilenstein im ungarischen öffentlichen Recht. Die Fachliteratur ist zwar nicht einheitlich in der Beurteilung dieses spezifischen Gesetzes. Mehrere behaupten, dass es von Ferenc Deak in die Reihe der grundlegenden Gesetze erhoben wurde, während er die öffentlich-rechtlichen Grundlagen des Ausgleiches ausarbeitete. Wir stimmen jedoch mit dem berühmten Verfassungsrechtler Professor Istvan Kovács überein, der in seiner sich mit diesem Thema beschäftigenden hervorragenden Studie betont, dass die *Pragmatica Sanctio* bereits zur Zeit ihrer Annahme als hervorragendes Grundgesetz betrachtet wurde. Was ist die Erklärung dafür? Vor der Antwort müssen wir noch auf ein früheres Moment verweisen. Die öffentlich-rechtliche Gesetzgebung des 17. Jahrhunderts wurde nämlich durch die Gesetze über die Änderung des Thronvererbungsrechtes und die Entsagung des *ius resistendi* repräsentiert. Der Herrscher (Leopold I.) verband nämlich damit den Wiederanschluss der von der türkischen Besetzung befreiten Landesteile an das Territorium des ungarischen Staates. In den Gesetzen von 1687 haben die Stände einer dominanten Garantie der ständischen Verfassungsmässigkeit entsagt, dem Recht der Königs-

wahl und zugleich das Erbrecht des Erstgeborenen des deutschen und spanischen männlichen Zweiges des habsburgischen Hauses auf den ungarischen Thron anerkannt. Von da an sind die Krönung, die Krönungsurkunde und der Krönungsschwur die wichtigsten Verfassungsgarantien in unserem Recht. Deshalb ist die Krönungsurkunde – ein öffentlich-rechtlicher Vertrag – inhaltlich erneuert und nicht nur das Verhandlungsergebnis von Wahlbedingungen sondern eine Sammlung konkreter Formeln. Auf die Bedeutung der *Pragmatica Sanctio* weist weiterhin der Umstand, dass nach der Auflösung der Deutsch-römischen Reiches die territoriale Grundlage des österreichischen Kaiserreiches die mit dem ungarischen Königstum gemeinsam besessenen Gebiete bedeuteten. Der Wiener Kongress hat nämlich das deutsche Kaiserreich nicht wiederhergestellt, sondern anstelle des deutschen Reiches eine solche Konföderation geschaffen, welche ein Bund souveräner Staaten war (Deutscher Bund), innerhalb dessen Österreich das Amt des Bundesvorsitzenden ausübte, ohne dass damit das Amt des deutschen Kaisers einhergegangen wäre.

Die *Pragmatica Sanctio* ist also ein solcher zweiseitiger Vertrag, der für beide Seiten eine gegenseitige Verpflichtung darstellte. Die ungarischen Stände haben jedoch dafür, dass sie dem recht auf Königswahl entsagt haben, im Austausch die öffentlich-rechtlichen Garantien für ihre Teilnahme an der Macht erhalten (Krönung, Einberufung des Parlamentes), was zugleich auch die Existenz des selbständigen Staatstumes zum Ausdruck brachte. Daraus folgt, dass die Interpretation des später mehrere Diskussionen auslösenden Begriffes *unio* – das Problem von *indivisibiliter et inseparabiliter* – den ungarischen Ständen kein Rechtsinterpretationsproblem verursacht hat. István Kovács wirft in seiner zitierten Studie (9) auf: Wenn die ungarischen Stände im Einklang mit ihren ursprünglichen Vorstellungen die Thesen der *Pragmatica Sanctio* in einem internationalen Abkommen fixiert hätten, dann wäre die *nobilitas* viel weiter gegangen in der Fixierung der Mittel und Voraussetzungen der gemeinsamen Verteidigung und man wäre zur Festlegung solcher gemeinsamer Angelegenheiten und ständigen Organisationen gelangt, welche zur Realunion oder den Bestandteilen des im heutigen Sinne verstandenen Staatenbundes (*conföderáció*) gehören. Da es nicht dazu gekommen ist, folgte aus der *Pragmatica Sanctio* nicht unbedingt die Pflicht der gemeinsamen Verteidigung. Aber aus der Textinterpretation kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass die *Pragmatica Sanctio* ein solcher Bund ist, eine solche Verteidigungsverpflichtung, welche bei einem die ewigen Länder und Ungarn von gleich welcher Seite treffendem, von aussen kommendem Angriff (*contra vim externam*) ein gemeinsames militärisches Auftreten vorschreibt. Der *Pactum* hat sich jedoch nur darauf bezogen, dass der die ewigen Länder vertretende Herrscher sowie das ungarische Parlament (mit demselben Herrscher als ungarischem König) auf souveräne Weise das Mass des militärischen Beitrages zur Verteidigung bestimmen. Somit hat also die *Pragmatica Sanctio* keine gemeinsame Angelegenheit aus dem Militärwesen gemacht, so wie sie auch keine gemeinsame Angelegenheit aus den anderen staatlichen Angelegenheiten kreierte, welche die durch die Person des gemeinsamen Herrschers verbundenen Gebiete gemeinsam betrafen. Es ist ein Wink des Schicksals, dass zur Zeit der verfassungsmässigen Monarchie im Jahre 1848 der

Ministerpräsident der ersten verantwortlichen Regierung, Batthyány, im Namen der gesamten Regierung äusserte, dass entsprechend der gemeinsamen Verteidigungsverpflichtung es eine Pflicht der Ungarn sei, die Integrität der Monarchie im Falle äusserer Angriffe zu verteidigen. Nicht zufällig sagt Zsigmond Beöthy in seinem zeitgenössischen „elementaren öffentlichen Recht“: Infolge dieser Verordnung steht Ungarn mit Österreich

- durch die Identität des Herrschers in einer gewissen Beziehung, ohne dass jedoch dadurch, ausser der Vereinigung durch ein- und denselben Herrscher die gesonderte Regierung, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit auch nur im geringsten Masse verletzt worden wären, dessen Ungarn nicht nur in der *sanctio*, sondern auch anderswo, zum Beispiel in den Gesetzen 3 von 1715, 8 und 11 von 1741, 10 von 1790/91 und 3 von 1827 versichert wird." (10)
6. Neben das die öffentlich-rechtlichen Grundlagen bestärkende Gestz von 1723 haben sich im 18. Jahrhundert noch sehr bedeutende verfassungsgeschichtliche Grundrechte gesellt. So hat unter anderem das Gesetz 10 des Jahres 1791 besagt, dass Ungarn ein über Selbständigkeit verfügender unabhängiger Staat ist, der über eine eigene Verfassung verfügt. Das Gesetz 11 spricht über die Unverletzlichkeit der Grenzen. Das Gesetz 12 hatte die Ausübung der Legislative und der Exekutive zum Gegenstand. In diesem Gesetz treffen wir zum ersten Mal auf die Forderung nach Trennung der Machtzweige des Staates. Es hat dem Prinzip des feudalen öffentlichen Rechtes zufolge deklariert, dass die gesetzgeberische Macht dem gekrönten König und dem Parlament gemeinsam zusteht. Es hat das Regieren mit Verordnungen verboten und diese nur zur Durchführung der Gesetze anerkannt. Auch die Garantien der richterlichen Unabhängigkeit waren darin fixiert. Schliesslich hat das Gesetz 19 das Appropriationsrecht geregelt. Diese öffentlich-rechtlichen Gesetze hatten doppelte Gesichter, sie haben nämlich innerhalb der Rahmen der ständischen Verfassungsmässigkeit für das Parlament all diejenigen Garantien enthalten, welche die Ideen des 18. Jahrhunderts den aus Vertretern des Bürgertums bestehenden Legislativen zugesprochen hatten. Nicht zufällig erwähnt Eckhart sehr treffend: „diese ungarische Aufklärung war eine sehr spezifische, deren Genius in einer Hand Montesquieu und Rousseau hielt, in der anderen wiederum das Tripartitum". (11)
7. Die Erscheinung des europäischen Statusbegriffes zeigt aber gleichzeitig, dass die heilige Krone zur entschiedenen Bezeichnung des ungarischen Staates nicht allgemein wurde. Auf einen interessanten „neuzeitlichen Zusammenhang" verweist die Botschaft der Stände aus dem Jahre 1811, in der betont wird, dass „der Rechtsbehörde der Krone solche bedeutende Grundlagen und Einkünfte überlassen wurden, damit mit deren Hilfe der Staat (status) für seine Notwendigkeiten sorgen kann". (12) Das im Reformzeitalter auch in der ausländischen Rechtsliteratur allgemein verwandte Wort status wurde für diesen Begriff angewandt, welches als Staatlichkeit ins Ungarische übersetzt wurde. Erst ab den 1850er Jahren wurde das Wort Staatlichkeit durch das Wort Staat abgelöst. Der status bedeutete übrigens – wie darauf Eckhart in seiner Monographie verweist – in der lateinischen Sprache Ungarns die Stände. Die erste Bezeichnung im heutigen Sinne ist mit dem bereits erwähnten Gesetz 10 verbunden. Von Siebenbürgen aber wurde im Sinne des ständischen Zustandes des status gesagt: *partem civitatis seu status Hungarici efficiebat*.
8. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat in der parlamentarischen Monarchie die Lehre der heiligen Krone keine starken öffentlich-rechtlichen Untertöne, es genügt hier, auf die Lehren von Hajnik zu verweisen. In diesen Jahren wird langsam und zum Preise unnachgeblicher Kompromisse – unter dem Schwanken zwischen königlicher und nationaler Souveränität – das Institutionensystem des Rechtsstaates ausgebaut, mit der Machtteilung und dem Non-plus-ultra des Rechtsstaates sowie der Aufstellung des Verwaltungsgerichtes.
- Der, durch die Verkündung des an die Idee des Rechtes gebundenen Staates entstandene bürgerliche Zustand vertritt eine neue Qualität, fordert eine verlässliche, berechenbare Rechtsordnung und Garantie für Jedermann ist die gesetzgeberische Macht als Ausdruck

des gemeinsamen Willen des Volkes – die Verkörperung der Souveränität. Der moralische Staat (*res publica*) ist zur öffentlichen Sache geworden im Sinne des Fortschrittes des Wohlstandes des Individuums. (14)

Im Verhältnis von gesetzgeberischer und Exekutivmacht wird die allgemeine und die besondere Rechtsregelschaffung – ähnlich zur europäischen Entwicklung – auch bei uns durch die Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Es ist eine interessante Erscheinung, dass bis zum Ausbau der neuen öffentlich-rechtlichen Struktur die Legislative im Übergewicht ist. Nach der rechtlichen Ordnung der Verhältnisse zwischen Landesselbstverwaltung (Parlament) und Gebietselbstverwaltungen senkt sich aber die Waage zugunsten der Exekutive. Das ist einesteils durch das Verhältnis zwischen Gesetzesschaffung und Verordnungen zu erklären. Anfänglich hat die Regierung – im Zeichen der rechtschafferischen Konzeption der französischen Revolution – nur Verordnungen zur Durchführung der Gesetze herausgegeben. Wenn sie davon abgewichen ist, war sie zur nachträglichen Gesetzesregelung verpflichtet. Die die Gesetzeslücken ausfüllende Rechtsschöpfung durch Verordnungen hat langsam zugenommen und im 20. Jahrhundert – mit dem Gesetz LXIII des Jahres 1912 – ist die ursprüngliche rechtsschöpfende Macht der Regierung anerkannt worden. Von hier ab datiert die verfassungsrechtliche Problematik der Ermächtigungen.

Die Eroberung der Exekutive wird andererseits durch die sog. zweiten Munizipalgesetze charakterisiert, welche durch die Parallele von Selbstverwaltungs- und dezentrierter Verwaltung die Zentralisierung der Staatsverwaltung gefördert haben.

Das den dritten Machtzweig relevierende Gesetz über die Ausübung der Richtermacht dagegen hat die Trennung von Verwaltung und Rechtssprechung deklariert sowie die Bedingungen der richterlichen Qualifikation und Unabhängigkeit fixiert. Danach folgten die Gesetze über die ordentliche Gerichtsorganisation, die Staatsanwaltschaft und weiterhin die Rechtsanwalts- und die Notarenkammern, wodurch bis zum Jahre der Fusion (1875) die Organisation der modernen Rechtssprechung Ergebnisreich ausgebaut war.

Gegenüber den Expansionsbestrebungen der Staatsverwaltung hat die Legislative zu Ende des Jahrhunderts erfolgreich reagiert. Es wurde die von der ordentlichen Gerichtsorganisation getrennte Verwaltungsrechtssprechung eingeführt. Die neue Institution sicherte einesteils den subjektiven Rechtsschutz gegenüber den Verwaltungsbeschlüssen, gleichzeitig wurden auch die Selbstverwaltungen gegenüber rechtsverletzenden Einmischungen der Regierung zur Inanspruchnahme des Gerichtsweges berechtigt. (15)

9. Die Renaissance der Nationalstaaten und zugleich die Auflösung der Monarchie im 20. Jahrhundert hat jedoch eine neue Wirkung auf die Staatstheorie ausgeübt.

Bei uns in Ungarn wurde in Verbindung mit der Krise der nationalen Identität die Lehre der Krone als Staatsbegriff aufgewertet. (16) Ihrer Bekanntheit wegen gehe ich nicht auf die Details der Eckartsauer Erklärung von 1918 ein, in der der Herrscher mit feiner Eleganz nicht dem Thron entsagt, sondern sich nur von der Erledigung der Staatsangelegenheiten zurückgezogen hat. Diese öffentlich-rechtliche Unmöglichkeit hat eine spezifische Rechtsinterpretationsproblematik, in unserem Rechtsleben den politischen Kampf zwischen den freien Königswählern und den Legitimisten sowie den grossen geistesgeschichtlichen Kampf der 30er Jahre, die Eckhartsche Diskussion zum Ergebnis. (17)

Es erscheint unglaublich, ist aber dennoch wahr, dass die einesteils feudale, anderenteils naturrechtliche theoretische Konstruktion zur Grundinstitution des Königreiches ohne König wurde. Die öffentlich-rechtlichen Werke haben damit die Tatsachen der staatlichen Souveränität zum Ausdruck gebracht. Die zeitgenössischen fachliterarischen und wissen-

schaftlichen Stellungnahmen stimmten darin überein, dass in dieser Konstruktion der Souveränität die Nation das Primat hat und diese berechtigt ist, in „ausserordentlichen Zeiten“ Massnahmen zu treffen. Was aber die Idee der heiligen Krone anbelangt, ist die Fachmeinung ausdrückend, dass „aufgrund des Staatssouveränitätsprinzips, welches auf der Lehre der heiligen Krone beruht, jedes Recht der heiligen Krone zusteht bzw. dem durch sie verkörperten Staat, dem König steht nur die Kompetenz zu, welche die Nation ihm durch die Krönung überträgt“. (18)

In dem die Regierungsform relevierenden Gesetz I von 1920 müssen wir die hervorragende öffentlich-rechtliche Rolle der Nationalversammlung antreffen. Unter Berufung darauf, dass die Ausübung der staatlichen Hauptmacht unter den ordentlichen Formen der Verfassung unmöglich geworden ist, hat sich die Nationalversammlung zum Vertreter der ungarischen staatlichen Souveränität erklärt. (19) Noch verständlicher ist das Primat der Gesetzgebung in dem die Kompetenz des Reichsverwesers ausdehnenden Gesetz XIX von 1937. Unter Betonung dessen, dass die Würde des Reichsverwesers kurz bzw. provisorisch zu betrachten sei, wird unterstrichen, dass „Aufgrund des Prinzips der nationalen Souveränität“ das Parlament als Vertreter der Nation – im Falle des Verwaisens des Reichsverweseramtes – berechtigt ist zur Ausübung der Rechte der königlichen Macht. Dem entstammt unter anderem auch der gesetzgeberische Wille, wonach die Gerichte die Urteile nicht im Namen des ungarischen Staates, sondern im Namen der heiligen Krone fällen. (20)

10. Schliesslich ist beim Abschluss des fast drei Jahrzehnte dauernden öffentlich-rechtlichen Interregnums ein besonderes Dokument des Parlamentes ein Beispiel für die erstrangige Rolle der die Souveränität repräsentierenden Nationalversammlung.

Es ist kein Zufall, dass im sich im Dezember 1944 die Nationalversammlung in Debrecen an das ungarische Volk wendet und sich zum ausschliesslichen Träger der nationalen Souveränität erklärt. Damit greift sie auf die Ausübung der sich aus der Gesamtheit der Souveränität ergebenden Rechte vor und bereitet auch die Ablösung der jahrhundertealten Staatsform, der ständischen vertetenden, der absoluten, der verfassungsmässigen und der parlamentarischen Monarchie vor, die Ausrufung der republik durch das Gesetz I von 1946. Das endgültig überholte öffentlich-rechtliche Interregnum hat somit im Status der heiligen Krone eine endgültig neue Lage geschaffen. Die Lehre der heiligen Krone wurde zu einem wissenschaftsgeschichtlichen Wert verfeinert und die heilige Krone zur Reliquie erhoben.

Das Gesetz I von 1946 hat eine mehr als vierteljahrhundertlange Unterlassung ergänzt, denn auch auf Ebene der Gesetzgebung wurde die Epoche des Königreiches ohne König abgeschlossen und wurden die Grundinstitutionen der republikanischen Regierungsform fixiert. Mit diesem Gesetz hat die Nation das Recht der Selbstbestimmung wiedererlangt. Das die neue Staatsform festlegende Gesetz stellte in seiner Präambel fest: „Nach einem vierhundertjährigen Kampf, der Versammlung von Onodi, dem Beschluss von Debrecen im Jahre 1849, zwei Revolutionsversuchen und der danach folgenden Unterdrückung kann das ungarische Volk erneut frei über seine Staatsform bestimmen. Die Aufgrund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes gewählte Nationalversammlung schafft jetzt im Namen und in Vertretung des ungarischen Volkes diejenige Staatsform, welche dem Willen und den Interessen der Nation am besten entspricht: die ungarische Republik.“ Dieses Gesetz fixierte unter Abschluss der Epoche der provisorischen Institutionen die Institutionen einer solchen demokratischen Regierungsform, welche Gelegenheit dazu gab, dass in der obersten Ausübung der Staatsmacht das Prinzip der Volkssouveränität restlos zur Geltung kommt.

Das Gesetz über die Republik deklarierte weiterhin, dass es den Bürgern der Republik die natürlichen und unveräusserlichen Rechte des Menschen gewährt, dem ungarischen Volk das geordnete Zusammenleben sowie die friedliche Zusammenarbeit mit anderen Völkern. Das Gesetz über die Republik wurde mit Recht die Grundlage des Geistes unserer gegenwärtigen Verfassung.

Die Gesetzgebung wollte so an das Millecentenarium des ungarischen Staates erinnern, indem es den jahrhundertealten Traditionen entsprechend ein Gedächtnisgesetz schafft. (21) Das Gedächtnisgesetz verbindet die Vergangenheit mit der heutigen ungarischen verfassungsmässigen Demokratie in der Weise, indem es sich zur gegenwärtigen Staatsform bekennt.

Es gibt auch im heutigen ungarischen öffentlichen Recht solche die Rechtskontinuität der Staatsgründung durch Stephan den Heiligen ausdrückende normative Grundlagen. Eine solche ist der offizielle Staatsfeiertag, (siehe den Text des Gesetzes VIII von 1991) sowie die im Staatswappen auftauchende heilige Krone. Die heilige Krone ist seit dem Gesetz XLIV des Jahres 1990 ein normativer Teil des ungarischen Verfassungsrechtes. Aufgrund des Abschnittes (2) des 76. § der Verfassung ruht die ungarische heilige Krone auf dem Wappenschild. Die ungarische heilige Krone ist untrennbar mit der Staatsgründung durch Stephan den Heiligen verbunden. Die heilige Krone ist also kein musealer Gegenstand, sondern als öffentlich-rechtsgeschichtlicher Wert eines der Hoheitszeichen des ungarischen Staates, die äussere Darstellung der Souveränität.

Wenn auch das Gesetz zum Gedächtnis an das Millennium – zur Erinnerung an die Staatsgründung durch Istvan den Heiligen und die heilige Krone – keine solche öffentlich-rechtliche Polemie zum Ergebnis hatte, wie in den dreissiger Jahren die Eckhartsche Diskussion, so mischen sich dennoch auch noch nach sieben Jahrzehnten die gefühlsmässigen politischen Beurteilungen und die sich von anderer Seite nähernden rechtshistorischen, dogmatischen Prämissen. Der Anspruch der Anschauungsdurchsetzung, die den Ton eines akademischen Streites oft überschreitet, ist verständlich, denn die verfassungsrechtliche Beurteilung der Lehre der heiligen Krone ist erneut in das Zentrum des Rechtsstreites geraten.

Anhand der Eckhartschen Interpretation der Geschichte der Lehre der heiligen Krone hat die obige Darstellung vielleicht ein überzeugendes Argumentationssystem aufgeführt, und als Zusammenfassung dessen soll eine der vielen Varianten der Preamble des Millenniumsgesetzes dienen, diesmal in Form des Textes des Autors. (22)

Unser erster König, Stephan der Heilige, hat mit der Annahme des christlichen Glaubens und dem Ausbau des christlichen Staates die Möglichkeit dazu geschaffen, dass das Ungarum über Jahrhunderte hinweg bestehen bleibt. Der das Christentum verkörpernde Staat trug als Schützer der westlichen Kultur und feste Burg Europas über tausend Jahre hinweg bedeutend zur Bewahrung der strukturellen Identität des Westens und seiner bis heute währenden ungestörten Entwicklung bei.

Untrennbar mit der Staatsgründung durch Stephan den Heiligen verbunden ist die heilige Krone als Kennzeichen der ungarischen Königsmacht, welche über Jahrhunderte hinweg die Rechtskontinuität des ungarischen Staates vertrat. Das Kennzeichen der Hauptmacht ist Aufgrund der Lehre des öffentlichen Rechtes das Symbol der Machtübertragung und mit einem

solchen doppelten Vertrag verbunden, demzufolge die sich aus der Souveränität ergebenden Rechte die Nation – bis 1848 der Adel, dann vom bürgerlichen Zeitalter ab aufgrund der staatsbürgerlichen Gleichheit das ganze Volk – unter Zwischenschaltung von verfassungsmässigen Garantien der heiligen Krone überträgt. Bestimmend für die Souveränität des Staates war in dieser Konstruktion immer das Parlament. Aus der alleinstehenden öffentlich-rechtlichen Bedeutung der heiligen Krone folgt weiterhin, dass das Hoheitszeichen des ungarischen Staates, die äussere Verkörperung der Souveränität im Laufe der Geschichte immer mit besonderer öffentlich-rechtlicher Wirksamkeit geschützt wurde.

Die die jahrhundertlange Monarchie mit dem Gesetz I des Jahres 1946 ablösende Staatsform der Republik hat im Status der heiligen Krone endgültig eine neue Lage geschaffen. Mit diesem Gesetz hat die Nation ihr Selbstbestimmungsrecht wiedererlangt und somit wurde es würdigerweise die geistige Grundlage unserer gegenwärtigen Verfassung. Das am 23. Oktober 1989 zusammengetretene Parlament der Ungarischen Republik hat in mehreren Gesetzen die öffentlich-rechtliche Rechtskontinuität festgestellt. Die Staatsform der Republik und die demokratische Art und Weise der Machtausübung des Rechtsstaates haben nichts daran geändert, dass die heilige Krone den öffentlich-rechtsgeschichtlichen Repräsentanten der Kontinuität des ungarischen Staates darstellt. Dieses historische Symbol weist uns auch heute darauf hin, dass jeder Bürger des Landes einen Teil der öffentlichen Macht darstellt, wofür er verantwortlich ist und aktiv daran teilhaben muss.

Unter Hinblick auf das tausendjährige Jubiläum unserer Staatsgründung ist es erhobene Pflicht der ungarischen Nation, der Anfänge unseres Staates zu gedenken und der heiligen Krone unter Wahrung der historischen Traditionen einen würdigen Platz zu verleihen und sie zu bewahren. Deshalb verabschiedet das die Nation vertretende Parlament – unter Beachtung der jahrtausendalten Kontinuität des ungarischen Staates und unter Hinsicht auf die historische Bedeutung der diese ausdrückenden heiligen Krone – das folgende Gesetz.

(Preamble)

Die heilige Krone ist also ein solches versachlichtes Machtsymbol, welches in Europa im Laufe der Jahrhunderte eine allgemeine Erscheinung war. Aber die ungarische Krone hat noch eine besondere Bedeutung, weil sie als Beweis unserer historischen Individualität diene. Daraus folgt, dass nach der Pragmatica Sanctio die mit der Krone zusammenhängende Lehre über keine neuen inhaltlichen Elemente mehr verfügt. Sprechendes Beispiel dafür ist die öffentlich-rechtliche Beurteilung der Monarchie.

Im 20. Jahrhundert, in den extremen politischen Entscheidungssituationen (z.B. Trianon) ist es eindeutig, dass sie die jahrhundertealte nationale Existenz und die Souveränität repräsentieren wollte.

Anmerkungen

- (1) Ungarische Verfassung und Rechtsgeschichte. Die Vorträge von Professor Ferenc Eckhart (ung.). Vörösvári nyomda, Budapest, S. 1–3.
- (2) Eckhart, Ferenc: *A Szentkorona eszme története* (Die Geschichte der Lehre der heiligen Krone). Budapest 1941 (im weiteren: Eckhart).
- (3) Eckhart, S.3.
- (4) Zur Darstellung der öffentlich-rechtlichen Aspekte des Themas siehe Kovacs, Istvan: *Az ideiglenes Nemzetgyűlés összehívásának közjogi alapjairol* (Über die öffentlich-rechtlichen Grundlagen des Einberufens der Provisorischen Nationalversammlung). *Jogtudományi Közlöny* XXX. Nr. 3-4, Budapest, S.140–145.
- (5) Eckhart, S. 63.
- (6) Eckhart, S. 65.
- (7) Werbőczy, Istvan: *Harmaskönyv (Tripartitum) Corpus Juris Hungarici*. Budapest 1897.
- (8) *Corpus Juris Hungarici*, Teil I. 3. Artikel.
6. § *Postquam vero inspirante Spiritus Sancti gratia ad agnitionem veritatis, Catholicaeque fidei professionem opera ipsius sancti regis nostri, Hungari veneri et eundem sponte in regem elegere, pariter et coronare, omnis nobilitationis, et ex consequenti possessionariae collationis, qua nobiles decorantur, et ab ignobilibus segregantur, facultas, plenariaque potestas, in jurisdictionem sacrae coronae regni hujus, et per consequens in principem, ac regem nostrum, a communitate et communitatis ab auctoritate simul cum imperio, et regimine translata est, a quo jam omnis nobilitatis origo, per quandam translationem reciprocum, reflexibilemque connexionem ita mutuo semper dependet, ut seungi, segregarique nequeat, et alter sinem altero fieri non possit.*
7. § *Neque enim princeps, nisi per nobiles eligitur neque nobilis, nisi per principem creatur atque dignitate nobilitari decoratur.* Budapest 1897, pp.58.
- (9) Kovacs, Istvan: *Deák „Adalék” a és a magyar közjog – Utolsó és jegyzetek* (Der „Beitrag” Deáks und das ungarische öffentliche Recht – Nachwort und Bemerkungen). Budapest, 1987.
- (10) Beöthy, Zsigmond: *Elemi Magyar Közjog* (Elementares ungarisches öffentliches Recht).
- (11) Eckhart: S. 254.
- (12) Eckhart: S. 263.
- (13) Deák, Ferenc: *Adalék a magyar közjoghoz* (Beitrag zum ungarischen öffentlichen Recht). Pest 1865.
- (14) Péter, Zoltán: *A jogállamiságról* (Über die Rechtsstaatlichkeit). *Magyar Tudomány* 1989/a, S. 724–735.
- (15) *A Magyar Közigazgatási Biroság* (Das ungarische Verwaltungsgericht). Budapest 1947.
- (16) Ereky, István: *A magyar trón megüresedésének kérdéséhez* (Zur Frage des Leerstehens des ungarischen Thrones). Budapest 1921. *Alkotmányjogi értekezlet jegyzőkönyve*. Budapest 1922.
- (17) Vass, Lajos: *A szentkorona és a jogfolytonosság* (Die heilige Krone und die Rechtskontinuität). Budapest 1926. Molnár, Kálmán: *A jogfolytonosság helyreállításának jogelvi szükségessége és lehetősége* (Die rechtsprinzipielle Notwendigkeit und Möglichkeit der Wiederherstellung der Rechtskontinuität). Pécs 1930. Kardos, József: *A szentkoronatan története 1919-1944* (Die Geschichte der Lehre der heiligen Krone 1919-1944). Budapest 1985. Ders.: *A szentkorona és a szentkorona eszme története* (Die heilige Krone und die Geschichte der Lehre der heiligen Krone). Budapest 1992. Várgyai, Gyula: *Biralat, kihívás és program* (Kritik, Herausforderung und Programm). *Jogtudományi Közlöny* Nr. 7 1986, S. 327. Molnár, Kálmán: *Alkotmánytörténeti illuzió-e a magyar alkotmányfejlődés jellegzetes közjogi iránya?* (Ist die charakteristische öffentlich-rechtliche Richtung der ungarischen Verfassungsentwicklung eine verfassungsgeschichtliche Illusion?). Budapest 1931.
- (18) Csekey, István: *Magyarország alkotmánya* (Die Verfassung Ungarns). Budapest 1943. S. 28.
- (19) Molnár, Kálmán: *A magyar jogelmélet néhány alapvonása* (Einige Grundzüge der ungarischen Rechtstheorie). Budapest 1932.
- (20) Polner, Ödön: *Az államelmélet néhány főbb kérdése* (Einige Hauptfragen der Staatstheorie). Budapest 1935. Kocsis, István: *A szentkorona tana* (Die Lehre der heiligen Krone). Püski Kiadó. Budapest 1995.
- (21) Das Gesetz wurde vom Parlament anlässlich der Sitzung vom 21. Dezember 1999 angenommen. Siehe: Gesetz I des Jahres 2000 zur Erinnerung an die Staatsgründung durch Stephan den Heiligen und die heilige Krone. *Magyar Közlöny* Nr. 1 von 2000.
- (22) Vergleiche mit der Präambel des Gesetzes I von 2000! Der Nation, der es gegeben ist aus einem der die Geschichte teilenden Jahrhunderte in ein anderes Übertreten zu können, blickt gleichermassen in die Vergangenheit, um einen Überblick über die vergangenen tausend Jahre der Nation zu erhalten, und

auch in die Zukunft, um sich auf das folgende Jahrtausend vorzubereiten. Vor tausend Jahren hat sich mit der Krönung unseres ersten Königs, Stephan des Heiligen, das ungarische Volk im christlichen Glauben mit den Völkern Europas vereint. Seither ist Ungarn ein organischer Teil des christlichen Europas. Dadurch wurde das Bestehen des Ungartums und seine über Jahrhunderte hinweg erfüllte bestimmende Rolle gewährleistet. Ungarn ruht auch heute noch auf dem staatsgründenden Werk von Stephan dem Heiligen. Aufgrund des Werkes von König Stephan entwickelte sich im Karpatenbecken ein blühender Staat. Der ungarische Staat hat im Laufe der Jahrhunderte, indem er die gegen den Westen gerichteten Angriffe aufhielt, zur Entwicklung der christlichen Welt beigetragen. In den vergangenen tausend Jahren haben wir unsere unverwechselbare individuelle Kultur ausgestaltet, die zugleich einen untrennbaren Teil der vielfarbigen Gemeinschaft der europäischen Nationen darstellt. Der ungarische Staat und die ungarische Nation wurden durch die prophetische Persönlichkeit Stephan des Heiligen, sein auf die göttliche Vorsehung vertrauendes Auftragsbewusstsein und seinen eisernen Willen für die historische Aufgabe geeignet, die sie über tausend Jahre hinweg erfüllt haben. Die Aufnahme des christlichen Glaubens und der Ausbau des christlichen Staates haben es ermöglicht, dass das Ungartum die gegen seine Existenz gerichteten Angriffe zurückgeschlagen hat und nicht nur in seinen Siegen, sondern auch unter fremder Herrschaft, Besatzungsmacht, Aufteilung des Landes und Diktaten seine moralische Haltung bewahrt und für ewig geglaubte erobernde Mächte überlebt hat. Die heilige Krone lebt als die die Kontinuität und Unabhängigkeit des ungarischen Staates verkörpernde Reliquie im Bewusstsein der Nation und in der ungarischen öffentlich-rechtlichen Tradition. Anlässlich des tausendjährigen Jubiläums der Staatsgründung erhebt Ungarn die heilige Krone an ihren würdigen Ort und bringt sie aus dem Museum der Nation in den Schutz des die Nation vertretenden Parlamentes. Deshalb verabschiedet das Parlament – unter Hinblick auf die Staatsgründung durch Stephan den Heiligen und die hervorragende historische Bedeutung der heiligen Krone – das folgende Gesetz.

DR. BARNÁ MEZEY

Vom consuetudo zum Gesetzesrecht

Man weiß nicht, wann in der Entwicklung der ungarischen Gesellschaft das Recht erschienen ist, aber es scheint unzweifelhaft, dass die auf den Wegen der Steppen wandernden Ungarn schon über ein Normsystem verfügt haben. Bescheidene, aber sichere Beweise dafür scheinen die Lehnwörter mit rechtlichem Inhalt aus dem Bulgarisch-Türkischen und aus dem Kasarischen zu sein, wie „törvény“ – ‚Gesetz‘, „tanú“ – ‚Zeuge‘, „bilincs“ – ‚Fessel‘, „bakó“ – ‚Henker‘, „orv“ – ‚heimtückisch‘. Zwar mittelbar, aber sie beweisen faktisch doch die Existenz eines anfänglichen Rechts. Die eigentümlichen militärischen Interessen der Zeit der Stämme und der Stammesbündnisse bauten nicht nur eine neue politische Struktur hin zu den Blutsgemeinschaften auf, sondern sie schufen auch ein neues Normsystem. Die politische Führung, die sich von der Gemeinschaft unabhängig zu machen wünschte, die Stammes- und Geschlechtsaristokratie konnte jedoch nur mit der Betonung und Hervorhebung, mit konsequenteren Einhaltung einiger Gewohnheiten experimentieren, oder versuchen, einige neue Gewohnheiten einzuführen. Eine Voraussetzung des Beginns der systematischen Gesetzgebung ist die mit der Umgestaltung der politischen Formel erschienene neue Gewaltorganisation, der Staat, der im Stande ist, seine Bevölkerung, seine Untertanen, sein Volk zu Gehorsam zu zwingen. Der Staat koppelte den erheblichen Teil des gesellschaftlichen Regelsystems durch Kolonialisierung an die Tätigkeit seiner eigenen Organe, und er ließ die staatliche Sanktionierung als begriffliche Voraussetzung des Rechts anerkennen. Deshalb hält die moderne Rechtsauffassung bei der Definition des Rechts die staatliche Sanktionierung und Erzwingung für die *differentia specifica*. Die ungarische Rechtsgeschichte rechnet mit der Erscheinung des nomadischen Staates um 850, die schriftlich (im Gesetzbuch) erscheinende, ausgesprochene Gesetzgebung kann von der Schaffung des christlichen ungarischen Staates, der sich an die Gemeinschaft der europäischen Staaten anschloss, vom 11. Jh. datiert werden, und die Verstaatlichung des Rechts breitete sich mit der Schwächung des privatrechtlichen (patrimonialen) Charakters der königlichen Macht und der Entstehung der königlichen Macht mit öffentlich-rechtlicher Legitimation aus (14–15. Jh.). Die staatliche Gesetzgebung entwickelte innerhalb der Kategorie der Rechtsquellen neben dem Gewohnheitsrecht seine eigenen, neuen Formen der Rechtsnormen: das Gesetz und das daraus später selbständig gewordene Privileg und den Erlass.

1. Die Entstehung des anfänglichen Rechts geht in die ferne Vergangenheit zurück, wir haben nur lückenhafte Kenntnisse über seine Elemente. Es sind lediglich Bruchteile, die wir mit der Methode der Analogie zu einem verständlichen Bild ergänzen können. Die vereinzelt Nachrichten beweisen eher nur die Existenz eines Rechts, sie liefern aber keine Auskunft über seinen Inhalt. Wir wissen z. B., dass im 9. Jh. bei den Ungarn der Kauf eine natürliche und häufige Erscheinung war, deren Regeln ausgefeilt waren. („... mit den entgegenkommenden Byzantinern halten sie eine Messe ab. Sie [die Ungarn] verkaufen ihnen ihre Sklaven und kaufen byzantinischen Brokat, Wollteppiche und andere byzantinische Waren.“) Die genau ausgearbeiteten Regeln der Eheschließung beweisen, dass das Alltagsleben in rechtlichen Rahmen abließ. Die Ehe erschien in dieser frühen Auffassung als Kauf, in dem die späteren ehgüterrechtlichen Institute zu entdecken sind. (Die diesbezüglichen Aufzeichnungen des

Wissenschaftlers Dschahani von Bokhara aus dem 9. Jh. blieben uns in der Umschrift von Ibn Rusta und Gardisi erhalten.) Wir wissen, dass Árpád „nach Gewohnheit und Recht“ zum Fürsten gemacht wurde. (Constantinus Porphyrogenitus bekräftigte diese Information in seiner Arbeit über die Regierung des Reichs.) Wir wissen, dass bei den Ungarn während der Feldzüge strenge Regeln in Kraft traten, es wurde eine Art von Militär- oder Kriegsrecht eingeführt. „Von seinen Vorgesetzten erhält er für seine begangenen Schulden harte und schwere Strafen.“ (Darüber sprach Kaiser Leo Sapiens im 10. Jh. in seiner „Taktik“.) Wir wissen, dass man für Straftaten während militärischer Unternehmungen streng zu Verantwortung gezogen wurde und Sanktionen verhängt wurden. (Über mögliche Strafen berichtet Ibn Fadlan in seinem Reisebericht, dass die Strafe derjenigen, die die Flucht ergreifen, der Tod war [Der König „läßt sie entzweien oder kreuzigen oder bei ihrem Hals an einen Baum hängen“], eventuell erniedrigender Statusverlust, Trennung von ihren Frauen und Kindern, sogar deren Schenkung an andere, Konfiszieren ihrer Pferde, ihres Mobiliarvermögens, ihrer Waffen und sogar ihrer Unterkunft.) Ein Beweis für die Existenz einer Rechtsprechung und der Keime einer Organisation der Rechtsprechung ist es, dass die obersten Führer der Stammesbündnisse, der Gyula und der Karcha das Amt der Richter bekleideten, wie dies von Konstantin, dem in Purpur Geborenen, bezeugt wird. Neben diesen lückenhaften Kenntnissen sind das für die ersten Jahrhunderte des Christentums charakteristische Gewohnheitsrecht und das anfängliche Gemeinschaftsrecht, welche insbesondere im Privatrecht zu ertappen sind, Beweise für die Existenz und Kraft des anfänglichen Rechts. Auf der Gemeinschaft des Bluts und des Rechts basierte das Institut des Stammgutes, die Gemeinschaft des Stammguts, die Avitizität, daraus entwickelte sich der Stand der mitbeteiligten Verwandten, das Recht der Familie und des Geschlechts. Die Gesetze Istváns des Heiligen versprachen Eingriffe vor allem in Fragen des öffentlichen Rechts: den größten Teil der Privatverhältnisse ließen die neuen Verordnungen unberührt: in diesem Bereich lebte das nunmehr von der königlichen Macht akzeptierte Gewohnheitsrecht (*consuetudo*), das anfängliche Recht weiter. (1)

Das Gewohnheitsrecht ist das stärkste Element der mittelalterlichen Rechtsordnung: hinsichtlich ihrer Entstehung und Entwicklung ist sie das beste Mittel zur Regelung des Lebens der Gesellschaft. Die Gesetzgebungsaktivitäten der ersten ungarischen Herrscher waren auf die Schaffung der Rahmen des gesellschaftlichen Lebens, der Struktur der neuen Staatsorganisation und der oberen Ebene der Machtausübung ausgerichtet. Die mangelnde Schriftlichkeit machte in vielen Fällen die Durchsetzung dieser Anstrengungen zufällig. Die rohe Kraft der Macht, die Autorität und die Überzeugung standen der niedrigen Effektivität der unausgebauten oder anfänglichen Verwaltungsorganisation, der Überzeugungskraft der traditionellen Werte und der internen Gewohnheitsordnung der geschlossenen Gemeinschaften gegenüber. Deshalb konnte das königliche Recht eine umfassende und eingehende Regelung der Lebensverhältnisse keinesfalls umsetzen. Die Lösung dafür baten zwei Quellen an: das Weiterleben des Rechts und der Gewohnheitsordnung, die vor der Entstehung des Staates bestanden bzw. die Rechtsprechung, welche die konkreten rechtlichen Konflikte auch bis dahin löste.

Das Gewohnheitssystem der herkömmlichen Gesellschaft wurde selbstverständlich in die neue gesellschaftliche und rechtliche Konstruktion übernommen. In den Bereichen, wo die neue Macht nicht eingriff, blieb das alte Recht in Form des Gewohnheitsrechts weiterhin der regelnde Faktor des gesellschaftlichen Lebens. Dieses umfangreiche rechtliche Material wurde dann vom Richter, den der Staat bestellt hat und der zum bestimmenden Faktor des rechtlichen Lebens der späteren Jahrzehnte und Jahrtausende geworden ist, von den überflüssigen

Elementen bereinigt, ergänzt, aktualisiert und geändert, hinzu kam noch seine zwingende Macht. Auf diesem Wege wurden zahlreiche Rechtsinstitute, die noch in der Gesellschaft der Blutsverwandtschaft entstanden sind, in das Recht des neuen Systems eingebaut.

Da die Adaption (von wenigen Ausnahmen abgesehen) von der Rechtsprechung und der richterlichen Praxis vorgenommen wurde, wurde im Laufe der Zeit diese Form der Rechtsgestaltung zur wichtigsten Quelle des Gewohnheitsrechts. Wie die Zeit der ersten Könige immer weiter zurücklag, so gewann die sich flexibel an die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung anpassende Gerichtspraxis immer mehr an Bedeutung. Die Rechtsprechung in dieser Rolle suchte durch Verbesserung der Schwerfälligkeit und Unsicherheit der Gesetzgebung nach unmittelbaren Antworten auf die täglichen Probleme der Rechtsauslegung. Sie erwies sich als entsprechendes Mittel für die neuen Grundbesitzer, die ihre Macht ausbauten, in der Durchsetzung ihrer Überlegenheit und in der Deklaration ihrer Kraft. Die verschiedenen Gemeinschaften auf den niedrigeren Ebenen (Komitate, privilegierte Bezirke, Städte, Gemeinden) konnten ihre Selbstverwaltungsorganisationen, die Grundelemente der Selbstständigkeit sowohl der Stände als auch der verschiedenen Gremien, um ihre autonome Rechtsprechung herum ausbauen. Der Erhalt und die Ausübung des Rechts zur Rechtsprechung (*privilegium fori*, Immunität, *Jus gladii*, Recht der Städte zur Rechtsprechung usw.) bedeutete für diese größeren und kleineren Gemeinschaften der Gesellschaft die Grundlagen der Selbstverwaltung. Es ist kein Zufall, dass in der ungarischen Rechtsgeschichte bis zum 18. Jh. die bedeutendste Rechtsquelle das Gewohnheitsrecht (*consuetudo*) ist. Im Mittelalter gab das in der Gerichtspraxis entstandene Recht erst vom 16. Jh. an nur langsam und Schritt für Schritt, aber nicht ansehnlich, dem Druck des geschaffenen Rechts nach.

Die in den Wohn- und Arbeitsgemeinschaften entstandenen und dort zur allgemeinen Überzeugung gewordenen Normen und ihre wiederholte Anwendung begründete den Übergang zum Gewohnheitsrecht. Die so entstandenen Regeln wurden auch von der Rechtsprechung anerkannt, und die Verletzung dieser Normen wurde sanktioniert. Das durch die Gerichtspraxis ausgestaltete Gewohnheitsrecht entstand durch gleiche Urteile in ähnlichen Fällen. Das Richterrecht entstand im Zuge der Tätigkeit der rechtsprechenden Foren in der Gesetzgebung bzw. im Bereich der Reformierung und Weiterentwicklung der Rechtsnormen. Es wurde wegen Lücken und Mängel des Rechtssystems notwendig. Gemäß der mittelalterlichen ungarischen Rechtsauffassung sind *Gewohnheit* und *Kausalität* unerlässliche Bestandteile der Rechtsgültigkeit. Wenn das Recht alt und gut ist, ist es gültig. Die Gewohnheit wurde daher zum Recht, wenn sie diese Kriterien erfüllte, also sie war einerseits kausal (*rationalis*), wenn sie der Verwirklichung des Gemeinwohls diente, nach der allgemeinen Meinung richtig war und dem Rechtsgefühl entsprach, andererseits war sie gewohnheitsmäßig, wenn sie sich wiederholte (d.h. häufig vorkam) und beständig war (eine gewisse Zeit aber mindestens 10 Jahre in der Praxis).

Die Tatsache, dass im ungarischen Recht das Gewohnheitsrecht eine überwiegende Rolle spielte, übte einen grundsätzlichen Einfluss auf die Entwicklung des ganzen Rechts aus, und sie bestimmte zugleich das Maß und die Intensität der Wirkung des europäischen Rechts in Ungarn, sowie die Effektivität der versuchten Rechtsharmonisierung im Zuge der Modernisierungsbestrebungen, die größtenteils mit geschriebenem Recht operierten. Bis zum 15–16. Jh. wiesen aber die Bedürfnisse des wirtschaftlichen Lebens, die Forderung der Rechtssicherheit, die Strebung des Staates nach Rechtsordnung sowie die Rechtssetzungsabsicht des Ständetags gleichermaßen in die Richtung der Zusammenfassung des lebendigen Rechts hin. „Ihm wurde zur Urteilsfassung bezüglich eines Gesetzes ein Buch gebracht, das zehn

oder noch mehr Texte mit gegensätzlichem Inhalt enthielt, zum größten Entsetzen der anderen Richter" – erinnerte der damalige Richter. Die Reichstage forderten nicht nur im Bereich des Gesetzesrechts Reformen, sondern die Diäten von 1498 und 1500 verpflichteten die Exekutive auch zur Sammlung und Sortierung des landesweiten Gewohnheitsrechts. Das 16. Jh. führte nicht zu einer vollständigen Sammlung der geschriebenen Rechtsnormen, aber in dieser Epoche entstanden Sammlungen des Gewohnheitsrechts mit Wirkung auf Jahrhunderte, so auch das vom Urteilsmeister István Werbőczy zusammengestellte Tripartitum (Hármaskönyv). Ferdinand I. stellte zur Überarbeitung des Tripartitums einen Ausschuss auf (Gesetz Nr. 10 und 11 aus dem Jahre 1550). Die deputatio, an deren Arbeit Pál Gregoriánczi, Bischof zu Zagreb, Ferenc Újlaki, Bischof und Statthalter zu Győr sowie Márton Bodenarius, Rechtswissenschaftler teilnahmen, nannte ihr Werk Quadripartitum (Négyeskönyv [Quadripartitum opus juris consuetudinarii regni Hungariae]). Die Arbeit wurde 1553 fertiggestellt, aber weil die Regierung politische, der ungarischen Verfassung widersprechende Regeln hinein zwingen wollte, vereitelte der Meinungsunterschied die Fassung des Buches in eine endgültige Form. Das Quadripartitum wurde 1788 in Zagreb zu wissenschaftlichen Zwecken gedruckt, und die Gerichtspraxis benutzte sie gelegentlich.

Die Reihe der Sammlungen des Gewohnheitsrechts wurde außerdem auch durch die Sammlung der Entscheidungen, herausgegeben von Maria Therresia im Jahre 1768, erweitert. Sie enthielt diejenigen Grundsatzentscheidungen der Kurie (Planum Tabulare) seit ihrer Neuorganisation im Jahre 1723, welche von der aus den Richtern der Kurie bestehenden Kommission für wichtig gehalten waren. Die Siedler (hospes), welche das städtische Leben schufen und entwickelten, brachten ihr eigenes Recht mit, und diese fremden Gewohnheitsrechte wandelten sich mit der Entfaltung der städtischen Freiheit in Stadtrechte um. Die ersten Stadtrechte entstanden in Székesfehérvár/Stuhlweißenburg, Buda/Ofen, Selmecbánya/Schemnitz, Nagyszőlös und Zagreb. Das Schemnitzer Rechtsbuch aus dem 13. Jh. wurde auf Deutsch geschrieben, und das Ofner im Jahre 1413 zusammengestellt. Der erste Teil des Pozsonyer/Pressburger Rechtsbuches ist das jüdische Rechtsbuch von 1376, und der zweite Teil ist das eigentliche Rechtsbuch der Stadt, dessen Normen Anfang der 1400er Jahre entstanden. Das städtische Recht kam auch in der Praxis der Gerichte der höchsten Ebene zur Geltung. Die Bürger der Stadt konnten in ihren Streitsachen Berufung beim König einlegen, der mit der Rechtsprechung den Schatzmeister beauftragte. So wurde dieser ursprünglich nur Wirtschaftssachen verwaltende hochrangige Beamte zur Zeit von Zsigmond zum ständigen Richter der Städte. Das Tavernikalrecht, also das in den Verfahren vor dem Stuhl des Schatzmeisters angewendete und anzuwendende konsensuale Recht wurde während der Herrschaft von König Matthias vom Schatzmeister János Laki Thuz zusammengestellt, um das einheitliche Verfahren sicherzustellen. Er verschickte es an die Tavernikalstadt. Wegen Untergang der ersten Sammlung besteht das Tavernikalrecht schließlich in der 1602 in Bártfa erschienenen Sammlung der Tavernikalartikel (Articuli iuris tavernicalis). Die später auch im Corpus Juris erschienenen Artikel fassten die Regeln des Rechtswegs im Tavernikalrecht und in den Verfahren vor dem Schatzmeister zusammen. Diese Artikel des Tavernikalrechts wurden bis 1848 angewendet. (2)

Die Tatsache, dass das ungarische Rechtssystem von einer deutlichen Überlegenheit des Gewohnheitsrechts gegenüber anderen Rechtsquellen gekennzeichnet war, war nicht zuletzt dem Urteilsmeister István Werbőczy zu verdanken, der mit der Schaffung des Tripartitums die für Jahrhunderte die wichtigste Rechtssammlung des ungarischen Rechts zustande brachte.

Das Tripartitum (sein vollständiger Titel lautet: Tripartitum opus juris consuetudinarii inclyti Regni Hungariae) fasste in erster Linie das Recht des Adels zusammen, was teils aus

politischen, teils aus praktischen Gründen völlig natürlich war. Die öffentlich-rechtlichen Kämpfe und das Konzept der Gleichberechtigung des niederen Adels machte selbstverständlich, dass Werbőczy die Zusammenfassung der rechtlichen Grundlagen des Status des niederen Adels zusammenfasste. Auch praktische Gründe erklärten das inhaltliche Übergewicht von adeligem Recht. Das Tavernikalrecht war gerade erst in der Phase der Entstehung begriffen, das Recht der freien königlichen Städte wurde noch nicht auf Landesebene erhoben. Das bauerliche Recht, das auf der Immunität, Jus gladii, dem Recht der Grundherren und auf dem Patrimonialgericht basierte, zeigte noch weniger Einheitlichkeit als das der Städte, wenn ein Teil davon überhaupt auf Landesebene hochkommen konnte.

Das Werk von Werbőczy, die Zusammenfassung des ungarischen Landesrechts wurde auch im ungarischen Reichstag behandelt und gebilligt, vom König sogar 1514 mit einem Bestätigungsbrief versehen. Der Herrscher verweigerte jedoch die Sanktionierung, und so konnte es formal nicht Teil des Gesetzesrechts werden. Da die Arbeit nicht sanktioniert wurde, ließ sie der Urteilsmeister auf eigene Kosten in Wien drucken und verschickte sie an die Komitate und Gerichte. Im Laufe der Jahrhunderte wurde das Tripartitum zum meistangerufenen ungarischen Werk, und als „die Bibel des Adels“ blieb es bis zur bürgerlichen Umwälzung das maßgebliche Werk des ungarischen Rechtslebens, einige Stellen von ihm erlebten sogar das zwanzigste Jahrhundert. Seine Wirkung ist auch daran zu messen, dass sie in den Quellen nach einem Jahrhundert schon als „Dreiergesetz“ erwähnt wird, zahlreiche Gesetze rufen es sogar als Rechtsnorm mit Gesetzeskraft an, indem die Arbeit stellenweise sogar Gesetz genannt wird.

Auch die Verzögerung der offiziellen Zusammenfassung des dekretalen Rechts begünstigte die Verbreitung des Tripartitums. Diese, im Vergleich zu der unübersichtlichen Menge der geltenden Rechtsnormen kurze, bündige, das Wesentliche anstrebende und begründete Zusammenfassung bot sich als rechtliches Handbuch der Praxis an. Schon 1565 wurde seine ungarische Übersetzung veröffentlicht, aus der Feder von Balázs Veres. Darauf folgte eine ganze Reihe von Übersetzungen: Gáspár Heltai (1571), János Laskai (1589), Menyhárt Fodik (1639), Ferenc Nagy (1699), János Perger (1830). Seine Übersetzung ins Kroatische erschien 1574 (Iván Pergossich), und ins Deutsche 1599 (Ágoston Wagner).

Das Buch behandelte das Recht des Landes außer dem Prolog in drei Teilen und in den Teilen in Titeln. Das Vorwort beinhaltet die rechtsphilosophische Grundlegung und einige öffentlich-rechtliche Ausführungen. Dieser Teil bat Werbőczy István die Möglichkeit, die Gesichtspunkte der Systematisierung darzulegen. Da der Prolog Ort der Präzisierung von Begriffen war, konnten hier einige Grundsätze und Begriffe des römischen Rechts erscheinen. Gegenstand des ersten Teils ist überwiegend das Privatrecht, der des zweiten Teils das Prozessrecht, während der dritte Teil die ergänzenden Regeln und die Anmerkungen enthält, sowie das Recht für Siebenbürgen, Slawonien, die Städte und für die Leibeigenen, welches der Autor für wichtiger hielt.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor der Karriere dieses Rechtsbuchs ist die Tatsache, dass die Partei des niederen Adels gerade zur Zeit seiner Entstehung Fuß fasste, und dass sie in der im Tripartitum formulierten Formel der Machtteilung die Ideologie ihrer Machtbeteiligung sah. In dem dreigeteilten Land war in der immer stärkeren Rechtsunsicherheit lange Zeit die Zusammenfassung des Tripartitums der einzige sichere Anhaltspunkt. Das Tripartitum bedeutete die Anerkennung der öffentlich-rechtlichen Gleichberechtigung des niederen Adels. „*All diese Hohen Priester, Kirchenoberhäupter und Herren Baronen und andere Magnaten, Adligen und Vornehmen genießen bezüglich ihres Adelstandes und ihrer weltlichen Güter die gleichen Vorrechte der Freiheit, Begünstigung und Steuerfreiheit; kein Herr besitzt eine*

in den Bereich des Gewohnheitsrechts, was die raschen Änderungen der Zeit nicht begünstigte. Auch die Bestrebungen des niederen Adels im Reichstag standen damit im Einklang. Im Gegensatz zur gewohnheitsrechtlichen Regelung, die dem hohen Adel freie Hand gab, war der niedere Adel an der Vorherrschaft von Dekreten, die klar, eindeutig, in Gesetzen festgehalten und in der Auslegung für sie vorteilhaft waren, interessiert. Eine anfängliche Formulierung dieses Anspruchs war der Beschluss von 1439, der den König ersuchte, „die alten Gesetze und Gewohnheiten, die Rechte der Bevölkerung des Landes unter Mitwirkung der Hohen Priester, Bannerherren und Adeligen wiederherzustellen, zu ergänzen und zu verbessern.“

Es ist kein Zufall, dass in der behandelten Epoche die Frage der Neuordnung des Rechts sogar auf die Tagesordnung mehrerer Reichstagsitzungen gesetzt wurde. Die Landesversammlungen 1504, 1507, 1514 und 1525 forderten von der königlichen Regierung die Sammlung und Verbesserung der Dekrete. Die königliche Macht löste zwar die Aufgabe nicht, aber neben dem Tripartitum, erschienen als Privatausgabe von István Werbőczy, entstand auch das Ungarische Corpus juris, zusammengestellt von Rechtswissenschaftlern, und typischerweise ebenfalls als Privatarbeit.

Die als Gesetze von István I. (dem Heiligen) erhalten gebliebenen Kapiteln (*capitulum*) sind Dokumente der Umgestaltung der Gesellschaft im Systemwechsel. Die Wissenschaft ordnete die Ermahnungen von König István dem Heiligen an seinen Sohn, Prinz Imre, diese Quelle, die in die Reihe der europäischen Königsspiegel passt, lange Zeit zu den Gesetzen ein. Das als erstes Buch der Gesetze von László dem Heiligen aufgefasste Buch enthält die Beschlüsse des Konzils zu Szabolcs 1092. Das zweite und dritte Buch (zeitlich das erste, und vermutlich noch vor der Herrschaft von László entstanden) fassten die Strafen und Prozesse bezüglich einzelner Straftaten zusammen. Das erste Buch der Gesetze von Kálmán enthielt die Beschlüsse des Reichstags 1096, und das zweite umfasste die Privilegien der Juden und die Beschlüsse der Konzile, die während seiner Herrschaft abgehalten wurden. Während der Herrschaft von András II. ist die Änderung der Ausrichtung und des Inhalts der Gesetzgebung deutlich zu spüren. Im Gegensatz zu den früheren, meist strafrechtlichen Verordnungen, enthielten die Goldene Bulle von 1222 und die auf Grund deren herausgegebenen Dekrete vor allem verfassungsrechtliche Regelungen. In diesen Dekreten kamen privatrechtliche Normen und Institute nur insofern vor, wenn diese die öffentlich-rechtliche Stellung oder die Freiheit des Adels betrafen. Das Gesetzbuch des Königs Béla IV. aus dem Jahre 1267 erneuerte größtenteils die wichtigsten Verfügungen der Goldenen Bulle. Besonders für das öffentliche Recht sind die von András dem II. 1290 und 1298 zusammen mit dem Königlichen Rat und dem Reichstag gemeinsam verabschiedeten Gesetze kostbare Stücke der Gesetze aus dem 13. Jh. Während der Herrschaft der Anjous, vor allem des Königs Károly Róbert, kam in erster Linie die Gesetzgebungsgewalt des Königs zur Geltung. Manchmal sogar dermaßen, dass die Gesetzgebung häufig ohne den Reichstag, lediglich mit Unterstützung des größeren königlichen Rates vor sich ging. 1351 berief Nagy Lajos (Ludwig der Große) einen Reichstag ein, in dem er die Goldene Bulle – mit Ausnahme des Artikels 4 – bekräftigte und neue Verfügungen hinzufügte. Dieses Gesetz bekräftigte das Rechtsinstitut der Avitizität, führte das Neuntel ein und deklarierte als rechtliche Anerkennung des niederen Adels die eine und gleiche Freiheit des Adels. Zsigmond betonte bei Zurückdrängen des Gewohnheitsrechts immer mehr die Wichtigkeit der Gesetze. Vom 15–16. Jh. an wurden die Gesetze in Ungarn von der Nation und dem gekrönten König gemeinsam gegeben. Im weiteren sind die Artikel nicht mehr in erster Linie mit dem Namen des Königs, der sie erließ, sondern mit dem Datum des Reichstags, von dem sie erlassen wurden, gekennzeichnet.

Mit der Sammlung der ungarischen Gesetze wurde im 16. Jh. begonnen. Als erster fügte der Geschichtsschreiber Joannes Sambucus den Text der von ihm gesammelten Dekrete der geschichtlichen Arbeit von Bonfini 1581 bei. Danach veröffentlichten die Bischöfe zu Nyitra und zu Pécs ihre verbesserte und ergänzte Sammlung (1584). [Das Drucken und Übersenden an die Landesbehörden wurde erst von 1595 an üblich.] Die Gesetzessammlung bekam den Titel „Corpus Juris seu decretum generale“ erst bei ihrer Veröffentlichung durch Márton Szentiványi in Nagyszombat 1696. (Zu dieser Zeit geht es bereits um eine stattliche Sammlung, die von den Richtern regelmäßig benutzt, von Zeit zu Zeit mit den Produkten der neueren Gesetzgebung ergänzt und wiederholt veröffentlicht wurde.) Das Corpus juris Hungarici war eine Gesetzessammlung, also die erlassenen Dekrete und Artikeln wurden vom Redakteur einfach in eine zeitliche Reihenfolge gestellt. Im Vergleich zur Gesetzessammlung stellten Kompilationen, erschienen in Ungarn in der Gesetzgebung von Siebenbürgen, einen Fortschritt in Richtung einer Ordnung dar. Die Zusammensteller dieser Sammlungen führten außer der Zusammenstellung einer zeitlichen Reihenfolge schon gewisse inhaltliche Änderungen durch: sie klammerten die offensichtlichen Widersprüche und die gewusst nicht zur Geltung kommenden Verfügungen aus; sie versuchten, die Regeln nach einem System nach einander zu stellen. Gábor Bethlen, der Fürst von Siebenbürgen erließ 1619 eine Prozessordnung, welche die Rechtsnormen über Art und Weise und Ordnung der Rechtsprechung beinhaltete. Während der Herrschaft des Fürsten György Rákóczi II. wurde das Werk mit dem Titel „Bekräftigte Beschlüsse des Siebenbürgischen Landes und der angeschlossenen Teile Ungarns (Approbatæ Constitutiones Regni Transylvaniae et Partium Hungariae eidem annexarum)“ 1653 fertiggestellt. Es enthielt alle existierenden und auffindbaren Artikeln des transsylvanischen Rechts. Die fünf Teile der Approbaten beinhalteten das Kirchenrecht, das Staatsrecht, die Rechte der Stände und der Nationen, sowie verwaltungsrechtliche Normen. Als ein zeitliches Folgestück der Approbaten wurde im Auftrag des Fürsten Mihály Apafi I. im Jahre 1669 die Kompilation „Gesammelte Beschlüsse des Siebenbürgischen Landes und der angeschlossenen Teile Ungarns (Compilatae Constitutiones Regni Transylvaniae et Partium Hungariae eidem annexarum)“ erstellt. Das letzte Gesetzbuch von Transsylvanien war das mit dem Titel „Articuli Novellares (Neue Artikel)“, welches die von 1744 bis 1848 erlassenen Gesetze zusammenfasste. Die eigentlichen Mittel zur Ordnung des Rechts waren zweifellos die nach der Entstehung der verschiedenen Rechtszweige geschaffenen *Gesetzbücher* (Kodizes). Die in den Kodifizierungsbewegungen entstandenen umfassenden (oft wirklich eine große Menge von Regeln beinhaltenden) Gesetze beabsichtigen die konzeptionelle, alle Details umfassende Ordnung eines ganzen Rechtszweiges. Die ungarische Rechtshistorie zeichnet solche Versuche vom 18. Jh. auf: 1712 zeichneten der Rechtslehrer Mihály Bencsik in Nagyszombat, bzw. 1795 in der Reihe der „Regelmäßigen Ausschüsse“ der Rechtsausschuss jeweils einen Strafgesetzentwurf. Diese wurden aber nicht zu Gesetzen. (4)

3. In den ersten Jahrhunderten des ungarischen christlichen Staates stand das Recht der Gesetzgebung dem Herrscher zu. In der westlichen Hälfte von Europa war die Expansion der Könige in der Gesetzgebung wegen der Symbiose der germanischen Volksrechte, des römischen Rechts, der bröckelnden Struktur der germanischen Stammesstaaten und der zerfallenden Ruinen des Römischen Reichs ein mehrere Jahrhunderte lang andauernder Prozess. Die königliche Gesetzgebung verbreitete sich dort im Mantel des Volksrechts, und man musste lange Zeit warten, bis sich das Gesetz vom Druck der Gewohnheit frei machen konnte. In dieser Hinsicht war die ungarische Dynastie der Staatsgründer in einer deutlich besseren Position, denn die gesetzgeberischen Bestrebungen des Königs wurden nach der politischen

Entscheidung des Beitritts vom Zwang der Rechtsharmonisierung, die von den christlichen Staaten als Bedingung gestellt wurde, sowohl inhaltlich als auch formal unterstützt. Es stand über alle Zweifel, dass István, der den Systemwechsel umsetzte, die Regel, welche dem Aufbau und dem Funktionieren des neuen Gesellschaftsmodells diente, in Rechtsnormen fassen wird. Die Gesetzgebung ist somit seit der Zeit unseres ersten gekrönten Königs Teil des ungarischen Rechtslebens. Die Wirksamkeit der Dekrete ist jedoch mindestens fraglich. *„Ihre Wirkung war gering, denn woher hätten die Leute sie kennenlernen können? Wenn ... der lateinische Text der Dekrete in irgendwelchen Versammlungen auch verkündet wurden, kümmerte sich niemand um ihre Aufbewahrung und die Möglichkeit der Einsichtnahme, und sie konnten nicht einmal in Kraft treten, wenn sie der Gewohnheit widersprachen. Deshalb war es nicht üblich, dass Gerichte vor Ende des 15. Jahrhunderts sich auf Gesetze berufen.“* (Ferenc Eckhart). Das Dekret war die Willenserklärung des Königs, die er nach Anhören seiner Berater festhielt. Das Gesetz unterschied sich kaum von der Urteilsentscheidung bei der Rechtsprechung (in Fragen sowohl der Rechtspflege als auch der Regierung). Die Gesetze wurden anfangs in Form von Privilegien erlassen. Der größte Teil der Gesetze aus der Zeit der Árpáden-Könige zeugt nicht von einem durchdachten Gesetzgebungskonzept: ihr Inhalt ist weitverzweigt, ihre Konstruktion ist konzeptlos. Anfangs wendeten die Herrscher vor allem strafrechtliche Normen an, die Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse verbreitete sich erst nach dem 13. Jh.

Die königlichen Gesetze entstanden meist im Hofe des Herrschers, im Beisein seiner Räte während der Urteilsfindung. Da die in eine Urkunde gefassten Gesetze nicht zur gleichen Zeit entstanden, weisen die unterschiedlichen Texte in einem Dekret auf unterschiedliche Quellen hin. An einer Gesetzesstelle heißt es, dass die Dekrete vom königlichen Senat (*regalis senatus*), anderswo wiederum von der königlichen Versammlung (*regale concilium*), von der gemeinsamen Versammlung (*commune concilium*) oder eben von der „Sammlung der hohen Herren“ gebilligt wurden.

Von der Vorbereitung der Gesetze wissen wir ziemlich wenig. Es kann als sicher angenommen werden, dass die Abfassung der überlieferten Dekrete in lateinischer Sprache Arbeit kirchlicher Schreibkundiger war. Das ist die Erklärung dafür, warum in den Texten aus der Zeit von István dem Heiligen wortwörtlich aus dem Ausland übernommene Gesetzestexte oder Beschlüsse von Konzilen zu finden sind. Forscher der Gesetzgebung dieser Epoche nehmen an, dass mit der Abfassung von Beschlüssen, die bei politischen Entscheidungen bzw. bei Rechtsprechung entstanden und allgemein schienen, rechtskundige Priester beauftragt wurden, die im königlichen Rat ihre Vorschläge unterbreiteten. Die Verhandlung verlief gewiss mündlich und mit Rücksicht auf die mangelhaften Sprachkenntnisse der weltlichen Menschen in Latein, mit großer Wahrscheinlichkeit in ungarischer Sprache. (Die Tatsache, dass Albericus, der im Auftrag des Erzbischofs Seraphin den Gesetzestext abfasste, eine Entschuldigung wegen seiner mangelhaften Kenntnisse in Ungarisch am Anfang des Gesetzbuches von Kálmán I. schrieb, scheint diese Annahme zu bestätigen.) Die Verkündung der Gesetze konnte auch nicht anders erfolgen, als vor den anwesenden Bischöfen, Gespanen und anderen hohen Herren: für die später üblich gewordene Verkündung „von Dorf zu Dorf“ bestanden jahrhundertlang noch weder Voraussetzungen noch die Praxis. Dass die Gesetze der frühen Árpádenzeit trotz Verheerungen der unruhigen Geschichte und der Feldzüge überliefert worden sind, lässt darauf schließen, dass mehrere Exemplare vorhanden sein mussten.

Mit der Entstehung der Stände musste der König zuerst die Machtzunahme des hohen Adels und danach die des niederen Adels zur Kenntnis nehmen. Im Laufe dieses Prozesses besetzten die Vertreter der zwei Schichten die einzelnen Ebenen des sich um den König

bildenden und organisierenden Apparats, gestalteten sie nach ihrem Bild und zwangen den König, die Interessen der ständischen Kräfte zu akzeptieren. Die Stände stellten den Reichstag Schritt für Schritt in den Fokus der Macht und machten die Entscheidung in den grundlegenden Fragen zu einer seiner wichtigsten Funktionen. Das königliche Gesetz gelangte so in die Kompetenz des Reichstags, und die Gesetzgebung wurde zum Recht der Ständeversammlung. Für die Fassung, Geltung und Wirkung der so entstandenen Reichstagsgesetze galten natürlich andere Regeln als früher. Der Mittelpunkt der Gesetzgebung wurde in der Ständegesellschaft unbestritten der Reichstag, in der Formel des ständischen Dualismus wurde das Recht zur Fassung der gesetzlichen Entscheidungen als Kompromiss zwischen dem König und den Ständen, zwischen *rex* und *regnum*, König und Land (Stände) geteilt.

Organisation und Beratungsweise des Reichstags erhielten ihre endgültige Form im Laufe der Jahrhunderte. Die bis zum 16. Jh. typischen Reichstage bei persönlicher Anwesenheit fanden am häufigsten auf der Wiese des Rákos, unter freiem Himmel, manchmal in riesengroßen Zelten statt. Die Verhandlungen liefen in der Regel parallel im einigermaßen abgetrennten königlichen Rat und in den Sitzungen mit massenweiser Teilnahme des niederen Adels. Der königliche Rat übernahm zweifellos eine Art Vorbereitungsrolle. *„Als seine Majestät einen Reichstag verkündete oder sonst eine Beratung abzuhalten beabsichtigte, seine Majestät rief vorher die Herren Hohen Priester und Baronen und seine anderen Räte zusammen ... um den Herren Hohen Priestern und Baronen und den Räten seiner Majestät die Angelegenheiten, Umstände und die Bedürfnisse des Landes vorzulegen, weshalb er die Abhaltung des Reichstages verordnete.“* Bezüglich der Ordnung der Sitzungen hielt das Gesetz klar fest, dass die hohen Herren des Landes über diese Sachen *„leise, mäßig und ernst“* zu verhandeln haben (Art. 25 von 1495). Aus dieser Praxis des königlichen Rates entfalteten sich die Konturen der Obertafel, die sich bis zum 17. Jh. befestigten, und in ihr befestigte sich die persönliche Einladung von Hohen Priestern und Baronen und das System der Erbmitgliedschaft. (1608, 1 Jahr nach der Krönung) Die Obertafel erhielt 1608 ihre endgültige Form und hielt ihre Beratungen schon unter dem Vorsitz des Palatins. Die Untertafel entstand mit der Entstehung des Systems der Vertretung des Komitatsadels durch ihre Adegaten. Die in die Untertafel delegierten Adegaten hielten ihre Sitzungen (Landessitzung, *sessio regnicolaris*) unter Vorsitz des königlichen *personalis* ab. Der Kontakt zwischen den beiden Tafeln wurde mittels Botschaften aufrechterhalten, bei Bedarf wurden gemeinsame Beratungen (*sessiones mixta*) abgehalten. Vom 18. Jh. an hielten die Adegaten der Komitate und der freien königlichen Städte schon Bezirkssitzungen (*sessio districtualis*) ab. Die sich gemäß den beiden Donau- bzw. Theiß-districta versammelten Adegaten wählten Vorsitzende und Notare, unter ihrer Leitung stimmten sie ihre Standpunkte ab und verglichen ihre Instruktionen, um die Verhandlungen in der Sitzung der Untertafel unter Vorsitz des Vertrauensmannes des Königs, des *personalis*, gut vorbereitet aufnehmen zu können. Die in diesen Vorbereitungssitzungen mit Mehrheit verabschiedeten Vorschläge wurden in der Regel auch im Plenum der Untertafel gebilligt. Die Stände bestellten in ihren Sitzungen gelegentlich prozessuale Einzeldeputationen bzw. Ausschüsse zur inhaltlichen Vorbereitung oder Abfassungsarbeiten sowie Landesausschüsse (*regnicolaris deputatio*) zur Erfüllung anfallender Kodifikationsaufgaben.

Die Beratungen der Reichstage verliefen nach einer fest geregelten Ordnung. Hausregeln bezüglich der Diätsitzungen – obwohl es Versuche gab (wie z.B. der Planum von Miklós Esterházy im Jahre 1638) –, wurden bis zum repräsentativen Reichstag 1848 nicht verabschiedet.

Zum Thema der Reichstage (so auch zu den Gesetzen) konnten sowohl der König als auch die Mitglieder des Reichstags Vorschläge unterbreiten, natürlich in unterschiedlicher Form.

Die Eröffnung des Reichstags erfolgte mit Übernahme der königlichen Vorlagen (propositiones regiae), in denen der König das von ihm erwünschte Gesetzgebungsprogramm des einberufenen Reichstags umriss. Die Komitate, die freien privilegierten Gebiete und die freien königlichen Städte formulierten gleichzeitig mit der Wahl ihrer Ablegaten ihre Anweisungen für die Ablegaten (instructio) und sie fassten ihre Beschwerden und Wünsche (gravamina et postulata) zusammen. Die Stände setzten die Abhilfe ihrer Beschwerde häufig als Bedingung für den Beginn der Verhandlungen. Außer den in den königlichen Propositionen festgehaltenen Beschwerden und Wünschen konnten auch sonstige Fragen behandelt werden, die im Verlaufe der Beratungen auftauchten. Falls die Zeit ausreichte, wurden sie an die Tagesordnung gesetzt. Die Abfolge der Gegenstände in den Verhandlungen war in der Regel an die Propositionen gebunden.

Die Beratungen fanden in den Tafeln getrennt statt. Die Sprache der Beratungen war vor dem 16. Jh. vermutlich überwiegend Ungarisch. Eine große Änderung brachten in dieser Hinsicht das 17. und 18. Jh., als gleichzeitig mit der Erscheinung der Vertretung durch Ablegaten die lateinische Sprache Fuß fasste. Die Forscher der ungarischen Staatssprache betonen aber ausdrücklich, dass das Ungarisch in den Beratungen nie völlig ausgeklammert werden konnte. Die Begrüßungsworte in den Tafeln, manchmal sogar die Begrüßung des Königs, wurden auf Ungarisch vorgetragen, und es war eine gewohnte Geste der Könige, dass sie die Stände auf Ungarisch begrüßten. Mehrere Aufzeichnungen bezeugen, dass in den Diskussionen auf der Diät sogar die hohen Adeligen auf Ungarisch polemisierten. Die Stimmen waren ursprünglich auch in der Untertafel pro Kopf aufgeteilt. Mit der Zunahme der Zahl der freien königlichen Städte setzte der niedere Adel die Festhaltung des Prinzips durch, dass die Ablegaten der Städte eine einzige Stimme (votum curiale) haben. Die Stimmen wurden nicht gezählt sondern „auf die Waage gelegt“, d. h. entscheidendes Gewicht hatte „das Votum des wohlhabenderen und nüchterneren Teils“. Den Ablegaten wurde das Wort übrigens in der Reihenfolge ihrer Meldung (Aufstehen) erteilt. Die Stände achteten peinlich darauf, dass die Freiheit des Wortes durch nichts beeinträchtigt wurde, und in dieser Frage vertraten sie auch dem Hof gegenüber immer einen einheitlichen Standpunkt.

Der in der Untertafel verabschiedete Entwurf wurde der anderen Tafel als Botschaft (nuncium) vorgelegt, wo die Diskussion darüber eröffnet wurde. Der konsensuale Text, ausgereift als Ergebnis der von dem hohen Adel gesandten Rückbotschaft (renuncium) (gegebenenfalls mehrere Botschaftsaustausche) oder in den gemischten Sitzungen, wurde in einer Adresse (repraesentatio) abgefasst und dem König übersandt. Der reagierte auf die Entscheidung mit seinem Beschluss (resolutio), der entweder eine Billigung war oder er regte die Stände eventuell zu erneuten Beratungen an. Wenn dies der Fall war, begann alles von Vorne. Wenn die Antwort des Herrschers günstig war, folgte die concentratio, die endgültige Festlegung des Textes und seine Teilung in Artikel, unter Mitwirkung einer Abstimmungskommission (früher die Protonotare) und der Vertreter der Kanzlei. Der Beschluss des Reichstags wurde erst nach Sanktionierung durch den König zum Gesetz, aber er erlangte seine volle Gültigkeit erst nach der Veröffentlichung. Die Sanktionierung erfolgte nach festen Vorschriften. Neben der Unterschrift des Königs musste das Dokument mit dem Gesetzestext auch mit dem größeren königlichen Siegel versehen werden, und es musste im Rahmen der bei der Eröffnung der Reichstage üblichen Zeremonien den Ständen überreicht werden. Als Veröffentlichung der Gesetze galt anfangs die Verlesung der Artikel in der Versammlung, später wurde dies durch die Gewohnheit ergänzt, an die Komitate und königlichen Städte zu verschicken.

Die Spitze der Entwicklung der Gesetzgebung im 18. Jh. stellte die Verfügung der Artikel

von 1790 über die Gesetzgebungsgewalt, der die Ständeversammlung enthielt, dar. Es heißt darin: „Die Gewalt, in Ungarn und in den angeschlossenen Teilen Gesetze zu erlassen, aufzuheben und auszulegen, steht unbeschadet der Verfügung in Art. VIII. von 1741 dem gesetzlich gekrönten Fürsten und den gesetzlich versammelten Kollegien und Ständen zu, außer ihnen darf sie niemand ausüben.“ (Art. 12 von 1790) (5)

4. Die Trennung der Rechtszweige (und dementsprechend das Erscheinen der Versuche zur Kodifikation) ist in der ungarischen Rechtsgeschichte eine ziemlich späte Erscheinung. Die Trennung und Abgrenzung von Rechtsnormengruppen, also die Entfaltung der Rechtszweige steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Rechtswissenschaft, mit den Bedürfnissen der Rechtsdogmatik, mit der Entfaltung der Lösungsmethoden für theoretische und praktische Fragen. Die Rechtswissenschaft trat erst im 17. und 18. Jh. mit der Absicht der Systematisierung und der Schaffung einer Ordnung auf. Der Unterricht an der Universität konnte im 17. Jh. aufgenommen werden, die Praxis hielt die Trennung der Artikel in privatrechtliche bzw. öffentlich-rechtliche Rechtsnormen erst viel später für wichtig. „... die organische Zusammengehörigkeit dieser beiden Rechtsgebiete ist bis zum Sieg der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht unterbrochen worden.“ (György Bónis) Das öffentliche Recht des Mittelalters (besonders in der Epoche mit feudaler Auffassung) wurde wegen Teilung der öffentlichen Gewalt in der Regel als Privatrecht behandelt. Die öffentlichen Rechte gerieten wegen der feudalen Verhältnisse oft in Privatbesitz und wurden dementsprechend behandelt. Das Recht auf Herrschaft wurde z.B. Recht einer Familie, und der Staat wurde nach dem Tod des Familienoberhauptes als Privatbesitz unter den Familienmitgliedern aufgeteilt. Unter einem privaten Rechtstitel (Kauf, Pfand, Erbschaft, Vertrag) konnten wichtige öffentliche Rechte erworben werden. Das Privatrecht wurde häufig zum öffentlichen Recht, durch den Grundbesitz kam es mit der Verwaltung, mit der Rechtsprechung, sogar mit dem Recht auf militärische Gewalt und mit der Pflicht des Dienstes in Berührung. Kriminalsachen wurden mit privatrechtlichen Mitteln erledigt, bzw. Straftaten wurden mit privatrechtlichen Rechtsfolgen sanktioniert. Wie bekannt, begann die Aufspaltung des Rechtssystems in Rechtszweige im kontinentalen Recht des Mittelalters mit Abhebung des öffentlichen Rechts. Die Differenzierung, die Entstehung von Rechtszweigen aus dem einheitlichen Terrenum des praktischen Rechts begann mit der Entfaltung des öffentlichen Rechts (Verfassungsrechts) in engerem Sinne. Die Keime des späteren, mit deutscher Bezeichnung Staatsrecht genannten Rechtszweigs wurden zwar in der Beschreibung der öffentlichen Gewalt, in der Präzisierung des Begriffs der Gesetzgebungsgewalt bereits im 13. und 14. Jh. beschrieben, die Loslösung der weiteren Bereiche des öffentlichen Rechts ließ jedoch bis zum 18. und 19. Jh. auf sich warten. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Stände in Ungarn gegen die Habsburgische Einrichtung bewegten sowohl die ungarische Seite als auch den Wiener Hof dazu, ihre öffentlich-rechtlichen Verhältnisse zu ordnen. Im Laufe der jahrhundertlangen politischen und rechtlichen Kämpfe kristallisierte sich auch die 1790 die Form eines Gesetzes angenommene ungarische Ständeversammlung aus. Die Verwaltungsreformen des aufgeklärten Absolutismus und der im Anschluss daran Fuß fassende Begriff der Polizei, das Verwaltungsrecht, oder die Versuche zur Kodifizierung des Strafrechts um die Wende des 18–19. Jh., das Selbständigwerden der Organisation und der prozessualen Regeln der Rechtsprechung weisen auf die Differenzierung des öffentlichen Rechts hin. Die Gestaltung des Privatrechts als ein Rechtszweig nahm ihren Anfang also mit der Entfaltung der im weiteren Sinne zum öffentlichen Recht gehörenden Rechtszweige. Die Formulierung des Privatrechts als ein selbständiger Rechtszweig ist aber schon ein Teil der ungarischen Rechtsgeschichte des 19. Jh. (6)

Ein typischer Zug der ungarischen Verfassungsentwicklung ist es, dass in der Zeit von der Gründung des christlichen Staates bis zur bürgerlichen Umwälzung unterschiedliche Verfassungsmodelle (und dementsprechend auch unterschiedliche rechtliche Konstruktionen und Regelungen) parallel neben einander existierten. Das Ständewesen war nicht die Formation nach dem Feudalsystem, sondern unter den von Anfang an präsenten ständischen Verhältnissen tauchten gewisse feudale Züge auf. Der Absolutismus konnte das Ständewesen nie ablösen, er konnte es durch seine diktatorischen Versuche nur zeitweise beeinflussen oder gewisse Elemente des Ständestaates und -rechts gelegentlich verändern, die dann weiter lebten.

Der in den zentralen Regionen Europas entwickelte und geltende Feudalismus und das feudale Recht entfalteten ihren Einfluss in den Randgebieten wenig oder kaum. Die Gesellschaften, die sich später, oft mit einer jahrhundertelangen Differenz, erst im 11. oder 12. Jh. der zentralen Entwicklung anschlossen, trafen schon das Institut des sich auflösenden Feudalismus an, auf ihr System übte das in Entstehung begriffene Ständewesen eine größere Wirkung aus. Ähnlich war es in Ungarn, wo im 11–12. Jh. nur ein typisches Element des Feudalismus entstand: die Persönlichkeit zwischen dem König und seinen Familienmitgliedern. Es fehlten aber das Vertragsverhältnis, das Gleichgewicht zwischen Dienstleistung und Gegenleistung, die spezielle Freiheit und Stellung der Vasallen, das Moment der gegenseitigen Treue, das System der enteigneten Rechte der Herren und die sachlichen Bezüge der Feudalverhältnisse. Offensichtlich konnte das Feudalrecht mangels Feudalismus als Grundlage weder entstehen noch nach westlichem Muster sich verbreiten. Gewisse Spuren der feudalen Verhältnisse können aber in dem mit dem ständischen Gedanken zusammen lebenden, sich im 13. Jh. entfaltenden Institut der kirchlichen Adligen (*praedialis*) und im Rahmen der Familiarität, die ihre Blütezeit im 14. Jh. erlebte und später in ihrer Bedeutung zurückging, gefunden werden.

5. Im Zuge der Gründung und Stärkung des ungarischen christlichen Staates zogen die ungarischen Herrscher neben den politischen und militärischen Beratern, Bekehrern und Kirchenorganisatoren auch die Juristen zur Hilfe heran. Einen großen Teil der von der europäischen Gemeinschaft der christlichen Staaten gestellten (politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen) Bedingungen eines Anschlusses machte die Voraussetzung der Rechtsharmonisierung aus. Die Verstaatlichung des anfänglichen Rechts und die Adaptation der europäischen Rechtsinstitute machten eine Übernahme zahlreicher Regeln des europäischen Rechts notwendig. So wurden das *ius commune*, das byzantinische Recht, das Kirchenrecht, das römische Recht und zahlreiche Normen der germanischen Rechte zu Teilen des ungarischen Rechts.

Das *ius commune* war im Prinzip bis zur bürgerlichen Umwälzung in Ungarn eine Rechtsquelle, obwohl mit anderen Akzenten. Bis zum 16. Jh. konnten die Gerichte frei aus der europäischen Praxis des *ius commune* schöpfen, obwohl zwischen dem schwer kennenzulernenden *ius commune* und dem heimischen *consuetudo* deutliche Spannungen entstanden. Nach dem 16. Jh. wurde die ungarische Anwendung des *ius commune* von politischen Gesichtspunkten beeinflusst. Nachdem die Habsburger den Thron bestiegen hatten, planten sie die kräftige Einengung der ungarischen Souveränität. In den Augen der Stände war deshalb das Recht des Deutsch-Römischen Reichs (das Recht des Kaisers, d.h. das *ius imperiale*) das *ius commune*. So bedeutete seine Akzeptanz und Anwendung in den Augen der Zeitgenossen die Aufgabe der Selbständigkeit und die Anerkennung der Überlegenheit des Kaisers. Dadurch wurde der Einfluss des *ius commune* in Ungarn kräftig eingeschränkt. Das früher auch von István Werbőczy akzeptierte *ius commune* qualifizierten die Verfasser des *Quadripartitum* als Recht des Kaisers und hielten es als solches in Ungarn für ungültig. Die Gesetzgebung

verweigerte entschlossen, das *ius commune* zu übernehmen, die Rechtswissenschaft wies die Akzeptanz der Rezeptionstätigkeit zurück. Die Interpretation blieb den Gerichten über, die zeitweise die Regeln des gemeinsamen europäischen Rechts anwendeten, aber nie mit der Bezeichnung *ius commune*, sondern sie beriefen sich darauf als altes Gesetz, alte Gewohnheit. So zeugen die Urteile von Übernahme einiger europäischen Sätze und Rechtsnormen. (7)

Im 9. Jh. gab es in den byzantinischen Quellen vermehrt Aufzeichnungen über die Ungarn. Die ungarischen Stämme tauchten mal als Gegner mal als Verbündete des byzantinischen Reichs auf. Die anfängliche, hauptsächlich militärische Beziehung veredelte sich später zu einer traditionellen Beziehung. Im 12. Jh. endete die Zeit der abenteuerlichen Feldzüge, und der Charakter der Beziehung zu Byzanz änderte sich. Nach den Feldzügen der Landnahme nahmen einige ungarischen Stammesfürsten das Christentum in Byzanz auf, es kamen christliche Bekehrer und Kirchenorganisatoren aus dem Orient ins Land. Die gelegentlichen Kontakte entwickelten sich zu ständigen, staatlichen, letzters zu dynastischen Beziehungen. Der politische Kontakt zwischen Ungarn und dem byzantinischen Reich begründete einen gewissen Einfluss auch auf das ungarische Recht. (8)

Im Bereich des öffentlichen Rechts scheint es sicher, dass sich die Designation des Fürsten und später des Herrschers, die Ordnung der Seniorität, die Auswahl, die Vorstellung, die Designation, die Wahl und die Bekräftigung bzw. sakrale Salbung in der ungarischen Staatsorganisation nach dem byzantinischen Muster gestalteten. Zlinszky János sieht die Verkörperung des byzantinischen Charakters der ungarischen Königswürde auch in der Abhängigkeit, mit der der ungarische König – im Gegensatz zur europäischen Gewohnheit – die Aufsicht über den hohen kirchlichen Würdenträger für sich behielt. Statt der westlichen feudalen Auffassung und Hierarchie war eine traditionelle römische, zur Zeit der christlichen Staatsgründung für Byzanz kennzeichnende Treue zur Krone kennzeichnend. Die Befreiung der Diener durch Testament, das Verbot der Wiederverheiratung des des Ehebruchs schuldigen Menschen, die Zulassung der Wiederverheiratung des unschuldigen Partners, die Akzeptanz der Verheiratung der Priester – weisen alle auf die byzantinische Praxis hin. Die Ersitzung, das Quartalitum und das Witwenrecht wurden wahrscheinlich auch durch die byzantinischen Kontakte ins ungarische Recht übernommen. Einige Forscher halten die Lehren des Kaisers Basilius Macedo an seinen Sohn Leo für das Vorbild der Ermahnungen von István dem Heiligen, während andere wiederum die westlichen Königsspiegel für ihre Quelle halten.

Die bis zum 13. Jh. aktiv gepflegten Beziehungen zu Byzanz, welche den westlichen christlichen Beziehungen um ein Jahrhundert voraus waren, hinterließen deutliche Spuren im ungarischen Rechtsleben. Der Anschluss an den Westen und der Einfluss des christlichen Europas konnten nicht verhindern, dass der byzantinische Einfluss zur Geltung kam. Die ungarischen hohen Adligen wählten 1172 denjenigen Prinzen zum König des Landes, der in Byzanz lebte und aufwuchs, und der später als Béla III. in die ungarische Geschichte einging, die ungarische amtliche Schriftlichkeit begründete, und unter dessen Herrschaft der erste ungarische glaubwürdige Ort, das Kapitel zu Veszprém seine Tätigkeit aufnahm. Durch die byzantinischen Beziehungen konnte auch der mittelbare Einfluss des römischen Rechts im ungarischen Recht zur Geltung kommen. (9)

Der Einfluss des Kirchenrechts (*ius canonicum*) auf das in die christliche Gemeinschaft Europas eingetretene Ungarn, wo die politische und rechtliche Umgestaltung von kirchlichen Beratern umgesetzt wurde, ist unbestritten. Die enge Kooperation zwischen der Kirche und dem ungarischen Staat und ihre partnerschaftlichen Beziehungen zu einander gestalteten das Zusammenleben des weltlichen Apparats und der Kirchenorganisation, des weltlichen

und des kirchlichen Rechts friedlich. Das Kirchenrecht betraf nicht nur die internen Verhältnisse der Kirche, sondern auch zahlreiche private Verhältnisse der Christen: es regelte einige Bereiche der Familie, der Ehe, des Vermögensrechts und des Erbrechts. Das Kirchenrecht, obwohl es ein typisches und bestimmendes Element des Mittelalters war, kam nie und nirgendwo so weit wie das römische Recht, dass es das heimische Recht in den Hintergrund hätte drängen können. *„Im Gegenteil: es hat das Recht der betreffenden Nation immer in Ehren gehalten, es kam mit dem örtlichen Rechtsleben überall friedlich aus, so sehen wir auch im ungarischen Gebiet die partikuläre Entwicklung des Kirchenrechts.“* (József József) Das Kirchenrecht erhob Anspruch auf Einfluss in Bereichen, wo die weltliche Macht mit kleinen Zugeständnissen auf ihre Anwesenheit verzichten konnte; es beanspruchte für sich nicht mehr, als nur eine Ergänzungsrolle.

So z.B. im ungarischen Recht, im Bereich der Ehe und der Familie, die Personen betreffend bei Bestimmung des Alters und bei Bezeichnung der Verwandtschaft, bei Festlegung einiger Bezüge des Erbrechts, im Bereich des Strafrechts bei Verfahren bezüglich der Moral und der Ehre (Fälschung, falsche Zeugenaussage, Meineid). In diesen Bereichen wurde es Teil des Landesrechts. Die kirchlichen Rechtskundigen, die die Elemente des Kirchenrechts auf den Universitäten von Europa sich angeeignet und mit nach Ungarn gebracht hatten, garantierten seine Effizienz. Die Stabilität des Rechts wurde auch durch die Stabilisierung der kirchlichen Gerichtsbarkeit unterstützt. *„Mit der ungarischen Staatsgründung erlangte die – noch primitive – kirchliche Gerichtsbarkeit das Bürgerrecht, und in den letzten Jahrzehnten des 13. Jh. fand sie ihre nachhaltigen Organisationsrahmen in den Heiligen Stühlen der Vikare. Das Kirchenrecht wurde also von Gerichten angewendet, die über fürchterliche Zwangsmittel (interdictum, Exkommunizieren, weltlicher Stand) verfügten ... während das Kennenlernen des Privatrechts Privatsache einer Handvoll Wissenschaftler blieb. Deshalb wurde die Geltung des Kirchenrechts im Prinzip trotz der seit Zsigmond häufig stark kirchenfeindlichen Schritte nie in Frage gestellt...“* (György György) Dieses Forensystem der Gerichtsbarkeit ermöglichte, dass in einer Zeit, wo in der ungarischen Rechtspraxis immer mehr weltliche Rechtskundige (sog. Praktiker) erschienen, die die Bastionen des heimischen Rechts gegen das europäische Recht und die Rezeption des römischen Rechts schützten, das Kirchenrecht „seine feste Position behielt“. Das Kirchenrecht verschmolz in sich zahlreiche Elemente des römischen Rechts, wodurch es zum Mittel der Einbürgerung einiger Institute des römischen Rechts wurde. Es konnte aber die Vermittlung der kodifizierten Rechtsmaterie von Iustinianus nicht übernehmen. (10)

Das Recht des Ungarns, das in die europäische Gemeinschaft der christlichen Staaten eintrat, wurde Teil des kontinentalen Rechts, dessen Grundlagen das römische Recht darstellte. Trotz dessen – abgesehen vom teilweisen und indirekten Einfluss der mittelbaren und vermittelnden Quellen – unterblieb in Ungarn die Rezeption des römischen Rechts bis zur bürgerlichen Umwälzung. Die Grundlagen der Rezeption des römischen Rechts in Europa wurden vom Dualismus der barbarischen Volksrechte und des römischen Rechts geschaffen. Das römische Recht, das überleben konnte, weil es die Ära der barbarischen germanischen Stämme und die gutgemeinte Neutralität der Stammesoberhäupter ausgenutzt hatte, besiegte die örtlichen Rechte als existierendes, geltendes Recht am kardinalen Punkt der wirtschaftlichen Entwicklung, nahm die ihm gebührende Stelle ein und wurde zum wichtigsten Regelungsfaktor des Kontinents. Das entwickeltere und stärkere besiegte das schwächere, anfänglichere Recht.

Die Ungarn, die im Karpatenbecken ihr Land nahmen, fanden nicht einmal die Spuren des einstigen römischen Rechts. „... Das Recht der erobernden Ungarn brauchte nicht mit einem

viel entwickelteren Rechtssystem zusammenzustößen. Schon hier finden wir eine wichtige Ursache dafür, dass die Rezeption des römischen Rechts bei uns nicht so vor sich gehen konnte wie im Westen. Das Recht des hier angetroffenen Volkes zwang durch seine Vollkommenheit die Ungarn nicht dazu, es zu akzeptieren. Darin sehen wir eine Ursache des Ausbleibens der Rezeption.“ (József Illés) Das Gewohnheitsrecht, das das mittelalterliche ungarische Recht aus dem anfänglichen Recht entwickelte, entwickelte sich bis zum 15. Jh. (als die Modernisierung des Rechts mit Hilfe des römischen Rechts auch in Ungarn auf die Tagesordnung gekommen wäre) zu einem festen landesweiten Rechtssystem, das im Stande war, jeglichen Versuchen in dieser Richtung Einhalt zu gebieten. Laut György Bónis fehlte es im Lande wegen der Eigentümlichkeiten der juristischen Ausbildung an Juristen, die das römische Recht gekannt, vertreten und in das ungarische Recht integriert hätten. Die „Praktiker“ (weltliche Juristen, die das heimische Rechtsleben beherrschten und in der Praxis der ungarischen Rechtsprechung aufwuchsen) organisierten statt der Übernahme des römischen Rechts den Bau einer festen Schutzmauer für das heimische Recht. Als Ergebnis davon *„kann man vor allem, wenn man den Einfluss des römischen Rechts und des Kirchenrechts vor Mohács zusammenfassend darstellen will, das Fehlen jeglicher Rezeption des römischen Rechts beobachten, sogar das Fehlen einer ‚theoretischen‘ Übernahme... Es genoss hohes Ansehen, aber wurde nicht als ein geltendes System angesehen.“* (György Bónis)

Der Einfluss des römischen Rechts ist im ungarischen Recht bis zum 16. Jh. nur in Spuren zu finden, in einigen unklaren Hinweisen auf Prinzipien des römischen Rechts, in einigen terminologischen Bezügen. Die Fachleute mit Universitätsabschluss konnten ihre Kenntnisse auf Blättern von Formelbüchern und in Begründung von Gerichtsurteilen anwenden. Einzelne Begriffe des römischen Rechts erschienen zwar im juristischen Wortgebrauch, in der Terminologie, hin und da erschienen vereinzelt auch theoretische Sätze. Diese hatten aber meist nur formale Bedeutung. So wurde z.B. im ungarischen Recht der Árpádenzeit (11–13. Jh.) der Ausdruck ‚iudicium‘, aber in der Bedeutung ‚Gottesgericht‘ verwendet. Auch ‚edictum‘ kommt vor, aber als Synonym zu ‚statutum‘. Sätze des römischen Rechts tauchten in theoretischen Grundlegungen, aber nicht als Institutionalisierung des römischen Rechts, sondern als Begründung zum feudal-ständischen Recht, um das Ansehen zu erhöhen, auf. Solche Stellen waren z.B. die Entfaltung der Theorie der Machtübertragung, die Begründung der öffentlich-rechtlichen Macht des Herrschers, die Lehre vom organischen Staat. Umsonst war die Auslegung einiger Begriffe des römischen Rechts (wie auch die der Notwehr im Tripartitum) präzise und klar, sie wurden in der Gerichtspraxis nicht angewandt.

István Werbőczy, Verfasser des Tripartitums, um seine Bewandertheit im römischen Recht glänzen zu lassen, wandte einige Lösungen, die an das römische Recht erinnerten, an. So machte er einen misslungenen Versuch, das Dreiersystem des ungarischen Rechts Personen – Sachen – Aktionen zur Geltung zu bringen, allgemeine Begriffe und Rechtsgrundsätze formal zu übernehmen, einige Bezüge der juristischen Terminologie zum römischen Recht anzuwenden. Die mäßig zunehmende Wirkung des römischen Rechts im dreigeteilten Ungarn war vor allem der immer stärkeren universitären Bildung zu verdanken. Die Vermittlerrolle des österreichischen Rechts kann auch nicht geleugnet werden. In Wirklichkeit war aber die in der Befestigung des Gewohnheitsrechts gespielte Rolle des Tripartitums viel stärker als diese Tendenzen. *„Umsonst versuchten die ungarischen Humanisten, János Honterus, János Baranyai Decsi und János Zsámboki im 16. Jh. wenigstens eine teilweise Rezeption des Corpus Iuris durchzusetzen, die vom Tripartitum geschaffene Mauer konnte nicht durchbrochen werden.“* (Elemér Pólay) Die niedrige wirtschaftliche Entwicklungsstufe der ungari-

schen Gesellschaft und die Verlangsamung der Entwicklung der Warenproduktion bedurften nicht unbedingt einer feinen Regelung durch das römische Recht. Lange Jahrhunderte mussten verstreichen, bis das römische Recht aus der Sphäre der Rechtswissenschaft hervortrat und Teil der Praxis wurde. (11)

Ungarn führte als Folge der politischen Entscheidung über die Gründung des christlichen Staates das europäische Modell der Gesellschaft, des Staates, des Rechts, der Ideologie und der Wirtschaft ein. Die Übernahme des europäischen Modells, das ein Ergebnis der germanischen Staats- und Rechtsentwicklung war, garantierte zugleich die Wirkung des lebendigen germanischen Rechts. Dieser Einfluss wurde durch die wichtige Rolle der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den deutschen Staaten, die sich auch aus der geographischen Lage ergaben, verstärkt, wie auch das Expansionsprogramm der deutschen Außenpolitik nach Mitteleuropa und die Herrschaft der Habsburger in Ungarn. Die wichtigsten Zielpunkte der Peregrination, die beliebten Aufenthaltsorte der wissbegierigen ungarischen protestantischen Studenten waren die deutschen Universitäten. Die nach dem Universitätsstudium heimgekehrten Studenten machten ihre Kenntnisse unmittelbar in der Praxis nutzbar, was das Eindringen der deutschen juristischen Auffassung begründete. Imre Hajnik sah die wichtigsten Züge des Einflusses in den prozessrechtlichen Instituten des ungarischen Mittelalters und in den starken germanischen Grundlagen der Anjou-Beziehungen. Die privilegierte Behandlung der auch Ungarn betreffenden europäischen Hospesbewegung und die Privilegien der ungarischen königlichen Macht, die die Ansiedler mit Freundschaft annahm, stellten die Anwendung der eigenen Rechte der deutschen Bürger, die Städte gründeten, sicher. Das städtische Bürgerrecht in Ungarn, sowie der größte Teil des Bürgertums, sind teilweise deutschen Ursprungs. Die starke Wirkung der österreichischen Gesetzgebung, die auf die Schlacht bei Mohács folgte, ist auch nicht zu unterschätzen. All das zusammen ergab die Stärkung der deutschen Bezüge des ungarischen Rechts, und später, bei der Entfaltung der Kodifikationsarbeiten, in Folge des analogen Systems der Institute, die Berücksichtigung des deutschen Modells. (12)

- (1) Bakos, Gábor: *A magyar jogi műnyelv kérdésehez. (Zur Frage der ungarischen rechtlichen Fachsprache)*; Budapest 1880; Béli, Gábor: *Magyar jogtörténet – a tradicionális jog (Ungarische Rechtsgeschichte – das traditionelle Recht)*, Pécs – Budapest 1999; Bónis, György – Degré, Alajos – Varga, Endre: *A magyar bírósági szervezet és perjog története (Die Geschichte des ungarischen Gerichtssystems und des Strafverfahrensrechts)* Zalaegerszeg 1996; Engel, Pál: *Beilleszkedés Európába a kezdetektől 1440-ig (Magyarok Európában I.) (Die Einordnung in Europa von den Anfängen bis 1440 [Die Ungarn in Europa I.]* Budapest, 1990; Györffy, György: *A magyarok elődeiről és a honfoglalásról – kortársak és krónikások híradásai (Über die Vorfahren der Ungarn und über die Landnahme)* Budapest, 1975; Hajnik, Imre: *A magyar bírósági szervezet és perjog az Árpád- és vegyesházi királyok alatt (Das ungarische Gerichtssystem und Strafverfahrenrecht im Zeitalter der Arpaden- und der Könige aus verschiedenen Herrscherhäusern)* Budapest 1899; Kovács, Ferenc: *A magyar jogi terminológia kialakulása, (Die Herausbildung der juristischen Terminologie in Ungarn)* Budapest, 1964; Moravcsik, Gyula: *Az Árpád kori magyar történet bizánci forrásai (Die byzantinischen Quellen der ungarischen Geschichte der Arpadenzeit)*, Budapest 1988
- (2) Bónis, György: *Hűbériség és rendiség a középkori magyar jogban (Lehnwesen und Ständewesen in dem mittelalterlichen ungarischen Recht)* Kolozsvár 1943; Eckhart, Ferenc: *Alkotmány és jogtörténet (Verfassung und Rechtsgeschichte)*, Budapest 1946; Gerics, József: *A korai rendiség Európában és Magyarországon (Das frühe Ständewesen in Europa und in Ungarn)* Budapest, 1987; Szekecs, Gyula: *Szerviensek, familiárisok (Servientes und Familiares)* Budapest, 1912; Váczy, Péter: *A hűbériség szerepe Szent István királyságában (Die Rolle des Lehnwesens im Königreich von Sankt Stephan)* In.: Századok 1932.
- (3) Csekey, István: *Werböczy és a magyar alkotmányjog (Werböczy und das ungarische Verfassungsrecht)* In.: *Acta Juridico-politica* 2., A Jog- és Államtudományi Kar Werböczy halálának 400 éves évfordulója alkalmából rendezett ünnepélyen elhangzott előadások Kolozsvár, 1942.; Félégyházi, József: *Werböczy Hármaskönyve és a kánonjog (Werböczy Tripartitum und das Kirchenrecht)* Budapest, 1942.; Fraknói, Vilmos: *Werböczy István életrajza (Lebensbeschreibung von István Werböczy)* Budapest, 1899.; Málnási, Ödön: *Werböczy István és Hármaskönyve (István Werböczy und sein Tripartitum)* Budapest, 1936.; Rácz, György: *Az igazi Werböczy (Der wahre Werböczy)* Budapest, 1941.; Schiller, Bódog: *A Hármaskönyv jogforrástana (Rechtsquellenlehre des Tripartitums)* Budapest, 1903.
- (4) Fraknói, Vilmos: *A magyar országgyűlések története (Geschichte der ungarischen Reichstage)* Budapest, 1874.; Györffy, György – Bartoniek, Emma: *Szent István törvényeinek 12. századi kézirata az Admonti-kódexben (Handschrift der Gesetze von Sankt Stephan aus dem Jh. XII. in dem „Admonter“ kodex)* Budapest, 1988.; Jánosi, Mónika: *Törvényalkotás a korai Árpádkorban (Gesetzgebung in der frühen Arpadenzeit)* Szeged, 1996.
- (5) Benda, Kálmán – Péter, Katalin: *Az országgyűlések a kora újkori magyar történelemben (Reichstage in der ungarischen Geschichte in der Frühneuzeit)* Budapest, 1987.; Fraknói, Vilmos: *A magyar országgyűlések története (Geschichte der ungarischen Reichstage)* Budapest, 1874.; Gerics, József: *A korai rendiség Európában és Magyarországon (Das frühe Ständewesen in Europa und in Ungarn)* Budapest, 1987; Kérészi, Zoltán: *Rendi országgyűléseink tanácskozási módja (Beratungsmethoden des ungarischen Reichstags)* Kassa, 1925.; Mezev, Barna: *A Rákóczi-szabadságharc országgyűlései (Reichstagsversammlungen in dem Rákóczi-Freiheitskampf)* Budapest, 1981.; Trócsányi, Zsolt: *Az erdélyi fejedelemség korának országgyűlései (Reichstage in Transylvanien in der Zeit des Fürstentums)* Budapest, 1976.
- (6) Die wichtigsten Lehr- und Handbücher zur ungarischen Rechtsgeschichte und Rechtsentwicklung: Béli, Gábor: *Magyar jogtörténet – a tradicionális jog (Ungarische Rechtsgeschichte – das traditionelle Recht)*, Pécs – Budapest 1999; Bónis, György – Sarlós, Márton: *Egyetemes állam- és jogtörténet (Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte)*, Budapest 1957; Csizmadia, Andor/Kovács, Kálmán/Asztalos, László: *Magyar állam- és jogtörténet (Ungarische Staats- und Rechtsgeschichte)*, Budapest 1972; Eckhart, Ferenc: *Alkotmány és jogtörténet (Verfassung und Rechtsgeschichte)*, Budapest 1946; Eckhart, Ferenc/Bónis, György: *Magyar állam- és jogtörténet (Ungarische Staats- und Rechtsgeschichte)*, Budapest 1956; Hajnik, Imre: *Magyar alkotmány és jog az Árpádok alatt (Ungarische Verfassung und Recht während der Arpadenzeit)*, Pest 1872; Horváth, Pál: *Általános jogtörténet (Allgemeine Rechtsgeschichte)*, Budapest 1991; Kajtár, István: *Egyetemes állam- és jogtörténet (Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte)*, Pécs-Budapest 1999; Mezey, Barna (Hrsg.): *Magyar alkotmánytörténet (Ungarische Verfassungsgeschichte)*, Budapest 1999; Mezey, Barna (Hrsg.): *Magyar jogtörténet (Ungarische Rechtsgeschichte)*, Budapest 1999; Rácz, Lajos (Hrsg.) *Egyetemes állam- és jogtörténet (Allgemeine Staats- und*

- Rechtsgeschichte), Budapest 1998; Pauler, Tivadar: *A jog- és államtudományok encyclopaediája* (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften), Pest 1865; Ruszoly, József: *Európa jogtörténete* (Europas Rechtsgeschichte), Budapest 1996; Szabó, I. (Hrsg.): *Állam- és jogtudományi enciklopédia I-II* (Enzyklopädie der Staats- und Rechtswissenschaften I-II), Budapest 1980.
- (7) Földi, András - Hamza, Gábor: *A római jog története és institúciói* (Geschichte und Institute des römischen Rechts), Budapest 1999; Zlinszky, János: *Ius privatum. A római magánjog története* (Geschichte des römischen Privatrechts), Budapest 1998; Mezey, Barna (Hrsg.): *Magyar jogtörténet* (Ungarische Rechtsgeschichte), Budapest 1999.
- (8) Zlinszky, János: *A magyar jogrendszer kezdetei* (Die Anfänge der ungarischen Rechtsordnung) In.: *Jogtudományi Közlöny* 1996/7-8., Magyar Tudomány 1956/8.; Zlinszky, János: *A magyar jog tradicionálisan európai jog* (Das ungarische Recht ist ein traditionelles europäisches Rechts) In.: *Jogtudományi Közlöny* 1995/1.
- (9) Moravcsik, Gyula: *Az Árpád kori magyar történet bizánci forrásai* (Die byzantinischen Quellen der ungarischen Geschichte der Árpádenzeit), Budapest 1988, In: Mezey, Barna (Hrsg.): *Magyar jogtörténet* (Ungarische Rechtsgeschichte) Budapest 1999.
- (10) Bónis, György: *Középkori jogunk elemei* (Elemente unseres Rechts im Mittelalter), Budapest 1972; Bónis, György: *A jogtudó értelmiség a Mohács előtti Magyarországon* (Die rechtskundige Intelligenz in dem Ungarn vor Mohács), Budapest 1971; Illés, József: *Bevezetés a magyar jog történetébe* (Einführung in die Geschichte des ungarischen Rechts), Budapest 1910; Földi, András - Hamza, Gábor: *A római jog története és institúciói* (Geschichte und Institutionen des römischen Rechts), Budapest 1999.
- (11) Brósz, Róbert - Pólay, Elemér: *Római jog* (Römisches Recht), Budapest 1972; Bónis, György: *Középkori jogunk elemei* (Elemente unseres mittelalterlichen Rechts), Budapest 1972; Bónis, György: *A jogtudó értelmiség a Mohács előtti Magyarországon* (Die rechtskundige Intelligenz im Ungarn vor Mohács), Budapest 1971; Illés, József: *Bevezetés a magyar jog történetébe* (Einführung in die Geschichte des ungarischen Rechts), Budapest 1910; Földi, András/Hamza, Gábor: *A római jog története és institúciói* (Geschichte und Institutionen des römischen Rechts), Budapest 1999.
- (12) Hajnik, Imre: *A magyar bírósági szervezet és perjog az Árpád- és vegvesházi királyok alatt* (Das ungarische Gerichtssystem und Strafverfahrenrecht in Zeitalter der Arpaden- und der Könige aus verschiedenen Herrscherhäusern) Budapest 1899; Gönczi, Katalin: *Ungarisches Stadtrecht aus europäischer Sicht*, Frankfurt am Main 1997.; Ladányi, Erzsébet: *Az önkormányzat intézményei és elméleti alapvetése az európai és hazai városfejlődés korai korszakában* (Institutionen und theoretische Grundlegung der Selbstverwaltung in der Frühzeit der europäischen und ungarischen Stadtentwicklung) Budapest, 1976.; Mollay, Károly: *Das Ofner Stadtrecht* Budapest, 1959.; Király, János: *Pozsony város joga a középkorban* (Das Pressburger Stadtrecht im Mittelalter) Budapest, 1894.

DR. LAJOS RÁCZ

Beiträge zur Entwicklung der staatsrechtlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn

„Wie könnte man aber das unabhängige Ungarn mit einem Teil Deutschlands verbinden? Es ist weder mit der Politik noch mit der Würde der heiligen Krone zu vereinbaren, daß das Größere zur Kleineren gehört und ein Königreich einem Herzogtum untergeben ist.“

(Auszug aus dem Brief des palatinischen Tribunalmeisters Ferenc Szluha zur geplanten Einführung der Pragmatica Sanctio im Jahre 1722)

Das Jahr 1867 ist auch in der westlichen Geschichtsliteratur als das Jahr des großen geschichtlichen Kompromisses, des österreichisch-ungarischen Ausgleiches bekannt. Jedoch wenn wir uns in der heimischen Literatur des Staatsrechts genauer umschauen, sehen wir, daß in den österreichisch-ungarischen Beziehungen mehrere solcher Ausgleiche gegeben hat. Wir müssen während dessen einerseits den zeitlichen Verlauf von den Ursprüngen her und andererseits die staatsrechtlichen Dokumente der genannten geschichtlichen Kompromisse erwähnen.

I. Die frühen Zeiten

Bezüglich den ungarischen Anfängen erwähnt man sehr oft, daß Österreich schon seine „Entstehung“ den Ungarn „zu verdanken“ hat. Es ist allgemein bekannt, daß die Ostarrich Mark, d.h. die Ostmark im Jahre 996 zur Unterbindung der Streifzüge der Ungarn nach der Landnahme erneut aufgestellt wurde, denn bis zu diesem Zeitpunkt verlief die östliche Grenze des Reiches am Fluß Enns, die zum bayrischen Herzogtum gehörte. (1) (N.B. nach Angaben der Wissenschaft lebt diese Tatsache heute noch in der ungarischen Volkstradition weiter. Nach der Landnahme der Ungarn verliefen die Reihen der ersten ungarischen Wachsiedlungen bis zur Enns, dies zeigt auch der oft vorkommende Topos der ungarischen Volksmärchen, „Óperencia“, d.h. Ober-Enns.

Über diese Grenzvorderlegung brauchen wir uns nicht zu wundern, denn dies war im Mittelalter allgemein üblich. Eine bedeutende Macht versuchte sich gegen ständig wiederholende Angriffe durch den Ausbau einer Schutzzone noch weit vor den dichtbesiedelten Gebieten zu wehren. Einem solchen vorgeschobenen Posten verdankt im Osten auch die Markgrafschaft Brandenburg ihre Entstehung. (Ein ähnlicher Vorgang bewirkte auch die Aufstellung der im Mittelalter von den Ungarischen Königen ausgebauten Siedlungen im späteren Moldawien.) (2). Im Falle des Deutsch-Römischen Reiches hat diese Vorgehensweise vielleicht ihren Ursprung in der Übernahme der militärischen Strategie des Spätromischen Reiches. In der spätromischen Zeit, während der Völkerwanderung wurden zur Verhinderung erneuter Einbrüche die bis zur Limes vorgedrungenen barbarischen Völker zuerst pazifiziert

und nach einiger Zeit innerhalb des Limes dorthin umgesiedelt, wo die Anzahl der romanisierten Bevölkerung nicht allzu groß war.

Die ständige Ansiedlung der Ungarn im Karpaten-Becken hat die Herrscher der benachbarten deutschen Gebiete, von Karl dem Großen bis Otto I. dazu gezwungen die Übergänge im Donau-Tal zu befestigen, genauso, wie unter der Herrschaft der Avaren. Eine Interessantheit dieses Gebietes, die Ober- und Niederösterreich heißt und sich von Passau bis zur Laitha erstreckt ist, daß es nur langsam, ca. in einem halben Jahrhundert die Laitha-Fischa Grenze erreicht. (N.B. nur in den 960-er Jahren gelangen die Ungarn sicher auf die hiesige Seite der Enns, noch in den 980-er Jahren gehört an der Donau nur die Burg Melk den österreichischen Herzögen, den Babenbergern. Unter der Herrschaft vom Heiligen Stephan (István) stellt sich die Grenze an der Laitha endgültig ein.) (3).

Ein Zeichen dieser langsamen Bewegung nach Osten ist, daß der Heilige Stephan (István) seinen Sohn, Prinz Imre zum Dux Ruisorum, einer anderen Theorie nach zum Dux Rugiland, also zum militärischen Führer des Wiener Beckens ernannt hat. (4). Die Aufgabe des Wiener Beckens von ungarischer Seite her, bedeutete auch gleichzeitig die Verstärkung des ungarischen Grenzschutzes im Westen. Dies wird nicht nur durch die Ansiedlung der Petschenegen (auf ungarisch besenyő) an der Raab und der Sekler an der linken Seite der Donau bestätigt, sondern auch die Tatsache, daß den Schlüssel des Donauüberganges – Richtung Wien bzw. Mähren – die Gespane von Pressburg (Pozsony) erhalten, die ja nicht zufällig mit den Gespanen von Temes im gesamten Mittelalter unter den höchsten Würdenträgern des Landes erwähnt werden und zu finden sind.

Doch diese früheren militärischen Streitigkeiten werden von einer relativ friedlichen Zeitspanne abgelöst. Dies zeigt unter anderem auch, daß das Haus Árpád (estes ungarisches Königshaus) und die herzogliche Familie der Babenberger sich oft untereinander vermählten. Geschichtlichen Quellen nach gab es – wegen den mehrfachen verwandschaftlichen Beziehungen – im XII. Jahrhundert eine Generation in beiden Familien, in der der ungarische König und der in Wien sitzende österreichische Herzog sich wie Zwillinge ähnelten. Die friedlichen Verhältnisse werden nur zeitweise vom Streit um das Erbe der Babelsberger gestört, der sogar unter Béla IV. für etwa fünfzehn Jahre die ungarische Herrschaft in der Steiermark mit sich brachte. Schließlich erkennen die Habsburger – die die österreichische Erbschaft erwerben – ganz genau, daß der Preis für eine friedliche Herrschaft in Österreich die Freundschaft und ein gutes Verhältnis mit den Ungarn ist.

Diese Macht der Habsburger, die sich im XIV. Jahrhundert festsetzt bedeutete vorerst keine wesentliche Gefahr auf die ungarische Unabhängigkeit. Denn wie auch schon Emil Niederhauser in der Geschichtswissenschaft gezeigt hat, befanden sich die Ländereien der Habsburger auf der Peripherie des Deutsch-Römischen Reiches. (6). Sowohl Österreich, als auch die Steiermark, Kärnten, die Krain und sogar Tirol waren ärmliche Grenzgebiete. Das zeigt auch, daß die Erzherzöge von Österreich in das im Jahre 1356 verankerte Kollegium der Kurfürsten des Reiches nicht aufgenommen wurden, obwohl sie auch mit dem gefälschten Dokument „Privilegium maius“ ihr Glück versuchten. (7). Die Besitztümer der Habsburger wurden den Gepflogenheiten des Mittelalters nach unter den drei Zweigen der Erzherzoglichen Familie – Österreich, Steiermark, Tirol – aufgeteilt, was die peripherische Rolle der Vergangenheit noch bekräftigte bzw. die Dominanz des damaligen größeren und einheitlichen Ungarischen Königreichs bestätigte.

Der mittelalterliche ungarische Staat erreichte seinerseits gerade zu dieser Zeit, im XIII-XIV. Jahrhundert seinen politischen Zenit. Schon das Haus Árpád erweitert den damaligen

Staat im Karpaten-Becken bedeutend. Zur Zeit András II. bzw. Béla IV. sind die ungarischen Könige auch Könige von weiteren neun Nachbarstaaten. Man nennt ihn nicht einfach regnum, sondern ab András II. regnum regina und ab den Königen aus dem Anjou-Haus „Archiregnum Hungariae“ (9). Ab Ludwig dem Großen erweitern sich diese Gebiete noch weiter (provisorisch wird der ungarische König auch König von Neapel und später auch von Polen). Die Herrschaft Sigismunds aus dem Hause Luxemburg bringt die staatsrechtlichen Beziehungen mit West-Europa mit sich, denn der ungarische König ist auch tschechischer König und deutsch-römischer Kaiser.

Dies bringt eine weitere Aufwertung des ungarischen Königreiches mit sich, so stehen auf den *pracedencia* Listen des Papstes die ungarischen Könige auf dem neunten Platz. (10). Visegrád und Buda sind auch von Europa aus gesehen bedeutende Regierungszentren. Ab Sigismund ist während des gesamten XV. Jahrhunderts eine auf mehreren Ebenen beginnende Unifikationstendenz zu beobachten. Die ungarischen Herrscher versuchen eine Art Gesamtreich zu gründen, Sigismund auf der Ebene der zentralen Regierung, László IV. aus dem Hause Habsburg auf der Ebene der gemeinsamen Parlamente, während Mátyás auf der Ebene einer starken und einheitlichen Militärverwaltung.

Im Vergleich dazu erscheinen die in Wien regierenden Habsburger, weiterhin in den steirischen und tiroler Zweigen getrennt, wahrlich etwas bedeutungslos. Aber die geschickte Vermählung mit dem Haus Luxemburg bringt der Familie den seit zweihundert Jahren zurückersehten Kaisertitel. Als Inhaber der Hauptmacht beginnen die Habsburger neue Gebiete zu gewinnen und mit ihrer berühmt berüchtigten Ehepolitik werden sie in kurzer Zeit zur Dynastie, die die größten Gebiete Europas beherrscht. Am Ende des XV. Jahrhunderts erhalten sie mit der Hand von Maria von Burgund eins der am meisten entwickelten Regionen des Reiches, die schon das Sprungbrett zum Tron von Spanien bzw. zur riesengroßen Kolonialmacht in der neuen Welt bedeutet. (12). Jedoch mit einem solchen machtpolitischen Hinterland sind sie die potentiellen Anwärter auf die ungarische Krone, auf der sie so lange neidig waren. Dieser lang ersehnte Königstitel fällt ihnen mit der Tragödie von Mohács (Mohatsch) unerwartet zu.

Zwar wollten die Habsburger schon seit über hundert Jahren das ungarische Königsreich bekommen – für kurze Zeit regieren zwei Mitglieder der Familie (Albert und sein Sohn László) sogar in Ungarn – doch zu dieser Zeit sind sie nicht mehr so an der ungarischen Krone interessiert. Ferdinand I. macht zwar noch einen Versuch, die von den ungarischen Königen begonnene hundertjährige Unifikationstendenz von Mitteleuropa fortzusetzen, doch als er vor Schwierigkeiten steht, beendet er die Bestrebung und widmet sich der Politik West-Europas (13).

Die Macht der Familie ist zu dieser Zeit so groß, daß sie sich bestimmte Negligenzen in der Regierung erlauben können. Die in mehreren Zweigen lebende Dynastie benutzt die Familienbesitztümer nach wie vor getrennt bis zur Mitte des XVII. Jahrhunderts, bis diese durch das Aussterben der anderen sich in einer Hand konzentriert. Zur gleichen Zeit dulden sie das Vordringen der Türken in Ungarn und nur als auch Wien in Gefahr geriet, unternehmen sie ernsthafte Gegenmaßnahmen in den Jahren 1595 und 1686. Sie lassen sogar die Möglichkeit aus, den Vertrag (5. Gesetzartikel vom Jahre 1547) auszunutzen, den Ferdinand I. mit den Ungarn geschlossen hat, der eigentlich die Erbschaft des ungarischen Trons hätte möglich machen können. Dagegen gehen sie bis 1686-88 in das „politische Spiel“, daß man immer den Tronerben aus dem Hause Habsburg zum ungarischen König wählt.

Diesen ersten „Ausgleich“ könnte man somit rechtlich als ungarischen Erfolg verbuchen,

wenn nicht als politischer Hintergrund die Dreiteilung Ungarns stehen würde. Im Jahre 1619 brechen die Habsburger den Widerstand der tschechischen Stände und schmelzen Tschechien sogar in das Reich ein. Gleichzeitig zeugen die Friedensschlüsse am Anfang des XVII. Jahrhunderts mit den Fürsten von Siebenbürgen, die den bewaffneten Kampf angeführt haben von großer Toleranz, wenn nicht sogar Neutralität seitens der Regierung. Die Privilegien der Stände werden nacheinander erneuert, die Plätze der Würdenträger der Stände werden besetzt und die protestantischen Ungarn bekommen – zwar beschränkt – die Glaubensfreiheit.

Nur nach dem Westfälischen Frieden im Jahre 1648, der die keiserliche Würde zu einem leeren Titel degradiert, wecken das Interesse der Habsburger sich mit den Ungarn ernsthafter zu beschäftigen. Diese neuartige Orientierung wird durch die Verschwörung von Wesselényi und das Fürstentum von Thököly in Oberungarn beschleunigt. Die erneute Belagerung Wiens durch die Türken im Jahre 1686 reift die Entscheidung heran, den schon seit hundertfünfzig Jahren andauernden Krieg gegen die Türken zu entscheiden, der mit dem absoluten Sieg der Habsburger endet. (14).

Der darauffolgende zweite österreichisch-ungarische „Ausgleich“ (Nachwirkungen der Ständerversammlung von 1686-88) war zwar schmerzhaft für die Ungarn – sie mußten das männliche Erbrecht anerkennen, bzw. von der Klausel des Widerstandes absehen – doch war dieser politische Pakt unter mitteleuropäischen Verhältnissen eine akzeptable Lösung. (15). Dies war in der Vereinigung des Habsburger-Reiches ein politischer, nicht aber rechtlicher Schritt. Wir haben die Einschmelzung der tschechischen Gebiete in das Reich schon erwähnt, doch werden auch im XVII. Jahrhundert in der selben mitteleuropäischen Region Preußen und Pommern unter der Herrschaft der brandenburgischen Markgrafen aus dem Hause Hohenzollern vereinigt. Diese Tatsache ist deshalb von Bedeutung, weil diese Ländereien bis dahin unter polnischer Lehensherrschaft und so außerhalb des rechtlichen Rahmens des Deutsch-Römischen Reiches standen, genauso wie Ungarn.

Diese Fakten deuten gemeinsam auf die Stärkung der Randgebiete des deutschen Reiches hin, die potenzielle Ausgangspunkte zur Gründung eines späteren einheitlichen Deutschen Reiches werden können. [N.B. die Geschichtsschreibung zählt zu den möglichen Begründern der deutschen Einheit, bzw. eines mitteleuropäischen Reiches neben den Habsburgern auch die Herrscherfamilien von Bayern, Sachsen und Brandenburg (17).] Dies wird dadurch bestätigt, daß zu dieser Zeit einige Versuche stattfinden einzelne Gebiete dem

Reich zu entreißen, aber letztendlich sind diese erfolglos. So verwirklicht das in England zur Macht gekommene Haus Hannover das Vereinigte Königreich mit der Unifikation Schottlands und Irlands, doch es gibt kein Anzeichen dafür, daß sie in diesem politischen Block die alten Besitztümer der Familie Hannover staatsrechtlich einbinden wollen. Genauso besteht nur Personalunion zwischen dem anderen Herzogtum Schleswig-Holstein und Dänemark. Die Stände der beiden Länder sind so stark, daß sie die staatsrechtlich gesehene Union mit Dänemark mehrmals verhindern, sondern den dänischen König – der übrigens die Union doch zu verwirklichen versucht – absetzen und zum regierenden Herzog eine andere Person der Familie wählen.

II. Ausgleiche in der Neuzeit

Nach dem großen Sieg des Hauses Habsburg über den Türken am Ende des XVII. Jahrhunderts erschien es so, daß die Habsburger zur entscheidenden politischen Majorität in Mitteleuropa geworden sind. Dies stimmt zeitlich mit der schon erwähnten Vereinigung von Brandenburg-Pommern-Preußen, bzw. mit der mehrfachen Anwärtschaft der sächsischen Herzöge auf den polnischen Thron überein. (18). Dieses letzte erschien als eine geschichtliche Kopie der Entstehung des preußischen Staates. In den politischen Verhältnissen der polnischen Monarchie waren auch die Schweden und die Russen intensive Teilnehmer, doch die sächsischen Bestrebungen haben die brutalen politischen Möglichkeiten in Mitteleuropa aufgezeigt, dh. das Zusammenschmelzen eines Staates im Reich mit einem benachbarten Staat, der über ein schwächeres politisches System verfügt. Im Falle Polens ging das sogar bis zu einer Aufteilung in mehrere Teile. (19).

Bestimmte Quellen zeigen, daß sich die damaligen ungarischen Politiker mit den eventuellen „räuberischen“ Absichten des österreichischen Nachbarn im Klaren waren. Die damaligen „Ausgleiche“ zeigen nämlich diesen Willen. Zwei Dokumente sind bekannt, und zwar die ungarischen Gesetze des Jahres 1687 – die jetzt schon ganz eindeutig die männliche Erbfolgschaft akzeptieren –, bzw. bezüglich Siebenbürgens das Diploma Leopoldinum, das die Stellung Siebenbürgens nach der Türkenzeit klärt. (20). Schon die Existenz der beiden einzelnen Dokumente zeigt, daß die Habsburger die politische Lage der beiden ungarischen Länderteile differenziert bewertet und deshalb verschiedene „Ausgleiche“ geschlossen haben. Gründlichere Untersuchungen haben ergeben, daß die Politiker aus Ungarn und aus Siebenbürgen die staatsrechtlichen Beziehungen mit der Habsburg Macht anders geregelt haben wollten.

Als erstes hat man in Siebenbürgen, noch unter Gabriel Bethlen, deutlich gesehen, daß durch die Abschwächung der türkischen Macht sich das mitteleuropäische Machtgleichgewicht verschiebt. Die Forschungen zeigen, daß in der ersten Zeit Gabriel Bethlen in seiner Außenpolitik vielleicht alles getan hat, um ein Bündnis zwischen den Habsburgern und Siebenbürgen auch zum Preis einer Rekatholisierung zu schließen. Dieses Opfer hätte er gebracht, wenn er eine Erzherzogin aus dem Hause Habsburg geheiratet hätte. Dies hätte die Semi-Autonomie Siebenbürgens auch im Falle einer habsburgischen Majorität gesichert. Er wäre sogar weitergegangen, er hätte die Obrigkeit der Habsburger über das königliche Ungarn anerkannt, wollte für sich nur den Titel eines Gouverneurs behalten. (21).

Die Idee des Fürsten Bethlen wird am Ende des Jahrhunderts von Miklós Bethlen, Kanzler von Siebenbürgen in einer Flugschrift weiterentwickelt. Darin empfiehlt er die Heirat des zukünftigen Fürsten von Siebenbürgen mit einem Mädchen aus dem Hause Habsburg, die die Ausbildung eines Kurfürstentums mit einer Gebietsautonomie ermöglichen würde auch innerhalb des Rahmens des Habsburger Reiches. (22).

Vereinfacht könnten wir also sagen, daß wegen der türkischen Nachbarschaft die Politiker des siebenbürgischen Staates in dieser Zwangslage auch die Eingliederung in das Deutsche Reich auf sich genommen hätten, doch mit der Zusicherung einer gewissen Halbautonomie. Ihre Angst in dieser gefährlichen Lage zeigt deutlich, daß das Diploma Leopoldinum und die dies ergänzende Resolutio Alvinczyana das früher selbstständige Siebenbürgen staatsrechtlich auf das Niveau der Erbländer der Habsburger herabsenkt. Die Freiheit der Fürstenwahl wird entzogen und das Land wird zum Erbland der Habsburger. An dieser Lage hat die Schaffung des Gubernium, der selbstständigen Landesregierung und die formelle Beibehaltung der siebenbürgischen Ständerversammlung nichts geändert. Die Kanzlei von Siebenbürgen wurde

in Wien und nicht in Siebenbürgen aufgestellt. Das zeigte schon die politische Einfügung in die Reihe der habsburgischen Provinzen.

Zu dieser Zeit findet man im königlichen Ungarn kaum Konzepte zur Regelung der ungarisch-habsburgischen Verhältnisse. Es ist nur das wiener Konzept von Kollonich in Form des Einrichtung-Werks (23) bekannt, das als geeignete Lösung auch die Einreihung in die Erbländer angibt. Gleichzeitig sieht man, daß in Wien die Stärke der ungarischen Stände real eingeschätzt wurde, denn auf der Ständeversammlung von 1687-88 haben sich die Habsburger mit der Verabschiedung des männlichen Erbrechts begnügt, die sicherlich der erste Schritt in Richtung zum Status eines Erblandes bzw. zum einheitlichen habsburgischen Gesamtreich gewesen ist. Wenn man so will, kann man das auch als einen glücklichen „Ausgleich“ bewerten.

Die Pragmatica sanctio ist dabei viel weiter gegangen, die nicht nur die Erfolge der Habsburger aus dem Jahre 1687 mit der Akzeptanz des weiblichen Erbrechts konservierte, sondern den „staatsrechtlichen Samen“ für das Gesamtreich gelegt hat. Diese berühmte „indivisibiler ac inseparabiliter“ Form hat ein den wahren Verhältnissen angepasstes politisches, nicht aber rechtliches Regieren im Reich beschrieben. Die Geschichte der Entstehung dieser Formel ist schon deshalb interessant, weil vor seiner Entstehung der absolut Habsburg-treue Palatin Pálffy auch gedacht hat – wie seine politischen Briefe es verraten –, daß die Akzeptanz der Pragmatica sanctio von ungarischer Seite her einen Preis hat und man dafür von den Habsburgern etwas verlangen könnte. (24). Eine solche Wunschliste ist nicht bekannt, aber es ist zu vermuten, daß man sie auch nicht gebraucht hat, denn mit der sehr schwer gefundenen Formel waren beide Seiten zufrieden. Die staatsrechtliche Autonomie Ungarns ist geblieben, rechtlich gab es außer dem gemeinsamen Herrscher keine gemeinsame Institution. Es ist anzunehmen, daß dies der einzige realisierbare ungarische Wunsch war.

Diesen von ungarischer Seite her erneut erfolgreichen „Ausgleich“ haben wahrscheinlich politische Realitäten ermöglicht. Denn zu dieser Zeit findet man unter den Erbländer Tschechien und im großen und ganzen auch Siebenbürgen. In der folgenden Zeit, unter der Herrschaft von Maria Theresia erweitern sich die Gebiete der Habsburger mit Südpolen und Galizien, dessen Status den vorher erwähnten Ländern ähnelt. In der Regierungszeit von Maria Theresia wird durch das halbe Land in südlicher und östlicher Richtung das Grenzwachland ausgebaut, das direkt unter wiener militärischer Verwaltung stand (25), und sogar die zurückgewonnene Adriaküste, d.h. Dalmatien wird nicht von ungarischen, sondern von wiener Regierungsorganen verwaltet. Diese gut ausgeklügelte territoriale und militärische Zange hat es Wien ermöglicht, den selbstbewußten Ungarn die staatsrechtliche Autonomie zu belassen, denn ihr Staatsgebiet war sowieso vom Gesamtreich umgeben.

III. Von der Pragmatica sanctio bis zu den Gesetzen von 1848

Im Grunde genommen bedeuteten das Erbschaftsgesetz von 1687 und die Pragmatica sanctio die staatsrechtliche Grundlage der Verhältnisse zwischen Ungarn und Österreich bis zum Frühling des Jahres 1848. Zwar werden nach der krönungslosen Herrschaft von Josef II. von der Ständeversammlung von 1791-92 gewisse Garantiesetze zur Sicherung der staatsrechtlichen Eigenständigkeit und der selbstständigen Regierung verabschiedet, doch diese basieren im Grunde genommen auf die Gesetze vom Ende des XVII. und Anfang des XVIII. Jahrhunderts. Diese Feststellung ist deshalb wichtig, weil in der Zukunft diese die Rechtsgrundlagen zur Lösung der staatsrechtlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern bedeuten können.

Diese Neuordnung erfolgt mit den zurecht berühmten Gesetzen vom April 1848. Anstatt ihrer detaillierten Analyse möchten wir nur einige Bemerkungen machen. Die Ansicht hält sich schon sehr lange, daß diese Gesetze deshalb so zeitbeständig sein konnten, weil sie nach einer über dreißig Jahre währenden fachlichen Vorbereitung formuliert worden sind. Heute wissen wir, daß man im Rahmen der Ständeversammlung schon wirklich früh die Veränderung der Regierungsstruktur des Landes erwägt hat. Aus einer Sammlung von István Bibó geht hervor, daß die Elabore der von der Ständeversammlung von 1791-92 delegierten Reformkomitees nicht verlorengegangen sind, sondern auf den späteren Reformständeversammlungen auf ihnen aufbauend die politischen und rechtlichen Möglichkeiten formuliert worden sind. Auf dieser Weise hatte die Lösung mancher Fragen eine Reifezeit von fünfzig Jahren.

Aus den Forschungsarbeiten von Erzsébet F. Kiss geht hervor, daß trotz der langen Vorbereitung die politische Lage zur Schaffung der neuen staatsorganisatorischen Gesetze so schnell gereift ist, daß eine Kopflosgkeit trotz der oben beschriebenen Tatsachen zu verspüren war. Und sogar einige textmäßige Oberflächlichkeiten sind zu beobachten. Einige bemerken, daß neben dem palatinischen Tribunalmeister Ghyczy nur wenige an der Formulierung des endgültigen Textes teilgenommen haben, Ferenc Deák schon recht nicht, der zu dieser Zeit sich schon lange zurückgezogen hat. (26). Die Absurdität der Lage wird besonders deutlich gezeigt, daß man einige Teile der Gesetze auf dem Schiff zwischen

Preßburg (Pozsony) und Wien geändert bzw. umformuliert hat, besonders auf Intentionen von Graf Széchenyi hin. (27)

Dies hatte zur Folge, daß die Gesetze keine zwei verschiedene Lesungen, jedoch wenigstens zwei verschiedenartige Deutungen hatten, die schon früh begonnen haben. Besonders von Seiten der wiener Regierung zeichnet sich die Tendenz ab, daß sie den berühmten III. Gesetzartikel vom Jahre 1848, also das Gesetz, daß die selbstständige ungarische Staatsregierung erlaubt, auch anders auslegen. Einigen Spuren nach hat Wien seine Zusage zur Aufstellung eines unabhängigen Verantwortlichen Ungarischen Ministeriums so leicht erteilt, weil man ein solches für das Gesamtreich schon vor dem ungarischen aufgestellt hat. (28). Aus ihrem Gesichtspunkt aus hätte das ungarische Ministerium de facto sowieso nur so funktioniert, wie zuvor z.B. die ungarische und wiener Hofkammer. Denn die Ungarische Kammer war in der Praxis der Wiener Hofkammer strengstens untergeben, trotz ihrer rechtlichen Unabhängigkeit. Gerade eine solche Deutung hätte die vorerst noch erhaltene Rechtssphäre des Palatins deuten können. Sie wird 1867 bis zur Besetzung des Palatinstatus provisorisch aufgehoben (N.B. der Status des Palatins wird dann auch später nicht besetzt). (29).

Es gab also ein wiener Hofkonzept, das die im Feudalismus ausgebliebene Reichsunifikation unter bürgerlichem Rahmen zu verwirklichen gedachte, dessen Realität man in Wien auch mit der zu dieser Zeit verwirklichten Vereinigung Italiens und Deutschlands rechtfertigen wollte. Den wahren Charakter bzw. die Kraft dieser Auffassung des Wiener Hofes zeigt die Reihe von Verfassungsbrieffen, die von der Verfassung von Olmütz bis zum Patens vom Jahre 1861 reicht und die ausnahmslos verschiedene Varianten zur Schaffung des erwünschten Gesamtreiches zu verwirklichen versucht. Von diesem Gesichtspunkt aus war der Ausgleich vom Jahre 1867 ein großer Triumph, der ermöglichte, daß die Doppelmonarchie unter bürgerlichem Rahmen stabilisiert wurde, als Nachfolger der früheren sich geschichtlich ineinanderreihenden kleineren Ausgleichs. (N.B. Aus diesem Standpunkt aus können bestimmte geschichtliche Ereignisse, die auch rechtlich wichtig sind, anders gedeutet werden. So z.B. die Abdankung der Batthyány-Regierung, d.h. der Realitätssinn von Batthyány u.s.w.)

IV. Die königlichen Regierungsrechte nach dem Ausgleich

Wir müssen vielleicht noch eine Tatsache bezüglich des entstehenden dualistischen Staates erwähnen. Es ist allgemein bekannt, daß die Habsburger das Zusammenfallen der Absicht und der Möglichkeit des Ausgleiches erkannt haben und diese Vereinbarung gut überlegt geschlossen haben. Ein wichtiger Punkt war, daß neben der beanspruchten ungarischen staatsrechtlichen Selbstständigkeit, gerade aufgrund des alten Prinzips „indivisibiler ac inseparabler“ ein gemeinsames Kriegswesen und Finanzwesen geschaffen werden sollte. Dies hat auch Deák wohlbekannt in seinem „Beitrag“ (Adalék) unterstützt. Er besagt darin, daß aufgrund des gemeinsamen Besitztums das Majestätsrecht des Herrschers bezüglich der Außenpolitik und des Kriegswesens schon auf eine längere Zeit zurückblickt.

Gleichzeitig ist die Herausnahme dieser beiden wesentlichen Regierungsbereiche aus staatsrechtlichem Augenwinkel sehr interessant. Diese Tatsache gibt eigentlich dem Herrscher die Möglichkeit das mittelalterliche persönliche Regieren weiterzuführen. Diese Frage wird von den wissenschaftlichen Forschungen der letzten Zeit kaum berührt, abgesehen vom „Vorsanktionsrecht“. Schon das Vorstellen dieses Rechts zeigt, daß in der Folgezeit die Persönlichkeit des Herrschers tatsächlich sehr wichtig geworden ist. Unter der Herrschaft Franz Josefs kam es kein einziges mal vor, daß wenn er ein Gesetzentwurf vorbestätigt hat, er ihn im Nachhinein nicht sanktioniert hätte. Ein gutes Beispiel sind die Verabschiedungen der Kirchenpolitischen Gesetze, wo er die im Oberhaus einmal abgelehnten Vorschläge persönlich in Budapest zur neuen Debatte und Abstimmung vorbereitet, trotz aller kirchlichen Gegenwehr. (31).

Wir kennen weitere politisch-soziologischen Beeinflussungsmöglichkeiten seiner persönlichen Regierung. Die 1848-er Gesetze erhalten das Recht des Herrschers die Titel für den Adel und Hochadel zu verleihen, so kann er auch in der Folgezeit gewisse eingeschränkte Einflußmöglichkeiten in einigen Kreisen des politischen Lebens geltend machen. Dies könnte in der Zusammenstellung des Oberhauses bzw. bei der Zusammenstellung der Liste der auf Lebenszeiten ernannten Mitglieder des obersten Standes ersichtlich sein. Es wäre lohnenswert die Rolle des Ministeriums um die Person der Hoheit auf diesem Gebiet zu untersuchen.

Aus diesem Gesichtspunkt ist es auch sehr wichtig, daß die staatsrechtliche Auffassung das Recht erlaubt hat, in jeder Angelegenheit oder Beschwerde sich direkt an den Herrscher zu wenden. Lehrbücher der Verwaltung vom Ende des XIX. Jahrhundert widmen sehr ausführlich mehrere Absätze dieser Frage. Es geht darum, daß die drei verschiedenen Typen von königlichen Verordnungen, die das Kabinettsbüro des Herrschers herausgegeben hat von den Verwaltungsorganen wann und in welcher Weise zu behandeln sind. Bzw. welche Berichte sie über diese dem Herrscher geben müssen, welcher dem ungarischen Staatsrecht nach aus dem Gesichtspunkt der Regierung der Präsident des Ministerrates ist. (32).

Der Wiener Hof galt als eines der ältesten Herrscherhöfe Europas, mit dessen archaischem Gewohnheitsrecht vielleicht nur das englische königliche Hof konkurrieren konnte. Anknüpfend zu den oben beschriebenen muß man noch eine persönliche königliche Regierungsform erwähnen. Der Herrscher gab regelmäßig öffentliche und private Audienzen. Bei diesen Audienzen, die auch von der Hofetikette geregelt worden sind, konnte der Herrscher viele Beschwerden anhören und konnte – wenn man so will – als allgemeines gesetzliches Forum Maßnahmen treffen. (33). Diese Art von persönlichem Regieren hat das Regieren des dualistischen Staates nicht nur vor den Augen der Einwohner der Doppelmonarchie, sondern auch vor dem damaligen ganzen Europa sehr personenbezogen erscheinen lassen.

Anmerkungen

- (1) M. Horváth: Die Geschichte Ungarns. Band I. Pest 1871. 117, wo er schon die Aufstellung des Ostarich Marks mit der Niederlage von Augsburg im Jahre 955 verbindet. Zur Grenze an der Enns und zur Grenzburg Ennsburg schon 905 siehe B. HÖMAN-GY.SZEKFÜ: Ungarische Geschichte. Band I. 133. u. 135. Ostmark und die Bezeichnung Óperencia. Siehe noch SZÉKELY-BERTHA (Red.): Geschichte Ungarns. Band I. Budapest. 1984. 660. 698
- (2) E.P. Gego: Über die ungarischen Siedlungen in Moldawien. Budapest. 1987. 62 u. folg. siehe noch MAKKAY-MÓCSY ((Red.): Die Geschichte Siebenbürgens. Band I. Budapest. 1986. 506
- (3) Székely-Bartha s. o. Band I. 1984. 734
- (4) M. Horváth. s. o. Band I. 248.1. Fußnote, wo die Urquelle Annales Hildesheimensi aus dem Jahr 1031 ist bzw. GY.GYÖRFFY: Geschichte Ungarns. Band 11984, 832 wie zur Deutung des Ausdruckes Rugiland dux A:ALFÖLDI. Die Siedlung der Ostgoten in Pannonia. In: Gedenkbuch von Klebelsberg. 1925. 125 Wie das römische Wachssystem in Pannonia zusammengebrochen ist? Militärgeschichtliche Veröffentlichungen. 1925. 24–30.
- (5) Horváth: s. o. II. Band. 1871. 56–65
- (6) I. Gonda-Niederhauser: Habsburger. Budapest. 1987. 31.
- (7) Gonda-Niederhauser. s. o. 16–17
- (8) Gonda-Niederhauser. s. o. 13. 16–17. 72. 77
- (9) SZ. Vajay: Dominae reginae milites. In Elemér Mályusz Gedächtnisbuch. Budapest. 1986. 397–398, 10–13 Fußnote
- (10) G. Herczegh: Die Außenpolitik Ungarns 869–1919. Budapest. 1987. 91. Der Quelle nach kommen vor dem ungarischen Botschafter natürlich die Botschafter von Deutschland, Frankreich, England, aber nach ihm die Botschafter von Navarra, Zypern, Tschechien, Dänemark und Polen.
- (11) Herczegh: s. o. 65–78
- (12) Gonda-Niederhauser: s. o. 25 u. folg., HERCZEGH s.o. 94
- (13) Gonda-Niederhauser: s. o. 68–69
- (14) Gonda-Niederhauser: s. o. 86; HERCZEGH: s.o. 152–165
- (15) Horváth: s. o. Band VI. (1872), 192–197
- (16) P. Anderson: Der absolutistische Staat. Budapest. 1989. 311–314., 318
- (17) Anderson: s. o. 326
- (18) Anderson: s. o. 331 u. folg.
- (19) Anderson: s. o. 380–383
- (20) Horváth: s. o. Band VI. 192–193., 221–225
- (21) Herczegh: s. o. 144–147
- (22) M. Bethlen: Noahs Taube mit Olivenzweig. In: Ungarische Gedanken im 17. Jh. Budapest. 1979. 283–296
- (23) Höman-Szekfü: s. o. Band VI. 14–19. bzw. Teilaufarbeitungen des Werkes von Kollonics. 461
- (24) Horváth: s. o. Band VII. (1873), 27–32, 105–131, besonders 112, wo der eigentlich hofreue Palatin Pálffy so an Ferenc Szluha, palatinischer Tribunalmeister, schreibt: „Was könnten wir für die successio von unserer hochwohlgeborenen Majestät verlangen (N. B. für die Akzeptanz des weiblichen Erbschaftsrechts) Ihr sollt euch nicht scheuen es auf Papier zu schreiben und es mir sub manu zu meinen Händen zu schicken“. Die Lage ist verstrickt, denn früher galt Szluha als absoluter Anhänger von Rákóczi, also man fragt durch ihn die Rákóczi-Partei über ihre Meinung zur pragmatica sanctio. Es ist interessant, daß diese kein Konzept formulieren, nur ihre Bedenken äußern, sie sehen ganz klar, daß durch die Akzeptanz der pragmatica sanctio die Gefahr besteht, daß Ungarn in das Habsburgerreich eingegliedert wird. Szluha z.B. schreibt so an den Palatin: „Wie könnte man aber das unabhängige Ungarn mit einem Teil Deutschlands verbinden? Es ist weder mit der Politik, noch mit der Würde der heiligen Krone zu vereinbaren, daß das Größere zur Kleineren gehört, und ein Königreich einem Herzogtum untergeben ist.“ Ein Teil der Ungarn hat gehofft, daß die Debatte um das weibliche Erbrecht in der Ständesversammlung verschoben wird, doch der Palatin Pálffy schreibt entschlossen an den Tribunalmeister Szluha: „Ich möchte Sie in geheimen... benachrichtigen, daß man das Erbrecht verlangen wird,....wenn wir nur die successio verabschieden müssten, was könnte man richtig und gebührend hochwohlgeborenen Haus verlangen.... Wenn sie sich diesbezüglich mit den Herren besprechen würden, so sollten sie sich nicht scheuen mich darüber zu benachrichtigen, denn wenn sie die successio induzieren wollen, so sollten wir auch eine Antwort parat haben.“ gl. 114
- (25) Horváth: s. o. Band VII, 319 u. folg., 327, 382–383, bis zur dalmatischen Küste und Fiume 436

- (26) E. F. Kiss: *Die ungarischen Ministerien von 1848–49*, Budapest, 1987. 28–29
- (27) F. Kiss: s. o. 23–24
- (28) F. Kiss: s. o. 26
- (29) F. Kiss: s. o. 29–30
- (30) F. Kiss: s. o. 78–79
- (31) *Geschichte Ungarns 1890–1918*, Budapest, Band I, 1978. 91, 102–104
- (32) Károly Kmetty nach gab es drei Arten von Maßnahmen des Herrschers a) mit dem Handzeichen des Herrschers gezeichnet, b) mit dem Signo „ab Imperatore et rege“ gekennzeichnet, c) vom Kabinetbüro ohne Bemerkung an das zuständige Ministerium übermittelt. In: K. KMETTY: *Handbuch des ungarischen Verwaltungsrechts*, Budapest, 1897. 47–48
- (33) Kmetty: s. o. 48 Fußnote. Gleichzeitig haben auch in dieser Zeit die sarkastischen Bemerkungen bezüglich solcher Audienzen nicht gefehlt. Siehe Gy. Krúdy: *Traumbuch*, Budapest, 1991. 549–550

DR. JÓZSEF RUSZOLY

„Eine neue Verfassung für Ungarn“

Zur Einfügung der Institutionen Parlamentarismus
und Volksrepräsentation in Ungarn und in dem
mit ihm wiedervereinigten Siebenbürgen im Jahr 1848

1. Unter den am 11. April 1848 verkündeten Preßburger Gesetzesartikeln (tc./GArt.) gehören die Gesetzesartikel über ein unabhängiges und verantwortliches Ministerium (1848:III. tc./GArt. III von 1848), über einen jährlich stattfindenden ungarischen Reichstag (országgyűlés) (GArt. IV von 1848) sowie über die gesetzgebende Volksvertretung (GArt. V von 1848) nicht nur wegen ihrer laufenden Nummer der Reihenfolge der Verkündung sondern auch aufgrund ihrer Bedeutung zu den ersten. Auch ihre Vorgeschichten, genauso wie die ihrer fachrechtlichen und freiheitsrechtlichen Pendanten, greifen bis hin zu den Sessionen des Reichstags (Országgyűlés) der Jahre 1790/91 zurück, der den Zwillingsbegriff *Vaterland und Fortschritt* aufgeworfen hatte, welcher später von Ferenc Kölcsey deutlich formuliert wurde. Parallel dazu, dass er das seit 1526 so häufig deklarierte originär ständische Prinzip in einschlägigen Gesetzen wiederholte: das Königreich Ungarn verfüge innerhalb des Habsburgerreiches über eine selbständige Staatlichkeit, begann er durch Entsendung der systematischen Kommission (*systematica commissio*) auch mit der gesetzgeberischen Vorbereitung bürgerlicher Reformen. Diese seine Verfügung wurde nachträglich auch durch den Reichstag der Jahre 1825/27 erneuert.

Unsere adeligen, und auch die hochadeligen Reformer hatten, geleitet von den westeuropäischen Ideen der Epoche, in gründlicher Kenntnis der institutionellen Lösungen, diese Reformen vorbereitet, darunter solche von öffentlich-rechtlichem und politischem Charakter, welche mit den absolutistischen Bestrebungen des Wiener Hofes und dem Großteil unserer ständischen Institutionen gleichermaßen kollidierten. Es mußten die europäischen Revolutionen von 1848 vollendet sein, dass das konservative Beharren auf den alten Regierungs- und Gesetzgebungsinstitutionen auch auf diesem Gebiete überwunden werden konnte. Und all dies geschah mitten in einer zumindest in den ersten Monaten friedlich ablaufenden sogar gesetzlichen Revolution in den Sälen der letzten Preßburger ständischen Dieta (Reichstag).

2. *Parlamentarismus und Volksrepräsentation* sind zusammengehörende zuweilen auch ineinander verschwimmende Begriffe. Keiner von ihnen steht ohne Vorgeschichte, und was mehr, beide hängen mit vorausgehenden Institutionen zusammen, die aus dem, wollen wir sie so nennen, ungarischen ancien régime stammen. Man könnte sogar eine Kontinuität in ihnen aufdecken, denn - wie die Forschungen der letzten Jahrzehnte es belegen - die institutionelle und gesellschaftliche Kontinuität zwischen ständischer Repräsentation und Volksvertretung ist auch vorfindbar, wenn unser Augenmerk nicht nur auf die Veränderungen gerichtet bleibt. Wer könnte leugnen, dass das *Parlament* in England trotz der kleinen „Erschütterungen“ im 17. Jh. im Grunde genommen eine andauernd bestehende Einrichtung darstellte, und dass das im Mittelalter entstandene Vertretungssystem seines Unterhauses (*House of Commons*) – die Repräsentation der ständischen Gemeinschaften aus Grafschaften und Städten – nur durch die wahrrechtliche Ausweitung im 19. Jh., beginnend mit dem „großen Reformbill“, 1832 sich

auch als „bürgerliche“ Institution etablierte; während das rein territoriale und auf Bevölkerungsbasis beruhende System der Wahlbezirke, das während der französischen Revolution „erfunden“ worden war, erst später (1883) hat vollständig eingeführt werden können.

Bei der Definition des *Parlamentarismus* begehen manchmal sogar Experten Fehler. Nach ihrer falsch ausgeführten Wortdeutung bedeutet dies nur und in erster Linie das Vorhandensein und Funktionieren einer gesetzgebenden Körperschaft selbst – des aus der englischen Institutionsbezeichnung verallgemeinerten „Parlaments“ im herkömmlichen Sinne – im Klartext: die Gesetzgebung. Mitnichten! In diesem Falle könnte nämlich schon im Rahmen des ständischen Dualismus von einem Parlamentarismus die Rede sein. Wenn man dabei notwendigerweise von jenen vielfach ergebnislosen oder nur kurzlebigen Erfolgen absieht, welche bereits im Mittelalter die Stände charakterisierten, wo diese versuchten das Regieren des Herrschers (z. B. durch einen königlichen Rat) zu kontrollieren, so könnte ein parlamentarisches Regieren ausschließlich nur im Zeitalter des Bürgertums entstanden sein. Der Parlamentarismus ist nämlich eine Lösungsmodalität fürs Regieren und als solche gehört er innerhalb des sich mit ihm gleichzeitig manifestierenden Systems der getrennten Gewalten nicht in den Bereich der Legislative sondern in den der Exekutive.

Er bildete sich nach der glorreichen Revolution (1688/89) in England (Großbritannien) heraus. Teilweise ging dies damit einher, dass der König den Führer einer im Parlament die Mehrheit errungenen Partei (*tory/whig*) mit der Kabinettsbildung beauftragte und diese Regierung politisch dem Parlament verantwortlich wurde, und was mehr: seine Mitglieder mußten sich, wenn man die eine Lösungsvariante der Gerichtsbarkeit durch das Parlament (richterliche Gewalt!) vor Augen führt – das Haus der Gemeinschaften erhebt Anklage, das Haus der Lords spricht Recht – auch juristisch verantworten. Ein „echter“ Parlamentarismus konnte nur als Folge der Wahlrechtsreform des Jahres 1832 entstehen, die auch den bürgerlichen Mittelschichten eine Vertretung zuführte, denn in dem damaligen sehr korrupten Wahlsystem hatte es die jeweilige Regierung relativ leicht, bei den siebenjährlich stattfindenden Wahlen seine Mehrheit im Unterhaus aufrechtzuerhalten.

Die Institution der verantwortlichen Regierung hatte die das Königreich noch aufrechterhaltende französische bürgerliche monarchistische Konstitution (1791) auf das europäische Kontinent übergebracht, jedoch diente den Verfassungsgebern von Mitteleuropa im Jahr 1848 – darunter den ungarischen Reformpolitikern – die ebenfalls im Wege revolutionärer Veränderungen erlassene belgische Verfassung (1831) als brauchbares Muster.

Eine parlamentarische Regierung kann ausschließlich nur aus Ministern bestehen, die ihre Ressorts selbständig führen. Selbst das englische Kabinett bildete sich aus kollegialen regierenden Räten – wie sie bei uns genannt werden: aus Dikasterien d.h. Regierungssitzen – heraus. Diese seit Ende des 15. Jh.-s europaweit agierenden zentralisierenden gar absolutistischen Institutionen, welche als *Räte* auf kollegialer Basis fungierten, konnten neben der obrigkeitlichen Bedienung des sie berufenden Herrschers gerade durch die mangelnde Eigenverantwortlichkeit ihrer Mitglieder gekennzeichnet werden. Eine ministeriale Regierung an sich kann jedoch nicht die parlamentarische Form des Regierens verkörpern, denn in diesem Falle könnten seit 1802 sogar die zaristischen Minister als solche angesehen werden. Ein Minister und in seiner Person die gesamte Regierung kann gerade dadurch verantwortlich gemacht werden, dass es ein Organ gibt: eine zumindest teilweise auf Volksvertretungsbasis beruhende gesetzgebende Körperschaft (Parlament, Nationalversammlung, Landesversammlung u.a.) welchem gegenüber die politische und viel mehr die rechtliche Verantwortung realisiert werden kann.

Innerhalb dieses Systems beeinflusst die parlamentarische Regierung die Position des Trägers der vollziehenden Gewalt, des Herrschers, der – die Rechtsstellung des/der englischen (britischen) Königs/in etwas verallgemeinernd ausgedrückt – zwar *herrscht aber nicht regiert*. Im dikasterialen System übergibt die Kompetenz des zumindest indirekt dem Herrscher obliegenden Regierens auf eine durch ihn von der parlamentarischen Mehrheit ernannte, somit dessen Vertrauen genießende und gleichzeitig dem Parlament *verantwortliche Regierung*. Jeder herrscherische Rechtsakt wurde erst nach Gegenzeichnung durch den zuständigen Minister rechtskräftig, denn die Person des Monarchen galt im allgemeinen als heilig, aber zumindest als unantastbar. Wegen seiner verfassungs- oder gesetzwidrigen einzelnen oder normativen Verfügungen durfte er selbst nicht zur Verantwortung gezogen werden, wohl aber ein Minister, der diese gegenzeichnet hatte. Wenn ein Minister einen verfassungs- oder gesetzwidrigen Hoheitsakt des Herrschers gegenzeichnet hatte, übernahm er somit die Verantwortung für selbigen.

3. Der Gedanke von Parlamentarismus und Volksrepräsentation war im ungarischen Reformzeitalter unter den politischen Bestrebungen der progressiven Kräfte stets lebendig. Über eine Volksvertretung, durch die man letztendlich „lediglich“ die ständische Ordnung abzulösen gedachte, durfte man sich offener äußern; über eine dem Parlament verantwortliche Regierung, eine direkte Forderung derer viel gefährlicher war, denn sie stellte eine Bedrohung für die habsburgische dikasteriale Regierung selbst dar, wurde weniger geredet. Selbstverständlich hätte die Einführung einer verantwortlichen Regierung erst danach auf der Tagesordnung stehen können, dass der ungarische Reichstag schon auf der Basis einer Volksvertretung beruhte. Im Lager der Reformer führte man in den 1840-er Jahren heftige Diskussionen über eine Frage, die nicht nur im Westen sondern auch in anderen Staaten Mitteleuropas unbekannt war. *Was soll mit den Komitaten geschehen?* Diese territorialen Organisationseinheiten – die man mit einiger Vereinfachung als gemeinadlige Selbstverwaltungen bezeichnen könnte –, wurden von den von Lajos Kossuth geführten Munizipalisten als eine auf der Grundlage der Volksvertretung reformierbare Institutionen angesehen, und für Schutzbastionen der Verfassung gehalten. Baron József Eötvös und seine zentralistischen Gesinnungsgenossen wollten sie jedoch als „feudale Überbleibsel“ abschaffen, und wünschten neben dem verantwortlichen Ministerium die Autonomie *den freien Gemeinden* (Städten und Dörfern) zu garantieren.

Der Gedanke über eine Volksvertretung, aufgeworfen von József Hajnóczy (1794), hatte Anfang der 1830-er Jahre in den Komitaten geführten Debatten der sog. dietalen (parlamentarischen) systematischen Kommission um Arbeiten zum öffentlichen Recht weitere Kreise gezogen. In diesem frühen Zeitabschnitt des Kampfes der europäischen Liberalen, der in der Arbeiterbewegung (von Seiten der Chartisten) um das allgemeine Wahlrecht für Männer auch geführt wurde, zeigten sich in Ungarn zur Mitte der 1840-er Jahre hin drei Teilbereiche, wo die Schanzen einer ständischen Verfassung ausweitbar erschienen: 1. Zuteilung des Wahlrechts an Bürger und andere Bewohner auf Grund ihrer Vermögenslage sowie der Zugehörigkeit der Intelligenz im Rahmen einer städtischen Reform, 2. Einlass der Honoratioren d.h. der nicht-adeligen Intellektuellen in die Komitatskongregationen, 3. *Beziehung der Vertreter freier Gemeinden*, im engeren Sinne der Dörfer, die sich von den urbanen Lasten der Gutsherrschaft freigekauft hatten sowie der Marktflecken. Man wollte die Honoratioren, freie besitzende Bauern und – wie der Gesetzentwurf von 1843 über Wahlausschreitungen (Verstöße) in den Komitaten, die dennoch auch andere Reformideen formuliert hatten, zeigen – gewisse kapitalistische Elemente nicht als „fünften Stand“ einbeziehen, wie dies in manchen deutschen Ländern im Vormärz (1815–1848) auf „neuständischer Basis“ erfolgte, sondern man

gedachte hiedurch die Komitats-Generalkongregationen, die bis dahin fast ausschließlich von Adeligen gebildeten kommunalen Selbstverwaltungen mit wichtigen Gesetzgebungsbefugnissen (Entsendung, Abberufung, Instruktion an und Rechenschaft von Ablegaten), zu stärken. Anderenfalls hätte eine als „fünfter Stand“ berechnete neue, vorwiegend freie bäuerliche Schicht – wie in Kossuths Ausführungen mehrfach zu lesen ist – dem adeligen Stand sogar entgegengestimmt werden können, dessen besserer Teil gerade um die Abschaffung der Leibeigenschaft kämpfte. Auch der Kossuthschen Einsicht ist es zu verdanken, dass solche Art Wählerkurien oder -klassen sich in Ungarn nie herausbildeten, wie dies z. B. in Österreich oder Preußen nach 1848 der Fall war. Unser Wahlrecht – wenn auch relativ eng, da die Grundlagen von 1848 nicht rechtzeitig ausgeweitet wurden – war gleich und konnte *direkt* und nicht über Wahlmänner wahrgenommen werden.

4. Sucht man in ihr lediglich nach den beiden Institutionen: verantwortliche Regierung und Volksrepräsentation, so verrät die *Oppositionelle Erklärung (Ellenzéki nyilatkozat)* 1847 sicherlich wenig von all dem, was auf der folgenden „Dieta“ (Reichstag) in Preßburg letztendlich eingetreten war. Diese hatte nämlich die Fragen nicht mal mit solcher Ausführlichkeit, wie wir vorhin getan haben, behandelt, worin neben der Vorsichtigkeit, wohl die Suche nach dem „kleinsten gemeinsamen Nenner“ zwischen den Ansichten von Municipalisten und Centralisten eine Rolle gespielt haben dürfte. Die Basis für die heilsame *Interessenvereinigung* sollte demnach die Zuteilung sowohl gesetzgeberischer wie kommunaler Rechte an die nicht-adeligen Klassen auf Grund der Vertretung der Citoyens vor allem der königlichen Städte und der freien Bezirke [Hajduken-Distrikt, Jazygen-Kumanen-Distrikt] bilden. Die Ablegateninstruktionen der oppositionellen Komitate gingen etwas weiter. Das die Bewegung anführende Komitat Pest hatte die *freien Gemeinden* (Lajos Kossuth) erneut namentlich aufgeführt; Komitat Borsod brachte seinerseits – obwohl in komplizierter Formulierung – gar das „System einer generellen Repräsentation“ zur Sprache auch die Honorationen erwähnend, wobei aus offensichtlicher Vorsichtigkeit nur „bezüglich der jetzigen Verfassung angewendet und ohne die Auflösung der staatlichen Verhältnisse [sprich der Beziehungen zu dem Habsburgerreich]“ (Bertalan Szemere). Über die verantwortliche Regierung konnte man in der Erklärung der Opposition in einer vielmehr an die alte Politik der Beschwerdeführung erinnernden negativen Formulierungsweise verlautbaren, etwa deren Nichtvorhandensein erwähnend, wie folgt: „wir erklären für verfassungswidrig auch jene Bestrebung, dass die Mehrheit für die Regierung nur in dem Falle als richtungsweisend dienen solle, wenn hiedurch Ansichten und Interessen einer bestimmten Partei begünstigt werden.“ Allerdings ist diese Passage in der Ablegateninstruktion des Komitats Pest schon in positiver Formulierung zu lesen: „Die Regierung hat die Richtung ihrer Politik von dem in der parlamentarischen Mehrheit verkörpert nationalen Willen zu nehmen, jeglichen fremdartigen Einflusses bar“, und was noch mehr ist: „Die Nation soll ausreichend Sicherheiten besitzen, um in diesem Teile die Rechenschaftslegung und Verantwortlichkeit zu verwirklichen“ (Lajos Kossuth).

5. Der Verlauf der Pressburger Dieta zeigte bis zum 3. März 1848 überhaupt keine Abweichung vom gewohnten, aber unter dem Einfluss der Februarrevolution in Paris, zu dem Zeitpunkt, wo von Lajos Kossuth eine politische Adresse abgefasst worden war, eröffnete sich der Weg in der Gesetzgebung für diese und weitere Reformen sofort. Die Hauptfragen fanden auch in die zwölf Punkte der Pester Revolution Aufnahme. Die Geschehnisse sind wohl bekannt, die Einzelheiten vielleicht weniger. Die von uns jetzt behandelten drei Gesetzesartikel – zusammen mit den anderen – gingen in der Gesetzgebung ihres Weges. „Nur“ dass diesmal die Mühlen der ständischen Gesetzgebung eben schneller gemahlen hatten. Sie wurden in der

Untertafel erörtert (darunter von der vorbereitenden Distrikt-Sitzung und der Landes-Sitzung (Plenar) Sitzung) in der Obertafel, diese tauschten gegenseitig Benachrichtigungen in schriftlicher Form aus, hielten eventuell vermengte (gemeinsame) Sitzungen ab. Ihre Vorschläge gelangten vor unseren König Ferdinand V., vorbereitet durch den Dietalausschuss konservativer Prägung der in Wien fungierenden ungarischen königlichen Kanzlei unter Vermittlung der ohne den gestürzten Metternich tätigen Staatskonferenz, die nicht gerade für ihre Ungarnfreundlichkeit bekannt war.

Die Hemmnisse – die wortoffeneren konservativen Ablegaten der Untertafel, die Obertafel und nur teilweise die ungarischen Dikasterien – waren also noch vorhanden; mitunter funktionierten sie auch, jedoch konnten sie dem Druck einer Revolution nicht mehr standhalten. Diese Momente waren von entscheidender Bedeutung und glückliche Umstände zugleich in unserer kontinuierlichen Verfassungsentwicklung!

Bei der Formulierung dieser Gesetzesartikel zeichneten sich mehrere Personen aus. Besonders Verdienste machten sich Lajos Kossuth, Bertalan Szemere und Kálmán Ghyczy, palatinischer Protonotar, der diese hin und zurück weiterleitete, verlas und korrigierte, aber es handelt sich hier nicht um Werke „von einem Verfasser“. Der designierte Ministerpräsident Graf Lajos Batthyány wird zwar beispielsweise in den Quellen – über seine Wortmeldungen hinaus – nicht erwähnt, aber er muss offensichtlich in der Erarbeitung der Urentwürfe auch eine Rolle gespielt haben.

6. Zum Gesetzesartikel *III von 1848* über das verantwortliche Ministerium bemerkte Hofrat Rosenfeld in der Sitzung der Staatskonferenz am 26. März nicht geradezu lobend: „es ist eine neue Verfassung für Ungarn“. Ein neues Grundgesetz, das die Ausübung der vollziehenden Gewalt in den Wirkungsbereich des anstelle der Dikasterien errichteten Ministeriums: einer Regierung bestehend aus dem Ministerpräsidenten und – falls er kein Ressort übernahm – aus acht Ministern verwiesen, und die Gegenzeichnung sowie die rechtliche – straf- wie öffentlich-rechtliche – Verantwortung der Minister dem ungarischen Reichstag eingeführt hatte.

Die revolutionär gewordene freiheitliche Idee vom verantwortlichen Ministerium befand sich in einem so eindeutigen Triumphzug überall durch Mitteleuropa – im Deutschen Bund (Österreich bildete keine Ausnahme) wurden nach und nach die Märzministerien gebildet –, dass auch in Ungarn kein Hindernis für eine Annahme der gesetzlichen Grundlagen mehr gestellt werden konnte. Oder doch? In der Untertafel fanden die radikaleren Ablegaten – darunter László Madarász (Komitat Somogy) lediglich daran Anstoß –, dass Beamte der Dikasterien auch von der neuen Regierung in ihre Dienste gestellt werden. Auf Antrag von Gábor Lónyai (Komitat Zemplén) hatte man später präzisiert: die Regierung habe das Budget nicht dem Reichstag, sondern nur der unteren Tafel, d. h. dem Abgeordnetenhaus einzureichen. Die Obertafel machte sich in erster Linie nur um die weitere Wahrnehmung des hohen Patronatsrechts gewisse Sorgen, und noch um die Person des Ministers am königlichen Hoflager, aus dessen Wirkungsbereich alles sorgfältig gestrichen wurde, was an ein selbständiges Auswärtiges hätte erinnern können.

Die von den Hofbehörden vorbereitete Antwort des Königs war in mancher Hinsicht ungünstig, in erster Linie deshalb, weil er, sein früheres Versprechen gebrochen, bestrebt war, die ungarische königliche Hofkanzlei aufrechtzuerhalten, er verlangte im wesentlichen gemeinsame Finanzen und erhielt seine herrscherlichen Befugnisse hinsichtlich der Armeeeinsätze aufrecht.

Am 29. März stieß dieses Reskript in sämtlichen Foren des Reichstags auf heftigen Widerstand. Batthyány und Kossuth protestierten scharf dagegen. Palatin István – aus dem „unga-

rischen" Zweig der Dynastie Habsburg-Lothringen – versuchte mildernd aufzutreten und machte Versprechungen. Woraufhin die *Untertafel* beschloß: „Das Gesetz über das verantwortliche Ministerium soll auf die Weise verabschiedet werden wie dies zu erlassen zur Beruhigung der Nation erforderlich ist.“ Die Magnaten der Obertafel hatten gezwungenermaßen ebenfalls zugestimmt. Der Palatin bewirkte am 30. die Einladung der kurz vor Ernennung stehenden Regierungsmitglieder Graf Lajos Batthyány, Ferenc Deák, Graf István Széchenyi und Baron József Eötvös und nach den von ihnen gemachten geringen Zugeständnissen am Tag darauf fügte sich der König ins Unabänderliche: stimmte der Bildung eines unabhängigen verantwortlichen ungarischen Ministeriums zu. Bei der Änderung des Vorschlages spielte Kossuth die Hauptrolle. Im § 8 wurden zwar die königlichen Rechte betreffend Kriegswesen aufgenommen, aber auch diese waren mit Gegenzeichnung auszuüben – allerdings mit Gegenzeichnung des Ministers am königlichen Hoflager und nicht mit der des Ministers für Verteidigung. Betreffend die gemeinsamen Finanzen *jedoch* kam kein einziges Wort ins Gesetzestext. Lediglich ein gesonderter Reichstagsbeschluss wurde erlassen über die 3 Millionen Silber-Forint, die für Hofhaltung, Diplomatie sowie „zur Versorgung der verschiedenen militärischen Korporationen, die für die ungarische Armee erforderlich sind“ vorgesehen waren. All dies aufgrund der gegenseitig anerkannten Pragmatica Sanctio (GArt. I–II von 1723), worauf später auch der österreichisch-ungarische Ausgleich beruhte (Vgl.: GArt. XII von 1867).

7. Der *Gesetzesartikel IV von 1848* entsprach dem nationalen Anspruch, der König solle den ansonsten für dreijährige Legislativperioden gewählten Reichstag jährlich einberufen, und zwar nicht mit Sitzungsort Preßburg sondern in Pest – das später Teil der Hauptstadt von Ungarn Budapest wurde (1872/73). Daneben enthielt er Bestimmungen – die Obertafel in ihrer Zusammensetzung im wesentlichen unberührt lassend – über den inneren Aufbau des Reichstages, über Befugnisse des Herrschers hinsichtlich dessen Einberufung, Vertagung, Aussetzung und Auflösung.

In der Obertafel und im Hofe bestritt man zahlreiche der Bestimmungen dieses GArt., so z.B. dass Pest der ständige Austragungsort von Reichstagssitzungen und hiedurch auch unverkündeterweise zur Hauptstadt des Landes werden sollte. Und dennoch fand dieses Gesetz keinen größeren Widerstand. Bemerkenswert, dass der Palatin, der durch den GArt. III von 1848 zu einer Art „Vizekönig“ erhoben wurde – er durfte in jeder Hinsicht den König vertreten, erhielt sogar Immunität, allerdings nur der „jetzige“ amtierende Palatin István –, wollte den Vorsitz im Oberhaus für sich behalten. Aber die Stände gaben ihre Zustimmung nicht. Bereits in der Distrikt-Sitzung vom 20. März wurde der § 5 durch eine äußerst wichtige von mir hervorgehobene Passage ergänzt: „Ihre Majestät hat das Recht, den Reichstag auch vor Ablauf der drei Jahre aufzulösen, und Neuwahlen für Abgeordnete auszuschreiben *aber in diesem Falle wird über die Einberufung eines neuen Reichstages auf folgende Weise verfügt: dass der Reichstag binnen drei Monate nach Auflösung von Letzterem zusammentreten soll.*“ Anzumerken ist: da Ferdinand V. am 3. Oktober 1848 ohne Rücksichtnahme hierauf den Reichstag aufgelöst hatte, welcher dem verfassungswidrigen Befehl des Königs nicht gehorchend doch nicht auseinanderging, bildete im Grunde genommen diese Gesetzesverletzung die Rechtsgrundlage für unseren Freiheitskampf der Selbstverteidigung.

8. Die Debatten um das Gesetz über eine Volksvertretung durch den Reichstag (*GArt V von 1848*) gestalteten sich um die Einzelheiten einer vermögensrechtlichen *Qualificatio* d.h. den Wahlzensus – zwei allgemeinere Fragen: das alte Adligen-Recht und das allgemeine Wahlrecht gerade nur berührend. Das Adligenrecht als notwendiges Übel aufrechterhaltend, beließ man es in diesem ohnehin für provisorisch angesehenen Gesetz, und das allgemeine

Wahlrecht (*suffrage universelle*) wurde allein von László Madarász (Komitat Somogy) unterstützt, der auf den Rängen bejubelt schon damals als Verfechter radikaler Ansichten galt, nach dessen Worten „bei einem Zensus kann es keine Gleichheit geben“.

Da der Großteil der künftigen Wähler urbarial belastete Leibeigenen, gerade erst freigeordnete Bauern waren, kam der Frage ihrer *Qualificatio* entscheidende Bedeutung zu. Im Vorschlag und in der Debatte ging es auf allen Ebenen um das *halbe oder Viertel große frühere Urbarial-Grundstück* als Zensus. Daneben, dass die eher konservativ gesinnten Abgeordneten „dies schönstes Recht“ zunächst nur auf einen möglichst engen Kreis ausdehnen wollten, spielte hierbei eine große Rolle, dass der Wert bäuerlicher Grundbesitze von derselben Größenordnung in den verschiedenen Teilen des Landes äußerst unterschiedliche Beträge ausmachte. In gebirgiger Gegend konnte der Besitzer eines halben Grundstücks sogar verelenden, während man in der Tiefebene auf Schwarzerde gar von einem Viertel-Grundstück relativ gut leben konnte. Manche – so Graf Gyula Andrássy (Komitat Zemplén) und Ágoston Máriássy (Komitat Sáros) – befürchteten, dass der Zensus in Höhe von einem Viertel-Grundstück gerade in den armen Gegenden Nordost-Ungarns zum Anstieg des Anteils nicht-ungarischer Wähler führen würde. Letzterer war sogar der Meinung in Sáros werde es beispielsweise unter Beibehaltung dieses Zensus 9180 ruthenische (rusinische, „karpatokrainische“) Wähler geben, während „vermögende, adelige Menschen, so richtige Ungarn nur an die 900 vorgefunden werden könnten.“ Demgegenüber wollte József Tomcsányi (Komitat Békés) den Zensus eher herabsetzen, als er – ähnlich wie in den Städten – die Liegenschaft mit einem Wert von 300 Silber-Forint als Zensus in den sog. Gemeinden „ohne geordnete Ratsorganisation,“ d. h. auch in den Dörfern einzuführen gedachte.

Anhänger des „Stabilismus“ wurden schließlich durch Argumente Ferenc Deáks (Komitat Zala), der in die Debatte am 4. April eingestiegen war, davon überzeugt, dass die Höhe dieses Zensus ein Viertelgrundstück d. h. ca. 10 ungarische Katastraljoch fruchtbaren Bodens betragen soll. „Im Hinblick auf das ganze Land [...] befürchten die Stände keine schlimmen Folgen, wenn das Wahlrecht auch auf das 1/4 Grundstück ausgeweitet würde, da auch die Besitzer von diesen nicht als solch Vermögenlose angesehen werden, die die Aufrechterhaltung einer mit Ordnung gepaarten Freiheit nicht als ihr wichtigstes Interesse betrachteten; im übrigen gibt es keine wesentlichen Unterschiede zwischen Grundstücksbesitzern mit 1/2 und 1/4 Hofstelle weder angesichts dieses Merkmals noch hinsichtlich der Bildungsstufe [...]“

9. *Intelligenz und Vermögen.* Dies waren die beiden im Vokabular der liberalen Reformer zusammengehörenden Begriffe, an die das Wahlrecht geknüpft war, das eine politische Berechtigung bedeutete, und diese Begriffe hatten diese Politiker zu den Gesetzen vom April 1848 über die parlamentarische Volksvertretung hingeführt. Diese berührten die Zusammensetzung der Magnatentafel im Grunde nicht, um so mehr jedoch die der Untertafel, diesbezüglich nahm der Gesetzesartikel V von 1848 den Standpunkt der *Volksrepräsentation* auf, das bisherige Wahlrecht auf Grund des alten ständischen Rechts jedem – Adligen und den städtischen Bürgern, die früher solches nur im Prinzip besaßen – belassend.

Aktives Wahlrecht d. h. Stimmrecht erhielten diejenigen ihr 20. Lebensjahr vollendeten selbständigen (nicht unter väterlicher, vormundschaftlicher, pflegerischer Gewalt stehenden), wegen bestimmter schwerer Straftaten nicht unter Strafe (strafrechtlicher Bestrafung) stehende Männer, ungeachtet der gesetzlich anerkannten konfessionellen Unterschiede, die:

- a) allein oder zusammen mit ihren Familienangehörigen in Städten Haus oder Boden im Wert von 300 Silberforint, in Dörfern 1/4 (ehemals) hofzwangbefangenes urbariales Grundstück besaßen,

- b) mit bestimmten einschränkenden Auflagen Handwerker, Handelskaufleute, Fabrikanten waren;
- c) neben den Vorigen diejenigen, die aus eigenem Besitztum oder Kapital 100 Silberforint sicheres Jahreseinkommen hatten oder
- d) Honoratioren – nichtadelige Intellektuelle – waren (so Absolventen von Universitäten und Hochschulen, Geistliche, Lehrer, Dorfnotare); Letztere nur in dem Wahlbezirk, wo sie wohnhaft waren.

Voraussetzung für das passive *Wahlrecht*, die Wählbarkeit als Abgeordneter, war neben o.a. auch die Vollendung des 24. Lebensjahres und Kenntnis der Sprache der Gesetzgebung (seit 1844 des Ungarischen). Als Ergebnis dieses Gesetzesartikels erlangten etwa 6,5% der Bevölkerung das Wahlrecht. Dies machte beinahe das Dreifache des Wählerverhältnisses (1,9%) von Belgien aus, das damals als verfassungsrechtlicher Musterstaat galt. Im übrigen belief sich dieses Verhältnis im Vormärz (1815–1848) in Baden und Württemberg auf 15–16%, in Sachsen auf 10%, und konnte im Falle eines allgemeinen Wahlrechts für Männer – wie etwa in Frankreich ab 1848 – sogar 24% erreichen.

Da der Gesetzgeber das Wahlsystem auf rein territoriale Basis legte, wurde den Munizipalitäten – Komitaten, Städten, freien Distrikten – die Befugnis erteilt, die Wahlbezirke aufgrund der durch Gesetz der Bevölkerung ihres Gebietes zugeteilten Abgeordneten-Plätze selber zu bestimmen, sowie eine *zentrale Wahlkommission* zur Abwicklung der Wahlen einzurichten. Nachdem die Munizipien ihr Ablegatenentsendungsrecht verloren hatten, war in diesem Sinne auch ihre Befugnis erloschen, Abgeordneten zu entsenden bzw. abzuwählen.

Die Wahl der Abgeordneten erfolgte in jedem Wahlbezirk *durch Direktwahl* im Hauptort des Wahlbezirkes. (Eine Indirektwahl in Ungarn war damals und blieb auch später – abgesehen vom Wahlsystem der Räterepublik 1919 – unbekannt!) Das Gesetz betonte die Öffentlichkeit des Wahlverfahrens. Darunter verstand man in den meisten Orten die offene Stimmabgabe aber im Prinzip war mit dieser Regelung auch die geheime Stimmabgabe zu vereinbaren, wie dies hauptsächlich in oppositionellen Bezirken und meistens unter Anwendung von Kugeln auch praktiziert wurde, bis hin zur Wahlrechtsnovelle (GArt. XXXIII von 1874), welche jedoch die Stimmabgabe eindeutig als eine offene vorschrieb. Das System der absoluten Mehrheit hatte Geltung. Bei einem einzigen Kandidaten blieb als „einstimmige Stimmabgabe“ die Institution des Zurufes (*acclamatio*) behalten.

Dieses als Provisorium vorgesehene Gesetz kann hier nicht ausführlich dargelegt werden, trotz seiner hauptsächlich in der späteren Praxis klargewordenen Mängel galt es seinerzeit als erster Schritt, als eine sehr positive liberale Errungenschaft. Seine Verabschiedung – zusammen mit anderen Gesetzesartikeln vom 11. April 1848 – ist jenem zähen Kampf im Reformzeitalter zu verdanken, der auch auf das Gedankengut des Liberalismus baute, durch welches man unser Land auf ein zivilisiertes, europäisches Niveau der Entwicklung zu heben suchte. Bedauerlicherweise ließ seine Weiterentwicklung – allen oppositionellen Bestrebungen und regierungsseitigen Versuche zum Trotz – im wesentlichen bis zu den Revolutionen 1918/1919 auf sich warten.

10. Der zum 29. Mai 1849 nach Klausenburg/Kolozsvár einberufene letzte siebenbürgische ständische Landtag begann unmittelbar nach der Vollziehung des Aktes der Wiedervereinigung mit Ungarn (Union) mit der Abfassung eines Wahlgesetzes. Der (Klausenburger) Gesetzesartikel II von 1848, das siebenbürgische Wahlgesetz, baute auf das maßgebliche Gesetz des Mutterlandes, den (Preßburger) GArt. V von 1848. Wie das Preßburger so betonte auch dieses Klausenburger Gesetz seinen provisorischen Charakter: „Die Wahl der Abgeordneten (Abgeord-

neten!) aus Siebenbürgen, die in die bereits auf den 2. Juli 1848 angekündigte in Pest abzuhaltende Vaterlandsversammlung (Reichstag) zu entsenden sind, wird auf Grund der Volksrepräsentation die Möglichenmachung einer sofortigen Anwendung zwar in Betracht ziehend lediglich auf diesen einen folgenden Fall zu erledigen sein.“

Es wurden lediglich die Ausschließungsgründe, die negative Seite der *allgemeinen Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht* behandelt. Demnach waren ausgeschlossen „a) die Weibspersonen b) die Ausländer, die nicht nostrifiziert sind c) unter wirtschaftlicher, elterlicher oder unter Vormundsgewalt stehende Einzelpersonen, d) solche, die nach einem Strafprozeßurteil unter Strafe stehen“ (§ 2). Obwohl dieses Gesetz sich auf den (Preßburger) GArt. von 1848 nur hinsichtlich der Durchführung berief, kam die hier fehlende Passage „ein Mindestalter von 20 Jahren“ auch in Siebenbürgen zur Anwendung. Die Abweichung vom Preßburger Gesetz, wonach jenes die *väterliche*, dieses jedoch die *elterliche* Gewalt als Ausschließungsgrund qualifizierte, kann eher privatrechtliche Fragen aufwerfen (§ 1 c). Ein wesentlicherer Unterschied zeigt sich im Punkt d), welcher (1) die im Preßburger Gesetz erwähnten erheblichen Straftaten („Untreue, Schmuggel, Raubüberfall, Mord, Brandstiftung“) nicht auflistet, aber (2) mehr als die viel diskutierte „Nicht unter Züchtigung [strafrechtlicher Bestrafung] stehen“ besagt.

„Im übrigen – heißt es in § 2 – macht unter den Anhängern der althergebrachten Konfessionen (zu denen auch diejenigen mit griechischer nicht vereinigter Zeremonie anzurechnen sind), die Geburt keinen Unterschied aus.“ Die Gleichberechtigung der althergebrachten Konfessionen und besonders hervorgehoben die der orthodoxen – in Siebenbürgen der rumänischen – Kirche entsprach den Preßburger Gesetzen, obwohl eine Gleichstellung letzterer dort lediglich der GArt. XX von 1848 vorschrieb. Die zweite Wende – die Aufhebung der Privilegien durch Geburt – hatte stark deklarativen Charakter, denn das alte (Adeligen- / Stadtbürger-) -Recht blieb auch in Siebenbürgen bestehen.

Die *besonderen (speziellen) Bedingungen* d.h. die Zensus wurden teils nach Munizipiumtypen teils nach traditionellen ständischen Nationen (Ungarn, Székler [nur rechtlich getrennt aber ebenfalls ungarisch] und Sachsen) bestimmt. Waren unter diesen auch gewisse Überlappungen im Vergleich zum Preßburger Gesetz vorhanden, das nur hinsichtlich des Zensus nach Immobilienvermögen einen Unterschied machte zwischen Stadt (königlicher Freistadt und Stadt mit geordneter Ratsorganisation: Haus oder Grundbesitz im Wert von 300 Silber-Forint) und Dorf („sonstige Gemeinden“: 1/4 Urbarmark-Grundstück), das Klausenburger Gesetz war in seiner Fassung viel gegliederter.

Abgesondert wurden darin „die mit Sondervertretungsrechten bekleideten Städte“: königliche Freistädte außerhalb des sächsischen *Königsbodens* [Királyföld] und sog. taxierende Städte (§ 3); die Komitate, die Distrikt Fogaras und die széklerischen Stühle (§ 4), sowie die sächsischen Jurisdiktionen (Munizipien): die sächsischen Städte mit ihren Stühlen bzw. Distrikten auf dem *Königsboden* (§ 5).

Die Vollständigkeit des Wahlrechts wurde gemäß GArt. V von 1848 – das alte Adligen-Recht und wegen Ausbleibens der Urbarmarkregelung hier im 18. Jh. nicht mal in Frage kommende Viertelgrundstück sinngemäß ausgenommen – lediglich den Städten mit eigenem Vertretungsrecht (§ 3 a–e), sowie solchen ohne eigene Vertretung aber mit geordneter Ratsorganisation (§ 4 b; § 5) zugeteilt. Der Kreis der Wähler – im wesentlichen übereinstimmend mit den nach § 2 GArt. V von 1848 Berechtigten erstreckte sich auf a) Personen, die ein Immobilieneigentum im Wert von mindestens 300 Silber-Forint hatten b) die Handwerker, Händler, Fabrikbesitzer c) Personen mit sicherem Jahreseinkommen in Höhe von 100 Silber-Forint d) die Honoratioren und e) solche die bereits als städtische Bürger galten.

Grund für viele Diskussionen in der Praxis gab die Hervorhebung der Städte, denn nach der Preßburger Regelung war aus all dem lediglich der Liegenschaftswert von 300 Forint ein ausgesprochen städtischer Zensus (als Pendant zum 1/4 Grundstück in Dörfern), alle weiteren galten sowohl in Städten als auch auf dem Land. Das Rumänentum beanstandete vielfach, dass seine ärmeren dörflichen Popen auf der Grundlage des Honoratioren-Rechts, ohne Hinblick auf ihr Einkommen, kein Wahlrecht zugeteilt bekamen. Unter den Honoratioren ist das Wegbleiben der *Gemeindenotare* auch auffällig. Diese Engherzigkeit der Klausenburger Gesetzgeber, denen es vor den rumänischen Massen angst und bange wurde, ließ sie in keinem guten Licht erscheinen.

In den territorialen „ungarischen“ und széklerischen Jurisdiktionen (Munizipien) – in den zum beträchtlichen Anteil auch von Rumänen bewohnten Komitaten, in der größtenteils rumänischen Ditrikt Fogaras und in den Székler Stühlen – waren vier Arten von Zensus in Geltung: a) das alte Recht b) das städtische Recht (§ 3 a–e), c) das „dörfliche“ Recht, das teils auf Besteuerungsbasis stand, teils nach *Rauchmengen* (als Herdsteuer) geartet war.

Das alte Recht stand denjenigen zu, die gemäß GArt. XII von 1791 Siebenbürgens auch bis dahin davon Gebrauch machen durften, „wenn in der Ausübung dieses Rechts auch vielleicht beschränkt gewesen waren.“ Im zitierten Gesetzesartikel, welcher Aufbau, Befugnisse und Geschäftsordnung des siebenbürgischen Landtages geregelt hatte, würden wir trotz dieses Rückverweises nach einer Auflistung dieses vorwiegend offensichtlich adeligen Wählerkreises vergeblich suchen, die ist darin nicht vorzufinden. Im Jahr 1866 hatte diese Unsicherheit zu zahlreichen Rechtsstreitigkeiten geführt. Allerdings war die Auslegung des Preßburger GArt. V von 1848 ebenfalls nicht eindeutig.

Nach einer Regelung gem. der *Weisung* von 1866, die durchs Gubernium (nach dem *Oktoberdiplom* 1860 mit Übergangscharakter wiederhergestellt) erlassen und vom Innenminister Baron Béla Wenckheim 1869 übernommen wurde, blieben behalten „das Wahlrecht derjenigen *moralischen Personen*“ (*Körperschaften*), „welche bis zum Jahr 1848 über ihre gesetzlichen Vertreter das Ablegatenwahlrecht ausübten“, jedoch können als durch diesen Zensus berechnete Wähler nur solche Gemeinden angesehen werden, die ausgrenzendes Privatrecht besitzende solche Sonderbesitztümer haben, mit denen eine den Zensus überschreitende Steuerzahlung verbunden ist, wodurch öffentliche Plätze, öffentliche Weiden, öffentliche Wälder, wenn ebenfalls unter dem Namen der Gemeinde besteuert werden, als nicht solcher Privatbesitz angesehen werden können.“ Ausser Gemeinden konnten sich auf diese Weise auch *Kirchengemeinden* Wahlrecht verschaffen.

Dass „die Städte mit geordneter Ratsorganisation“ mit denen, die eigene Ablegaten entsandten, gleiche Zensus ihr eigen nennen konnten, habe ich früher angedeutet.

In „geordneten Rat nicht abhaltenden Gemeinden“ – in Dörfern und Marktflecken – war die Steuerveranlagung gemäß dem Steuerregister von 1848 maßgebend, hier war nämlich das Viertelgrundstück mangels Urbarialregelung nicht anzuwenden. (Dies bereitete in den Komitaten im sog. Partium Probleme, wo allerdings der Preßburger Gesetzesartikel angewendet werden mußte.)

Die heftigste Debatte entfachte an der den Landtag vom 31. Mai 1848 – vorbereitenden – nationalen Sitzung und in der Landes- (Plenar-) Sitzung vom 2. Juni zugleich gerade um die Höhe dieses *Steuerzensus*. Die geplanten 8 Forint wollten Prof. Károly Szász (Vízakna) und Gusztáv Grois (Kolozsvár/Klausenburg) auf 5 Forint herabsetzen. Schließlich blieb der Steuerzensus „bei mindestens acht Pengöforint zuzüglich Leibgeld“.

Károly Szász, der gegen „diese demokratisch-aristokratische Struktur“ auftrat, konnte le-

diglich erreichen, dass die Bewohner (oder Vorstände) dieser Ortschaften selber neben den gem. Gesetzesartikel XII vom Jahr 1791 Berechtigten –, wenn der Ort wenigstens *hundert Herde* – Hausgrundstücke – zählte, so über zwei, wenn weniger, dann über „einen frei gewählten Abgeordneten“ d.h. im wesentlichen über einen *Wahlmann* auf die Abgeordnetenwahl ebenfalls einwirken konnten. Diese prompte Lösung wurde zum einzigen Element des Wahlsystems 1848, das auf eine *Direktwahl* hindeutete. Ihre Einführung erinnert an die Urkongregationen der Komitate Anfang Mai 1848, in denen sich auch Dörfer und Marktflecken vertreten ließen, zumeist durch ihre Richter und/oder Notare.

„In sächsischen Munizipien – lautete § 5 – werden Bewohner von Städten und Ortschaften in den Stühlen oder Distrikten, in denen sie seßhaft sind, das Wahlrecht so wie bisher, genauso auch jetzt zusammen und *unbeachtet jeglichen Unterschiedes in Nation und Religion* auf die Weise ausüben, wie

das bezüglich der Bewohner der ungarischen und széklerischen munizipalen Städte und dörflichen Gemeinden ohne eigenes Vertretungsrecht unter lit. b) und c) § 4 geschrieben steht.“

Auf *Königsboden* bildeten die Städte und ihre Umländer (Stühle, Distrikte) – gleichsam wie in deutschen Ländern so besonders in Württemberg ab dem XVIII. Jh. das heißt seit der Reformation die *Städte und Ämter* – solche ständemäßig einheitliche Munizipien (Jurisdiktionen), in denen die Munizipalsitze stets bestimmende Rolle spielten. Umso mehr als in der Region im 18. Jh. der Anteil der rumänischen Bevölkerung stark zugenommen hatte. Die vorteilhafteren städtischen Zensus waren in diesem Falle besonders begünstigend für sächsische Bürger, die sich immer mehr hinter die verschlossenen Tore ihrer Städte zurückzogen. Mit einem Wort, man muss nicht immer und in allem eine Erklärung für dieses Zensusystem in den Interessen des Ungartums – der, wie es oft heißt, ungarischen herrschenden Klasse – suchen. In diesem Falle schützte es eher die sächsischen Stadtbürger, wenn es überhaupt fähig war, irgendwo etwas zu schützen, denn im südlichen Siebenbürgen hatten sich die Rumänen auch in den sächsischen Städten in ständig zunehmendem zahlenmäßigem Anteil angesiedelt.

Die in Preßburg festgelegten Voraussetzungen des *passiven Wahlrechts*: mindestens 24 vollendete Lebensjahre, Kenntnis der ungarischen Sprache als Sprache der Gesetzgebung seit 1844, blieben auch hier aufrechterhalten, mit der Betonung, dass „wählbar ist jeder, der irgendwo im Ungarland Wahlrecht hat“, wenn er diesen zusätzlichen Bedingungen gerecht wird. (§ 6). Also nicht nur die Siebenbürger!

*

Das waren unter anderen die gesetzlichen Grundsteine *unserer historischen* 1848 aus einer ständischen zu einer bürgerlichen umgewandelten *Verfassung*, welche im großen und ganzen – mit zahlreichen Änderungen – für ein Jahrhundert – bis zu der durch das Gesetz Nr. XX vom Jahr 1949 eingeführten volksdemokratischen (sozialistischen) kartalen Verfassung – unsere bürgerliche Entwicklung bestimmten. Jene von Widersprüchen nicht freie Entwicklung, auf deren Fundament auch die Republik Ungarn *mutatis mutandis* seit der Wende 1989/90 immer wieder zu bauen versucht.

Dieser Veröffentlichung ist im Schrifttum als bedeutende Vorarbeit vorausgegangen: KÁROLYI ÁRPÁD: *A 1848-diki törvények az udvar előtt*. [=Der Gesetzesartikel von 1848 vor dem Hofe.] Bp., 1936. Magyarország újjábbkori történetének forrásai [=Quellen zur neuzeitigen Geschichte Ungarns]. Andere Quellenverweise sind in den folgenden Studien von mir angeführt: *Az országgyűlési népképviselő bevezetése Magyarországon (Az 1848:V. tc. létrejötte)*. [=Einführung einer parlamentarischen Volksvertretung in Ungarn. (Entstehung des GArt. V von 1848)] Társadalomtörténeti tanulmányok. Miskolc, 1996. 277–299. (Studia Miskolcensis 2.); „Évenkénti országgyűlést Pesten” (*Az 1848:IV. tc. létrejötte*) [=„Für jährliche Parlamentssitzungen in Pest” (Entstehung des GArt. IV von 1848)]. Szentpéteri István Emlékkönyv. Acta Jur. et Pol. Szeged, Tom. XLIX. Szeged, 1996. 503–518. (Separatdruck: Fasc. 33.); „Egy új alkotmány Magyarországnak” (*Az 1848:III. tc. létrejötte*). [=„Eine neue Verfassung für Ungarn” (Entstehung des GArt. III von 1848)] Jogtudományi Közlöny, 1997. febr.; alle drei in nachträglicher Veröffentlichung: RUSZOLY JÓZSEF: *Alkotmány und hagyomány. Újabb jog- és alkotmánytörténeti tanulmányok*. [=Verfassung und Tradition. Neuere Studien zur Rechts- und Verfassungsgeschichte.] JATEPress, Szeged, 1997. 25–84. (A József Attila Tudományegyetem Jogtörténeti Tanszékének tansegédletei 9.). – Zwei Studien von mir über das siebenbürgische Wahlgesetz: *Az erdélyi választójog történetéhez. 1848–1872*. [=Zur Geschichte des Wahlrechts in Siebenbürgen 1848–1872.] Szabó András Emlékkönyv. Acta Jur. et Pol. Szeged, Tom. LIII. Szeged, 1998. 325–352. (Separatdruck: Fasc. 23.); *Az országgyűlési népképviselő sajátosságai Erdélyben. Az 1848:II. (kolozsvári) tc. létrejötte*. [=Besonderheiten der parlamentarischen Volksvertretung in Siebenbürgen. Entstehung des (Klausenburger) GArt. II von 1848.] Debreceni Szemle, 1998. szeptember; 463–483. Zur praktischen Anwendung unserer beiden Gesetze über die Volksrepräsentation: CSIZMADIA ANDOR: *A magyar választási rendszer 1848–1849-ben (Az első népképviselői választások)*. [=Das ungarische Wahlsystem 1848–1849 (Erste Wahlen in die Volksvertretung).] Bp., 1963. 57–165.; RUSZOLY JÓZSEF: *Országgyűlési képviselő-választások Magyarországon 1861–1868* [=Reichstagswahlen in Ungarn 1861–1868] [...] Püski, Bp., 1999. /Jogtörténeti Tár 2/2./; dasselbe: Acta Jur. et Pol. Szeged, Tom. LVI., Fasc. 2. (1999).

– Dieser meiner Zusammenfassung sind weiters vorausgegangen: *Parlamentarismus és népképviselő 1848-ban*. [=Parlamentarismus und Volksvertretung im Jahre 1848] Rubicon, 1997/8. sz. 34–37.; *Cenzus und társadalom. A qualificatio kérdése az 1848. évi országgyűlési népképviselői törvényeink vitáiban*. [=Zensus und Gesellschaft. Frage der Qualificatio in den Debatten um unsere Gesetze über die parlamentarische Volksvertretung 1848] (Im Druck befindlich in einer Studiensammlung)

Pressevergehen im ungarischen Recht der dualistischen Zeit

Die Idee der Pressefreiheit sowie der Befreiung des gedruckten Gedankengutes war auch in unserem Lande zu gleicher Zeit mit der Aufklärung an den Tag gekommen. In den Jahrzehnten der ungarischen Reformzeit wurde die Abschaffung der Zensur und die Ermöglichung der unbeschränkten Zeitungsgründung seitens der Anhänger der Progression noch intensiver angefordert.

Das Bestreben der Kämpfer der Progression wurde erst endlich in der Pester Revolution des Jahres 1848 durch Erfolg gekrönt und der Zensur durch das Pressegesetz d. h. den GA XVIII aus dem Jahre 1848, ein für allemal abgeschaffen sowie anstatt der Genehmigung von Zeitungsgründungen die einfache Anmeldung der anlaufenden Presseorgane bei den Behörden eingeführt. Die Befreiung der einheimischen Zeitungsliteratur bedeutete jedoch keine schrankenlose Freiheit, sie vermochte dieselbe auch nicht zu gewähren. Die Gesetzgeber waren nämlich der Auffassung, die Presse könne bei Gewährung der völligen Freiheit der Gedankenverbreitung eben auch Rechtsmissbrauch zuschaden der Öffentlichkeit verüben. Damit läßt sich erklären, daß die grundlegenden Bestimmungen des revolutionären Presserechts die Freizügigkeit der Zeitungsliteratur nach theoretischer Deklaration der Pressefreiheit in der Wirklichkeit mit der Konstruierung von 10 Pressevergehen und 5 Presseübertretungen zu verhüten suchte.

Zwar hatten die diese rechtswidrige Handlungen sanktionierenden Paragraphen eine Beschützung der revolutionären Staatsordnung bezweckt jedoch war für den Kodifikator bei Abfassung dieser Tatbestände zweifelsohne eine verfeinerte theoretische Ansprüchlichkeit nicht bezeichnend. Dadurch war es möglich, daß die schweren Zuwider-Handlungen (Die Straferschwerungsgründe) mit edler Einfachheit als Vergehen definiert wurden, und die einzelnen Zuwiderhandlungstatbestände für Ordnungswidrigkeiten gegen die presspolizeilichen Bestimmungen, d. h. die vermutliche Übertretungssphäre waren gar nicht eindeutig festgelegt.

Zwar wurden die Vorbedingungen für die Gründung der Periodika, die Formalitäten der Anmeldung sowie die Hinterlegungsgründe und die Modalitäten für die Hinterlegung der Kautions im Abschnitt III des Gesetzes langwierig ausgeführt, mit der Auflage: wenn eine periodische Schrift ohne Einhaltung der vorerwähnten Vorbedingungen verlegt, „wird mit einer Haftstrafe bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe bis zu einer Höhe von Forint 500,– bestraft.” Und ob die sonstigen geringfügigen rechtswidrigen Verhaltensweisen etwa die minderschweren Fälle von dem Vergehen darstellen oder aber zu den Übertretungskategorien zählen, war nicht einmal erwähnt.

All dies war eine theoretisch wie auch politisch rügbare Unzulänglichkeit des Pressegesetzes der Märzrevolution, es ist jedoch schwerlich zu verschweigen, daß das Innenministerium in 1848–49 in Ungarn gegen die den presspolizeilichen Bestimmungen zuwiderhandelnden Personen in der Praxis kein einziges Mal ein Gerichtsverfahren eingeleitet hatte, und lediglich die Aufsichtsbefugnis über das Pressewesen durch diesen Ministerialressort ausgeübt wurde, er veranlasste gar keine Massnahmen weder gegen Zeitungen noch gegen Druckereien.

Mit dem Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn im Jahre 1867, der Wiederherstellung

der bürgerlichen Verfassungsmäßigkeit hatte sich auch das Pressegesetz der Märzrevolution wieder aufgelebt und das Zeitwesen beinahe bis zum Ende des Bestehens der Monarchie maßgebend bestimmt. Durch das Inkrafttreten des von Szemere verfaßten revolutionären Pressegesetzes wurde der Tätigkeit von Pressevertretern verschiedenster Art und Ranges wiederum freie Bahn eröffnet. Diese Freiheit war jedoch genauso wie in 1848, nicht unbeschränkt. Die Pressepolizeilichen Bestimmungen, die auf die Erfassung der neubegründeten oder bereits tätigen Zeitungsunternehmen hinausliefen, wurden durch das Pester Ministerium – „zwecks Beobachtung von Presseauschreibungen“ bald neukonzipiert.

In unserem Aufsatz wird diesmal der Prozess, wie die Presspolizeipolitik der ungarischen Regierungsstellen sowie ihre presspolizeilichen Vorschriften herausgebildet und zur Geltung gebracht wurden, einer Analyse unterzogen. Unsere Analyse gilt der Politik, deren Inhaber die Regierung und insbesondere deren beide Ministerien: die Ministerialressorte des Innern und des Justizwesens waren.

Für die Regierung war, insbesondere in den ersten Jahren der dualistischen Zeit, eine Gleichgültigkeit den Presseverhältnissen gegenüber, nicht eben bezeichnend. Die Sitzungsprotokolle des Ministerrates liefern eben dafür den Beweis, daß das Kabinet – von der infolge der ersten überraschenden Zeitungstacheln ihm eingejagten Ohnmacht erweckt – auf die in der Presse veröffentlichten Erörterungen hektisch reagierte. Die bloße Tatsache, daß sich die Regierung in der behandelten Zeitperiode mit Fragen unmittelbarer Pressebezogenheit beinahe achtzigmal befaßt hatte, beweist die Aktivität des Ministeriums und die Erkennung der Bedeutung der Presse.

Das Operative Organ der Pressepolitik, als eine Stelle für die Konzipierung und Durchsetzung der einschlägigen Prinzipien war jedoch das Ministerpräsidium, beziehungsweise die in dessen Rahmen errichtete Presseabteilung, die die Behandlung sämtlicher Bereiche des Pressewesens selbstverständlich nicht übernehmen konnte. Obwohl die übriggebliebenen schriftlichen Dokumente beweisen, daß die Abteilung eben bestrebt war, die politische Aufsicht der einzelnen Zeitungen und die Verfolgung ihres Inhaltes und ihrer „Richtung“ selbst auszuüben, jedoch gehörte die umfassende Kontrolle des ungarischen Zeitungswesens aus politischer und polizeilicher Hinsicht in die Kompetenz des Innenministeriums.

Dies bezeugt auch der am 17. Februar 1867 unterfertigte „höchste Erlaß“, der – indem er über „die Abschaffung des Ungarischen Königlichen Statthalterrates“ und „über die Ernennung von Gyula Andrássy zum Ministerpräsidenten“ zur Einführung zum Augleich verfügte, – die Ressortaufgaben des ungarischen Ministeriums bestimmte. (1) In der Bestimmung des regierungsamtlichen und verwaltungsrechtlichen Ressorts des sein Amt antretenden verantwortlichen Ministeriums hat der königliche Erlaß „das Presse- und Theaterwesen aus politischer Hinsicht“ nämlich dem Innenministerium zugewiesen. (2)

Mit der nicht eindeutig bestimmten Aufgabe der politischen Kontrolltätigkeit erschöpfte sich der Aufgabenbereich des Ressorts mit Bezug auf das Pressewesen nicht, da die Tätigkeit mit der Einhaltung der presspolizeilichen Bestimmungen, das heißt, dessen Verfolgung, ob den in den den Rechtsnormen verankerten Vorschriften seitens der einzelnen eben angehenden oder bereits existenten Organe Genüge geleistet worden ist, selbstverständlich nur diesem Ministerium zufallen konnte. (3)

Das für die öffentliche Ordnung und für ein ungestörtes politisches Milieu verantwortliche Ministerialressort hatte die Kontrolle über „die befreite Presse“ eine große Bedeutung beigemessen. Im Ministerium hatten sogar zwei Abteilungen der Organisation die Kontrolle von Druckerzeugnissen als Aufgabe zu eigen gehabt. Die Präsidialabteilung I besorgte mit der

Obliegenheit: „Durchsicht der einheimischen und der Wiener Zeitungen“ zweifelsohne die Überwachung aus politischer Hinsicht, dagegen drang die Abteilung für Staatspolizei und öffentliche Sicherheit mit der Bewältigung des Aufgabenbereiches „Pressewesen“ auf die Einhaltung der presspolizeilichen Vorschriften. (4)

1. Registrierung des Pressewesens in Ungarn

Nach dem Ausgleich sahen sich die neuen Machthaber bei der Wiederherstellung der bourgeois Verfassungsmäßigkeit mit einer Anzahl neuer Aufgaben konfrontiert. Die Regierung galt nämlich nicht als Nachfolger sondern vielmehr als Leugner der frühen reaktionären neoabsolutistischen Staatsapparates und wollte ihre Tätigkeit in fast allen Bereichen der Politik „mit klaren Blättern“ aufnehmen.

Die „tabula-rasa“-Politik versprach in der Sphäre des Pressewesens besonders große Umwandlungen. Es war voraussichtlich, daß die freie Gedankenverbreitung eine starke Entfaltung des „Zeitungswesens“ und eine Vermehrung von Drucksachen bewirkte. Damit hat auch der Vorstand des Ministerialressorts des Inneren gerechnet als er zur Erfassung der Presseverhältnisse sowie zur Einhaltung der pressepolizeilichen Vorschriften Anstalten getroffen hatte. Der Innenminister Bela Wenckheim war bereits im März schleunigst daran, die Leiter der Lokalverwaltung, die Vizegespane, die Bürgermeister usw. zur Beurteilung der in ihren Kompetenzbereichen erscheidenden – „teilweise oder gänzlich politisch agierenden“ – Zeitungen sowie zur Schilderung der Umstände für die Hinterlegung der Kauttionen aufzurufen, mit der Auflage: „über die künftig zu erscheinenden periodischen Schriften dieser Art ist innerhalb von 15 Tagen nach ihrem ersten Erscheinen ähnlicherweise Bericht zu erstatten.“ (5)

Darauffolgend, noch im Laufe des Jahres 1867, ersuchte das Innenministerium wieder einmal die Lokalbehörden, wobei dieselben verpflichtet wurden, das Ministerium „über die nicht politisch ausgerichteten Zeitungen“ zu orientieren. „In dieser Meldung werden das Programm der Zeitung ganz allgemein, ferner zu ihrer Erscheinungszeit die Sprache der Zeitung, die Namen des Redakteurs, des Verlegers sowie des Druckers zu erwähnen sein“ – betonte der ministeriale Runderlass. (6)

Die Tatsache, daß die beiden oberwähnten Anordnungen ihre Ziele erreicht haben, wird auch anhand des Haufens von Berichten belegt, welcher von den Munizipien und auch von woanders eingegangen war und bei dessen Erhalten der Forscher das Entstehen, das Wirken sowie das Hinscheiden der zentralen und lokalen Organe dieser Epoche sowie nicht lezt hin die Geltendmachung der presspolitischen und presspolizeilichen Funktion des Innenministeriums mit dem Anspruch der Vollständigkeit schildern könnte. Die in die Einzelheiten gehende Bearbeitung wird jedoch infolge der klüftweiten Lücken von Fascikeln des Archivs gar nicht ermöglicht und der Historiker des Presserechts ist gezwungen auf die das Zeitungswesen beeinflussende Tätigkeit des Inneren außer des erhalten gebliebenen Schriftmaterials hilfsweise aus den Aktenindexbüchern zu schließen.

Im Jahre des Ausgleichs hatte das Innenministerium beinahe zweihundert Meldungen, die Bericht über den Werdegang des Pressewesens erstatteten, registriert. Die große Mehrheit der Akten bildeten die Adressen der Lokalbehörden. (7) Es ist bedauernd, daß die Meldungen aus dem Jahre 1867 nicht eigens in der Präsidialabteilung registriert wurden, weswegen lediglich die neuen Zeitungen, die sofort bei ihrem Anlauf einer polizeilichen Maßnahme bedurften, zur Erwähnung gelangten. Zu dieser Zeit hat es von diesem Schlage – im Vergleich

zu den darauffolgenden Jahren – noch verschwindend wenig gegeben, ihre Zahl machte nicht einmal zwanzig aus. (8)

Im darauffolgenden Jahren berichtete man bereits über einundvierzig neugegründete und registrierte Zeitungen, (9) im Jahre 1869 zählte man sogar bereits fünfzig neue Zeitschriften und Zeitungen, wobei man auch über das „Hinscheiden“ von fünf Organen berichtete. (10) das Zeitungswesen beaufsichtigende Präsidialabteilung registrierte im Jahre 1870 zweiundsechzig „Zeitungsgeburten“, gegen die Eintragungen, die über die Einstellung von vier Zeitungen berichteten. (11) Jahre 1871 wurde das Verlegen von insgesamt zweiundsiebzig neuen Druckerzeugnissen sowie das Dahinschwinden von sechs Druckschriften im Registerbuch des Präsidiums eingetragen, (12) im folgenden Jahr registrierte das Ministerium des Inneren jedoch dreiundzwanzig frischverlegte Organe, davon das Erlöschen von zwanzig Organen, (13) im Jahre 1873 gelangten neundundsechzig neue Zeitungen in die Registratur und bezüglich elf dieser Zeitungen wurde die Sentenz „Erlöschen“ vermerkt. (14)

Die Erfassung der einheimischen Druckschriften erteilte jedoch nicht nur über die neugegründeten und erloschenen Zeitungen Aufschluß, sie berichtete vielmehr auch über alle wesentlichen Momente, die für eine eingehende und systematische presspolizeiliche Kontrolle unerlässlich notwendig waren.

Diese registrativen Informationen vermittelten dem Presspolizeiorgan über die Tatsache der Umwandlung vom Wochenblatt in Tageszeitung, über die festgelegten Erscheinungstage der Zeitungen, die Änderung in der Person des Redakteurs, über die neuen Zeitungsinhaber und Verleger, den Umzug der Redaktion sowie über die Änderung in der Druckerei und der Person des Druckers Aufschlüsse.

Die genaue Evidenzführung der Präsidialabteilung begnügte sich in einigen Fällen nicht mit den lückenhaften Datenlieferungen der Verleger von Presseorganen. Die Angaben des Druckers und des Redakteurs oder eben die Häufigkeit der Erscheinung verschweigende Anmeldung hatte die Abteilung mehrmals zur nachträglichen Einholung der fehlenden Angaben angespornt. (15) Der vollständige und jede Einzelheit erfassende Angabenregister für das Pressewesen hatte nicht lediglich das bloße Zurechtfinden in den verwickelten Presseverhältnissen erleichtert, man konnte mit seiner Verwendung sogar eine Anzahl von Mißständen schon im Keime abschaffen.

Diese registrativen Informationen vermittelten dem Presspolizeiorgan über die Tatsache der Umwandlung vom Wochenblatt in Tageszeitung, über die festgelegten Erscheinungstage der Zeitungen, die Änderung in der Person des Redakteurs, über die neuen Zeitungsinhaber und Verleger, den Umzug der Redaktion sowie über die Änderung in der Druckerei und der Person des Druckers Aufschlüsse.

2. Die praktische Anwendung und die Erfahrungen der presspolizeilichen Maßnahmen

Nach Umsetzung der im Staatsarchiv aufbewahrten Quellenangaben in die Sprache der Statistik kann festgestellt werden, daß es zu einer Maßnahme oder Registrierung seitens des für die Stabilisierung der dualistischen politischen Verhältnisse verantwortlichen Ministeriums bereits im ersten Jahrzehnte der Monarchie in Angelegenheiten, die das Zeitungswesen direkt oder indirekt betroffen haben, in mehr als zweitausend Fällen gekommen war. Anhand dieser selbst für sich bedeutungsvollen Menge und insbesondere des dahinter steckenden Meritums scheint eine Schlußfolgerung wie folgt, bei weiterem nicht unbegründet zu sein: Der Ministerialressort des Inneren vermochte die ihm auferlegte Aufgabe der Beaufsichtigung der einheimischen Presseverhältnisse, sowie der ihm unterstellten Organe zu bewältigen und er gewann ein, zwar unvollständiges jedoch annähernd zuverlässiges Bild über die politischen Tendenzen der einheimischen Druckschriften.

Doch der Besitz des mächtigen Informationsmaterials aus der pressstatistischen Erfassung sowie der Beobachtung des Zeitungswesens galt als lediglich eine Voraussetzung für die aktiv und effektiv betriebene Pressepolitik durch die Regierung und das Innenministerium. Die behördlichen und rechtlichen Mittel für einen direkten Eingriff in die Presseverhältnisse waren mit der neuerlichen Inkraftsetzung des Presserechts von 1848 jedoch nicht mehr verfügbar.

Außer der radikalen und mit Zuversicht nicht zu oft anwendbaren Waffe der strafrechtlichen Repressalie konnten die zentralen und örtlichen Organe der Staatsverwaltung ausschließlich nur die Sanktionen für die Nichterfüllung presspolizeilicher Vorschriften zur Kontrolle und Anleitung der Presse einsetzen.

Bei Erörterung der die Pressebeaufsichtigung der staatlichen Organe begründenden polizeilichen Vorschriften wurden die gesetzlichen Vorschriften, die über die strafrechtlichen Verfolgung derjenigen, die die Ablieferung von Zensurnummern oder die Hinterlegung der Kautionsunterlassung, verfügen, bisher noch nicht behandelt. Zur Tilgung dieser unserer Schuldigkeit wird hiermit der § 31 aus dem Gesetzartikel 18 vom Jahre 1848 zitiert. Diese Gesetzstelle verfügte nämlich dermaßen, daß die Verleger von Zeitungen, die „ohne Erfüllung der polizeilichen Anforderungen“ erscheinen, „werden mit einer Haftstrafe bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe bis zu Forint 500,- bestraft.“ (16)

Gegen diejenigen, die das Vorlegen der Zensurnummer unterlassen, verfügte das Gesetz unter Androhung eines viel minderen Rechtsnachteiles, daß lediglich auch diesem Grunde „die Verbreitung der Zeitungen nicht verboten werden darf, sondern werden die Zuwiderhandelnden mit einer Geldstrafe bis zu Forint 200,- bestraft.“ (17)

Die Verordnungen des Jahres 1867 ließen diese eindeutigen Verfügungen des Gesetzes wieder aufleben, die Presseaufsicht und das Presspolizeiwesen setzten sich jedoch nur schwerlich und stockend in Gang. Die anfängliche Unsicherheit läßt sich natürlich auch anhand der Unzulänglichkeiten der Evidenzführung des Ministeriums des Inneren über die Zeitungen im ersten Jahr erklären.

Auf diese liberale Handhabung des Kautionspolizeiwesens hat zuerst der Ministerrat aufmerksam. Auf der Sitzung der Regierung vom 18. Juni 1867 wurde festgestellt: „mehrere Zeitungen haben – unter dem Vorwand, montags erscheinen sie nicht und somit gehören sie zu den Tageszeitungen – nur die halbe Kautionsunterlegung, andere Zeitungen haben sich über

die Pflicht zur Entrichtung von Stempelmarken hinweggesetzt. (18) Die Ministerialkonferenz beauftragte den Innenminister, „soweit sich diese Tatsache bewahrheitet, die betroffenen Zeitungsinhaber zur Hinterlegung der gesamten Kautions sowie zur Entrichtung der Stempelmarken innerhalb von acht Tagen aufzufordern, widrigenfalls gegenüber diesen Zeitungen die Härte des Gesetzes walten zu lassen.“ (19)

Die kategorische Stellungnahme des Ministerrates ließ sich im Laufe des ersten Jahres jedoch nur mitterbar durchsetzen. Das Ministerium des Inneren hatte nämlich in der zweiten Jahreshälfte 1867 wegen Kautionszuwiderhandlung nur in einer geringen Anzahl von Einzelfällen und vorwiegend mit theoretischem Ansatz Anstalten getroffen. Die untergebenen Verwaltungsorgane ersuchten in den ersten Monaten ihrer Amtstätigkeit mehrmals die für das Pressewesen kompetenten Referenten des Ministeriums und erbaten bei dieselben um Erteilung von Direktiven in Einzelfällen des Kautionspolizeiwesens. In den Adressen der Obergespanne und der Bürgermeister wollte man vor allem ausfindlich machen, ob eine Befreiung von der Kautionshinterlegungspflicht zugunsten einiger – dies beantragenden – Organe erteilt, beziehungsweise in welcher Form die hinterlegte Kautions angenommen werden könnte. An den auf die Fragen der örtlichen Leiter gegebenen eindeutigen Bescheiden merkt man noch das Festhalten zu den Intentionen der im Juni abgehaltenen Regierungssitzung. Denn die Vorsteher der Munizipien und der Städte wurden durch die Ministerialanordnungen diesmal noch zur abschlägigen Beurteilung der wegen Befreiung von der Kautionspflicht gestellten Anträgen auf Fristgewährung, schlug man eine Begünstigungsgründe vor.

Im weiteren Verlauf machte sich eine Vermehrung der Fälle in der kautionspolizeilichen Amtsverrichtung des Innenministeriums als neuer Charakterzug bemerkbar. Der zahlenmäßige Zuwachs ist anhand der Registerbuch-Eintragungen leicht zu erfassen. Den Eintragungen zufolge traf der Ministerialressort im Jahre 1868 in Kautionsfällen von 10 Zeitungen Anstalten (20), und die Zahl der einschlägigen Angelegenheiten belief sich im Jahre 1869 bereits auf sechzehn (21) ein Jahr später auf fünfzehn. (22) In kautionspolizeilichen Fragen traf das Ministerium des Inneren im vierten Bestandsjahre des dualistischen Staates zwölfmal, (23) im Jahre 1872 einundzwanzigmal, (24) im Jahre 1873 vierzehnmal (25) und im Jahre vor der Fusion fünfzehnmal (26) die Entscheidung.

Der quantitative Zuwachs führte zugleich zu einer qualitativen Verwandlung. Die im ersten Jahre getroffenen starren, rechtsnormengebundenen Entscheidungen wurden nämlich durch eine Reihe von polizeilichen Maßnahmen, die die politischen Beweggründe besser berücksichtigten, ersetzt.

Doch damit will etwa die Behauptung, wonach die sich unreißen Konturen der Kautionspolizeipraxis des Ministerialressorts nicht durch die Einhaltung und Geltenmachung der bourgeois Gesetzmäßigkeit gekennzeichnet worden wären, gar nicht aufgestellt werden. Die mit Hilfe der ständigen Pressemeldungen der örtlichen Organe immer zuverlässiger werdende „präsidiale“ Evidenzführung über die Zeitungen ermöglichte eine Maßregelung der ohne Hinterlegung von Kautions erscheinenden, gänzlich oder teilweise politisch ausgerichteten Zeitungen.

Doch die lakonischen Sätze in den Indexbüchern der Präsidialabteilung aus der Zeit zwischen 1868 und 1874 ist die nachträgliche Hinterlegung der Kautions seitens mehr als sechzig Zeitungen dokumentiert, und damit ist bewiesen, daß die Anwendung der gesetzlich vorgesehenen Sanktion in der überwiegenden Mehrheit der Fälle gegen die sich politisch agierenden Zeitungen entfiel. Zugegeben, ähnlicherweise wurden auch die Organe nicht angefallen, die, ihre Ansprechbarkeit und ihren Hand zur Politikum verhehlend, in ihre Kolumnen nicht zur

„soziale“, „ökonomische“ oder „fachliche“ Fragen, sondern auch die Politik behandelten, selbstverständlich, ohne eine Kautions der Minizipal- oder Stadtkasse zuzuweisen.

Im Jahre 1868 wurde die Zeitung „Nyír“ in dieser letztgenannten Kategorie registriert, da dieselbe Politik betrieben, jedoch „keine Kautions hinterlegt hatte“, (27) desweiteren das „Szegedi Néplap“ (Szegediner Volksblatt), das „ohne Hinterlegung einer vorschriftsmäßiger Kautions Aufsätze politischer Art veröffentlicht“, (28) beziehungsweise nach sechs Jahren das „Pester Journal“. (29)

Jedoch, wie engen Spielraum für die Anwendung kautionspolizeilicher Sanktionen der Ministerialressort des Inneren zuließ, läßt sich nicht nur aus dem Haufen der Zahlen und der Eintragungen in Indexbüchern ergründen. Auch die Prüfung des erhalten gebliebenen Aktenmaterials bestätigt diese Schlußfolgerung.

Die obgeschilderte, durch die Achtung des Gesetzes gekennzeichnete liberale Verfahrensweise des Innenministeriums kam selbstverständlicherweise mit Ausnahmen und Überleitungen zur Geltung. Soweit sich nämlich der Ministerialressort in den Folgejahren nach dem Ausgleich von der Veranlassung zur Einleitung der Presseübertretungsverfahren mit weilmals unsicherem Ausfall enthielt, desto weniger hatte er in der großzügigen Handhabe mit der polizeilichen Überwachung von Zeitungen, die seine Politik populisierten. Die erste beachtenswerte Wandlung in der eindeutigen Politik des Inneren bedeutete im Bereiche der Kautionspolizei die Stundung der Kautionshinterlegung.

Obwohl die wegen Verletzung der Kautionsvorschriften anzuwendenden Sanktionen einigermaßen eine Ausnahme davon bildeten, wurde jedoch dargelegt, wie wenig deren fallweise Einsetzung die Geltung der Pressefreiheit beeinträchtigen konnte und lieber je einem kleineren oppositionellen oder nationalistischen Presseorgan war die ohne Kautions betriebene Politisierung zuschaden gekommen.

- (1) Verordnungsblatt (im weiteren: R.T.) 1867, S. 8–23.
- (2) A. a. O., S. 16.
- (3) Siehe § 30 des Gesetzartikels XVIII aus dem Jahre 1848, nach dessen Wortlaut: „Das Verlegen von Zeitungen oder Periodika, die teilweise oder gänzlich politisch engagiert sind und wenigstens zeimal im Monat erscheinen, ist nur bei Erfüllung folgender Voraussetzungen zulässig: Erstens: Eine Erklärung bei dem Vizespan, dem Oberstadthauptmann oder dem Bürgermeister der durch das Erscheinen der Zeitung betroffenen Behörde eingereicht wird, in derselben die Namen des Zeitungsinhabers oder des verantwortlichen Herausgebers oder aber des verantwortlichen Schriftleiters sowie ihre Wohnanschriften und die Druckerei, in welcher die Zeitung gedruckt werden soll, anzugeben sind und der Vorsteher der Behörde hat dieselbe dem Ministerium anzuzeigen.
- (4) Die Satzungsvorschriften über die Referaten- und Ressorteneinteilung im Innenministerium des Jahres 1869, die auch zur Veröffentlichung gelangten, erwähnten zwar die pressepolitischen Obliegenheiten der Präsidialabteilung nicht, und sie verfügten lediglich darüber, hierzu gehören „sämtliche angelegenheiten“, die „einer Erledigung seitens des Präsidenten bedürfen“, die Eintragungen in den Indexbüchern der Präsidialabteilung bezeugen jedoch die presspolitische Aktivität der Präsidialabteilung deutlich. In der Ressorteneinteilung vom Jahre 1873 sind die Obliegenheiten presspolitischer Art der Präsidialabteilung bereits der ausgeprägten Praxis entsprechend festgehalten. (Vergl. „Budapesti Közlöny“ (Mitteilungsblatt für Budapest), 17. Juni 1869, S. 1883, beziehungsweise im Staatsarchiv (im weiteren: OL.) unter K. 148 Bm. 1873/1204.
- (5) Verordnung des ung. königl. Innen- sowie des Justizministers über das Pressewesen vom 17. März 1867, Absatz 4 R.T., 1867, S. 44.
- (6) Ministerialverordnung Nr. 4546/1867 MB. Kleinversammlungsprotokoll im Komitatsarchiv Pest, Nr. 1867/3424
- (7) 99 Berichterstattungen der Lokalbehörden wurden im Jahre 1867 unter den Schriftstücken präsidialer und genereller Art im Innenministerium reigistriert.
- (8) Staatsarchiv (im weiteren: O.L.), K. 148, Indexbuch der Präsidialabteilung des Innenministerium (im weiteren: Mtk.) 1867, 1410, k. O.L.K. 150 BM. 1867/1481, 2249, 2424, 5623.
- (9) O.L.K. 148, Präsidialabt. des Inneren, Mtk. 1868, 1411, k.
- (10) O.L.K. 148, Präsidialabt. des Inneren, Mtk. 1869, 1412, k.
- (11) O.L. K. 148, Präsidialabt. des Inneren, Mtk. 1870, 1414, k.
- (12) O.L. K. 148, Präsidialabt. des Inneren, Mtk. 1871, 1415, k.
- (13) O.L. K. 148, Präsidialabt. des Inneren, Mtk. 1872, 1420, k.
- (14) O.L. K. 148, Präsidialabt. des Inneren, Mtk. 1873, 1422, k.
- (15) Die Druckerei des „Ungar Actionärs“, zbtier 1479/1868, die Zeitung „Közbiztonság“ (Öffentliche Sicherheit) erscheint einmal wöchentlich, siehe: 2536/1869, die „Szentesi Lapok“ (Blätter für Szentes) wird in der Druckerei in Szentes gedruckt. Siehe: 1796/1871, der Name des Redakteurs der Zeitung „Jászkun figyelő“ (Jazygokumanischer Beobachter). Siehe 2062/1872, die Druckerei der Zeitung „Korunk (Unsere Epoche). Siehe 1040/1872, der Redakteur der Zeitung „Losonci Lapok“ (Blätter für Loson) Mor Ambrus, siehe: 1888/1873, usw.
- (16) Ungarische Gesetzsammlung, Gesetzartikel aus den Jahren 1836–1868, Budapest, 1896, S. 241.
- (17) A. a. O.
- (18) O.L. K. 27, Protokoll der Ministerreitsitzung vom 18. Juni 1867, siehe 33/MT, Absatz 1
- (19) A. a. O.
- (20) O.L. K. 148, Präsidialabt. des Inneren, 1868, Mtk. 1410, k.
- (21) A. a. O., 1869, Mtk., 1413, k.
- (22) A. a. O., 1870, Mtk., 1414, k.
- (23) A. a. O., 1871, Mtk., 1415, k.
- (24) A. a. O., 1872, Mtk., 1420, k.
- (25) A. a. O., 1873, Mtk., 1422, k.
- (26) A. a. O., 1874, Mtk., 1424, k.
- (27) A. a. O., 1868, Mtk., 1411, k., 1868/2013
- (28) A. a. O., 2377/1868
- (29) A. a. O., 1874, Mtk., 1424, k., 2402/1874

Die Gesetzgebung bezüglich der Lage der stellungslosen Akademiker in Ungarn während der großen Wirtschaftskrise

Auf Wirkung der Wirtschaftskrise zeigte sich überall in Europa ein „Überfluß“ an Akademikern. In unserem Land stellte auch in den vorangegangenen Jahren – wie überhaupt während der gesamten Zeit zwischen den beiden Weltkriegen – die große Zahl der stellungslosen Akademiker ein großes Problem dar. Eine im Jahre 1933 angefertigte offizielle Übersicht zeigt die Bilanz des ersten Jahrzehnts der Epoche. Die veröffentlichten Daten zeigen gut an, wie der mit dem Gesetzesartikel 25 des Jahres 1920 eingeführte Numerus clausus (zur Beschränkung der Zulassungen an die Universitäten) zur Geltung kam. In dem Ungarn nach Trianon wuchs im Vergleich zu den Jahren vor dem Weltkrieg die Zahl der Angehörigen der Intelligenz spunghaft an. Darin zeigte sich nicht nur eine in der ganzen Welt zur Geltung kommende Erscheinung, d.h. der erhöhte Anspruch auf fachliche Arbeit, sondern auch die Anwesenheit der aus den abgegliederten Landesgebieten einströmenden Intelligenzangehörigen. – Die Anzahl der auf 100 000 Einwohner entfallenden Akademiker gestaltete sich zwischen 1913 und 1931 folgendermaßen: 1913: 97, 1920: 209, 1922: 256, 1931: 183.

Der Ermessung nach sind unter den 54 514 Akademikern 10 034 stellungslos. Die Unzulänglichkeit der Maßnahmen zur Verringerung der Anzahl der stellungslosen Akademiker wird von dem zitierten Bericht mit Recht zur Sprache gebracht, wie auch die vorgeschlagenen Mittel zur Lösung eine reale Anschauung widerspiegeln: „Obwohl das Problem der Überbelegung der Universitäten schon vor dem Weltkrieg aufgetreten ist, wurde es erst nach dem Weltkrieg zur Krise. Die von der Front Zurückkehrenden sowie die Wirtschaftslage der am Krieg beteiligten Länder schufen gleichermaßen auf dem Gebiet der geistigen Arbeit ein Überangebot. Die geistig Tätigen suchten in allen Ländern nach den Organisationen, die zur Besserung ihrer Lage beitragen könnten. Es wurden auch internationale Organisationen geschaffen. Die von diesen Organen durchgeführten statistischen Erhebungen gaben die Zahl der Arbeitslosen sowie deren ständig wachsende Not an und überzeugten die zuständigen Kreise davon, daß sämtliche getroffenen Maßnahmen – die Stellungsvermittlung, Berufsberatung, Anstellungsverbot der verheirateten Frauen, die geistige Notarbeit – nur symptomatische Erscheinungen darstellen.“ „Es gibt nur ein einziges Heilmittel: die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten. Nicht die Abschaffung, sondern die Vermehrung der Arbeitsstellen. All das aber beansprucht einen wirtschaftlichen Aufschwung der Welt.“ (1)

Die auf die Verringerung der arbeitslosen Intelligenzangehörigen gerichteten Maßnahmen wirken von Anfang an auf zwei parallel zueinander verlaufende bzw. sich einander ablösende Richtungen. Einerseits werden Maßnahmen getroffen, die die Bildungsordnung der Universitäten betreffen; die größte Bedeutung für uns haben in diesem Kreis die Bestimmungen zur Regelung der Aufnahme. Andererseits will man den Brotsorgen der stellungslosen Akademiker beikommen. Innerhalb der Maßnahmen, die im Zeichen dieser zwei Zielsetzungen geschaffen wurden, treffen wir auch solche Zwangsmaßnahmen, die die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit verletzen.

Die Unterscheidung nach Geschlecht, Rasse und Klasse bestand während der gesamten

Epoche der Konterrevolution, kam aber besonders scharf in den Jahren der Wirtschaftskrise zur Geltung. Gegen Ende der dreißiger Jahre betrifft die auf Wirkung der Nazi-Ideologie geltende Rassengesetzgebung (erstes und zweites Judengesetz) nicht nur die Akademiker, sondern als Teil einer allgemeinen rechtsbeschränkenden Verfügung taucht die Berufseinschränkung auf. Im weiteren beschäftigen wir uns also zuerst mit den die Arbeitslosigkeit der Akademiker betreffenden allgemeinen Maßnahmen, dann untersuchen wir die die Frauen und Juden betreffenden besonderen Maßnahmen. Hinsichtlich letzterer zitieren wir die sich auf Akademiker beziehenden hauptsächlichen Bestimmungen des ersten (1938) und zweiten (1939) Judengesetzes, weil wir nur dadurch beweisen können, daß unter den gesellschaftlichen Erscheinungen, die die Entwicklung des rechtlichen Schicksales der Juden bestimmten, die Lage der stellungslosen Akademiker ein beträchtlich beitragender Faktor war.

Die rechtliche Regelung hinsichtlich der stellungslosen Akademiker in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre

Auf das schwere Schicksal der stellungslosen Akademiker weist das Blatt „Egyetem“ (Universität) bereits zu Beginn des Jahres 1932 und drängt auf Maßnahmen unter Berufung auf ausländische Beispiele. (2)

Der Abgeordnete Professor József Illés hielt auf der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Mai 1932, auf der der Haushalt des Jahres 1932–33 diskutiert wurde, unter großem Interesse seine Rede über das kümmerliche Schicksal der stellungslosen Akademiker und trug in Verbindung mit dieser Frage seine Vorstellungen vor. (3)

Professor Illés bezeichnet einen Hauptgrund der Arbeitslosigkeit der Intelligenz darin, daß die Jugend in den Jahrzehnten nach dem Ausgleich (1867) nicht zu praktischen Berufen erzogen wurde, sondern die Mittelklassen der Gesellschaft ebenso die Beamtenbahn anstrebten, wie die Söhne der gesellschaftlich höherstrebenden kleinen Existenzen. – Für erstrangig unter den Lösungen hält er die Schaffung neuer Arbeitsplätze, besonders zur Befriedigung der kulturellen und sozialen Ansprüche des Dorfes. Unter den unmittelbar fälligen Aufgaben bezeichnet er die Rationalisierung der Amtsstellungen und erwähnt als Beispiel die Lösungen im Gesetzesartikel 67 des Jahres 1930 zur Umgestaltung der Institutionen der Komitatsverwaltung. So den Umstand, daß darin die höheren Beamtenstellungen verringert und gleichzeitig der Status des „Verwaltungspraktikanten“ eingeführt wird. Ein solcher Status gewährleistete das Existenzminimum. Eine ähnliche Lösung schlägt er in der Verwaltung des Justizwesens vor (hier können 400–500 Schreiberstellen geschaffen werden), bei den Organen der zentralen Verwaltung sowie den diesen untergeordneten Institutionen. – Beachtenswert sind die Beiträge von Gyula Berki und Károly Wolff. Berki verlegt die große Anschwellung des Beamtenapparates auf die Zeit der Koalitionsregierung. (In den Jahren 1907–1908 hatte die Zahl der öffentlichen Angestellten um 92 000 zugenommen.) Er hält die Organisierung von öffentlicher Arbeit für erforderlich, die Bildung von Produktions- und Verbrauchergenossenschaften, die Besteuerung der hohen Einkommen. Beide Redner betonen, daß die Rationalisierungsmaßnahmen und die Abschaffung der Stellungen mit hohem Einkommen nicht nur im staatlichen, sondern auch im Privatsektor angewandt werden müssen.

Auf der Ministerratssitzung vom 27. Februar 1934 wurde der Erlaß einer Verordnung des Ministerpräsidenten beschlossen, die die Lage der stellungslosen akademischen Jugend einheitlich regelt. Aufgrund eines Entwurfes des Ministeriums für Religions- und Bildungswesen wurde eine aus sieben Abschnitten bestehende Rechtsregel geschaffen, die in Form der

Verordnung Nr. 2390/1934. M.E. veröffentlicht wurde. Kurz zusammengefaßt besteht der Inhalt der Verordnung darin, daß zur Registrierung der Lage der stellungslosen jungen Akademiker und als vorschlageinbringendes Organ die Landeskommision der stellungslosen Akademiker (ung. Abkürzung: ÁDOB) geschaffen wurde, gleichzeitig wurden unter Beachtung entsprechender (sozialer, Studien-) Gesichtspunkte drei Kategorien aufgestellt, und die Angestellten erhielten für einen Monatslohn zwischen 80 und 100 Pengő – als Unterstützungsempfänger – Notarbeit. Nach Erlaß der Verordnung wurden den unterschiedlichen Bereichen und staatlichen Organen sowie Institutionen (Universitäten, kulturelle Einrichtungen) in bestimmtem Rahmen junge Akademiker zugeteilt. (4)

Die 1935–36 aufgestellten Listen der Angestellten weisen nach, daß die stellungslosen Akademiker nicht nur von den öffentlichen Ämtern, sondern auch von Universitäten und Bildungsinstitutionen angestellt wurden. So zum Beispiel die Landesbibliothek Széchényi 15 Personen, darunter zwei Frauen, das Landesarchiv 6 Männer, das Ungarische Historische Museum 5 Personen (darunter eine Frau), das Landesmuseum für Bildende Künste 1 Mann, um nur die hervorragendsten Institutionen zu erwähnen. (5) Die Universitäten und Mittelschulen auf dem Land erhielten ebenfalls junge Akademiker. (6) – Die an der Budapester Péter-Pázmány-Universität arbeitenden verdienen besondere Aufmerksamkeit, es sind 23 an der Zahl. (7) Ihre Rolle haben wir deshalb hervor, weil in einem 1935 gestellten Antrag der Universität an das Ministerium hervorgeht, wie erfolgreich diese jungen Akademiker dort tätig waren und in bedeutendem Maße zur Erhöhung des Niveaus der Universitätsausbildung beigetragen haben. (8) Die erhöhte Bedeutung der ÁDOB-Institution wird auch durch den Umstand bewiesen, daß auch andere Ministerien in immer größerer Zahl junge Akademiker anstellten, – auf diese Weise gelangten sie zu billigen und hauptsächlich qualifizierten Arbeitskräften. 1936 stellt das Landwirtschaftsministerium bereits 147 Personen an (darunter zwei Frauen), in der beruflichen Aufteilung befinden sich darunter Tierärzte, Diplom-Landwirte, Ingenieure, Chemiker, Mittelschullehrer und Juristen. Ebenso stellt das Ministerium für Verkehrswesen 159 Personen an (die Anzahl der Frauen ergibt sich nicht aus den Quellen), das Justizministerium 74 Personen und das Innenministerium annähernd 100 Personen. (9) Der Hauptarbeitsgeber der jungen Akademiker aber blieb das Ministerium für Religions- und Bildungswesen, obwohl aus einem von 1936 datierten Schreiben an den Finanzminister hervorgeht, daß das genehmigte Kontingent sich von jährlich 264 Personen auf 168 Personen verringert hat, (10) wir können hinzufügen, daß dieses Ministerium die meisten weiblichen Akademiker mit dem Abschluß der philologischen Fakultät anstellte.

Die Angelegenheit des Arbeitslagers Csurgó verdient besondere Aufmerksamkeit sowie die Veröffentlichung des bedeutenden Teils der Quellen. – Im Sommer 1936 wandt sich der Religionslehrer Imre Longhauer in einem offenen Brief an die Redaktion der Zeitschrift Új Kor (Neue Zeit) und möchte die Einführung der Jugendarbeitslager auf dem Weg über die Presse propagieren. Er zählt allerdings auch die „Mittel“ auf, mit denen die Arbeitslosigkeit radikal behoben werden könnte. Unter den Reformgedanken gibt es solche über den sozialen Radikalismus, den Antifeminismus und auch verhüllten Antisemitismus gibt er preis (Verweis auf die Religion der Bankangestellten).

Es sei bemerkt, daß sich der Ortssekretär der Nationalen Einheitspartei (der Regierungspartei) – wie das aus dem Zitat hervorgeht – sich von dem das Arbeitslager organisierenden Geistlichen abgrenzt. (11)

Auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit der Intelligenz trat nach der territorialen Ordnung des Landesgebietes eine Änderung ein. Als Zeichen der Änderung können wir den Umstand auf-

fassen, daß das Regierungskommissariat der Angelegenheiten der arbeitslosen Intelligenz unter Aufsicht des Ministerpräsidenten gelangte. (Verordnung Nr. 4960/1939. ME.) Und anläßlich einer Sitzung am 22. November 1939 im Finanzministerium kam es zu der Übereinkunft, daß „aufgrund des Beschlusses des Ministerrates unter den provisorisch beschäftigten Arbeitskräften mit Hochschulabschluß diejenigen eine Ernennung als Hochschulpraktikant erhalten, die bis zum 30. Juni 1937 angestellt waren. – Die Verringerung der Anzahl auf der ADOB-Liste ergibt sich dadurch, daß auf diese Weise 51 Angestellte des Ministeriums für Religions- und Bildungswesen so eine Ernennung erhielten (es sei bemerkt, daß sich darunter 20 Frauen befanden...; (12) einer anderen Angabe nach handelt es sich um 97 Personen). (13)

Die Modifizierung des Numerus clausus in der Epoche der Wirtschaftskrise und der Faschisierung

Das durch die Verordnung Nr. 12000/1928 des Ministeriums für Religions- und Bildungswesen organisierte Informationsinstitut für Hochschulstudium und Berufswahl führte in der Zeit der Wirtschaftskrise zur jährlichen Feststellung des Numerus clausus regelmäßige Erhebungen durch, wobei auch die Anzahl der sich an die Universität bewerbenden Studenten, darunter der Frauen und derjenigen jüdischer Abstammung mitgeteilt wurde. – Die beim Ministerium ankommenden Daten zeigen über die Zahl der immatrikulierten Frauen und jüdischen Studenten hinweg gut die beschränkende Tätigkeit der Aufsichtsbehörde im Laufe der von den Universitäten durchgeführten Aufnahmeprüfungen.

Die Wirtschaftskrise leitete die Aufmerksamkeit in der ganzen Welt auf die Überbelegung der geistigen Arbeitsgebiete, auf die Gefahr des „geistigen Proletariats“. Auch der Rechenschaftsbericht des Ministeriums für die IV. Sitzung des Bureau International d'Education hat dies zum Hauptthema. Es sei bemerkt, daß die Vorakte des Ministeriumsberichtes die Jahreszahl 1933 eine Aufzeichnung über die zu erwartende Verteilung des sich meldenden Studentenkontingents an die unter den Numerus clausus fallenden Hochschulen (in jenem Jahr 3055 Personen) an bzw. über die zu erwartende Verteilung auf die unter den Numerus clausus fallenden Hochschulfächer, wobei er zwischen der zu erwartenden Meldequote von männlichen und weiblichen bzw. christlichen und jüdischen Studenten unterschied. Die Meldung verteilt sich demzufolge auf die hauptsächlichsten Fächer wie folgt: an die juristische Fakultät meldeten sich an die 180 geplanten Plätze 957, darunter 955 Jungen.

Der Religion nach 504 Christen, 53 Juden. Die Zahl der sich an die medizinische Fakultät meldenden betrug 582, davon waren 453 Jungen und 129 Mädchen, 416 Christen, 166 Juden. An die philologische Fakultät meldeten sich 141 Studenten, darunter 69 Jungen und 72 Mädchen, 107 waren christlichen Glaubens, 34 jüdischen Glaubens.

An der ökonomischen Fakultät lagen relativ wenig Bewerbungen vor, insgesamt 80. Darunter befanden sich 56 Jungen und 24 Mädchen, die Aufteilung nach Religion war 64 Christen, 16 Juden. Die Technische Universität reizte viele zu einer Bewerbung, doch interessant ist, daß im Vergleich zu den sog. „Humanen“ Fächern auch hier der Anteil der Bewerber relativ niedrig ist. Unter den 294 Meldungen fand sich keine einzige eines Mädchens, dem Glauben nach waren es 227 Christen und 67 Juden. (14)

Die Beschränkung der Universitätszulassung weiblicher Studenten

Das Ministerium beschloß wegen der stürmischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie auch unter Hinsicht auf die hohe Zahl der sich an die Universitäten Bewerbenden eine weitere Beschränkung des Zahlenverhältnisses der weiblichen Studenten. Die verschämten Methoden wurden beiseite geworfen und die Entrechtungspraxis der Jahre nach dem ersten Weltkrieg wiederhergestellt, wobei auch das Mittel der Beschränkung auf dem Wege von Verordnungen angewandt wird. Auch an den Fakultäten, an denen bisher kein Numerus clausus für Frauen bestand, wird dieser jetzt eingeführt. Die in der Verordnung Nr. 53000/1927. IV. gewährleistete Zulassungsfreiheit stellte für die Frauen eine im Laufe der Durchführung angewandte Beschränkung dar, weil die Aufnahmekommissionen auch an den nicht beschränkten Fächern die männlichen Bewerber bevorzugten. Gleichzeitig führte diese beschränkende Verordnung dazu (vor allem an der medizinischen Fakultät), daß bei anderen Fächern ein weibliches Übergewicht auftrat (wie zum Beispiel bei der Pädagogenausbildung). An den Universitäten in der Provinz, die den Frauen gegenüber liberaler waren und nicht überbelegt, andererseits im pharmazeutischen Fach und an der philologischen Fakultät ergab sich für die an anderer Stelle abgewiesenen weiblichen Studenten eine größere Möglichkeit, aufgenommen zu werden. Daher sind bereits damals Zeichen der „verweiblichung“ des Lehrfaches zu beobachten, ihr Anteil betrug an diesen Fächern mehr als 50%. Als eine sehr beträchtliche Beschränkung kann demnach die am 16. August 1934 herausgegebene Verordnung des Ministeriums eingeschätzt werden, die an zwei Fakultäten und drei Fächern (medizinische und philologische Fakultät, pharmazeutisches, ökonomisches und Handelsfach) den Numerus clausus bei der Zulassung von weiblichen Studenten verfügt.

„Ich verständige hiermit den hochgeachteten Rat“, können wir in der Verordnung des Ministers lesen, „daß ich es zwecks Erleichterung der Unterbringung der Universitätsabsolventen für notwendig erachte, die Zahl der an die Universitäten aufnehmbaren weiblichen Studenten zu beschränken. Ich verfüge daher, daß innerhalb der Anzahl der Studenten, die im Lehrjahr 1934/35 für das erste Semester aufgenommen werden können – laut gesonderter Verordnung – weibliche Studenten an der medizinischen und philologischen Fakultät bis zu höchstens 30 (dreißig), am pharmazeutischen Fach bis zu höchstens 50 (fünfzig) Prozent aufgenommen werden können...“ Adressiert an den Rat der Technischen Universität können wir lesen: „... am ökonomischen und Handelsfach sind weibliche Studenten bis zu höchstens 30 (dreißig) Prozent aufzunehmen (15) Zu einer weiteren Beschränkung der Universitätszulassungen der Frauen kam es während der Epoche der Konterrevolution nicht.

Die Wirkung der in der Rechtsregel von 1934 beschriebenen Zulassungsbeschränkung können wir dann einschätzen, wenn wir den Verlauf der Anzahl der Studentinnen in den dreißiger Jahren vorstellen und zugleich mit den Angaben des Studienjahres 1920/21 vergleichen.

Ind der Tabelle vergleichen wir also die Zahlenangaben von drei Jahren: die des Studienjahres 1920/21 (in dem, wie wir oben gesehen haben, die die Frauen betreffenden Beschränkungen zur Geltung kamen), die des Studienjahres 1930/31, welche die Wirkung der Verordnung von 1927 widerspiegeln und schließlich die Zahlen des Studienjahres 1936/37, die bereits die Wirkung der Beschränkung von 1934 aufweisen. Zuerst stellen wir die Veränderung des Verhältnisses von männlichen zu weiblichen Studenten dar, d.h. die zusammengefaßten Ergebnisse (16)

Universität	1920		1930		1936	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Budapest	5014	786	4201	997	4093	897
Debrecen	398	43	1252	141	1101	154
Pécs	479	167	1292	122	1419	118
Szeged	1105	186	1482	297	1218	247
insgesamt:	6969	1182	8230	1557	7831	1324

Gesamtzahl der Studenten: 1920–8178

1930–9787

1936–9255

Wie sich aus obiger Tabelle ergibt, findet sich die bedeutendere Schicht der Studentinnen unter den Fakultäten in der Provinz in erster Linie an der Szegeder, in zweiter an der Debrecener Universität. An der Szegeder Universität besonders deshalb, weil hier gesondert von der philologischen Fakultät eine mathematische und naturwissenschaftliche Fakultät besteht und auch ein pharmazeutisches Fach existiert.

Bei Vergleich der Angaben der drei Jahre können wir hinsichtlich der Aufteilung der Frauen auf die Fakultäten eine bedeutende strukturelle Veränderung feststellen. So ist vor allem eine auffallende Erscheinung, wie sehr sich das Volumen der Ausbildung an den medizinischen Fakultäten verringert, und innerhalb dessen der Frauen. Das ist eine bedauerliche Angabe, die auch die Sozialpolitik der konterrevolutionären Epoche betrifft. Die Erscheinung fällt ganz besonders an der Budapester Fakultät ins Auge. Die von Klebelsberg durchgeführte bewußte Universitätspolitik gibt darauf zum Teil eine Antwort. Der Minister strebte wegen der Überbelegung der Budapester Universitäten nach Stärkung der Universitäten in der Provinz. Die zweite beachtenswerte Tendenz ist das langsams, doch ständige Steigen des Gesamtvolumens der philologiewissenschaftlichen Bildung, welches innerhalb von zehn Jahren eine bedeutende Veränderung brachte. Den Grund dafür finden wir ebenfalls in der Kulturpolitik von Klebelsberg, die neben allen inhaltlichen Charakteristika, die auf eine geistige Verzerrung hinweisen, in gewisser Hinsicht positiv eingeschätzt werden kann, so zum Beispiel auch darin, daß auf dem Gebiet der Grund- und Mittelschulbildung eine großangelegte Entwicklung durchgeführt wurde.

Was also die Verteilung der Studentinnen auf die unterschiedlichen Fächer betrifft, sinkt ihr Anteil an der medizinischen Fakultät allmählich, während er an der philologischen Ausbildung stürmisch zunimmt. Diese Tendenz ist zwischen 1920 und 1930 sehr stark, während die Verringerung von 1936 eine Wirkung der bereits zitierten Verordnung von 1934 ist. – An fast jeder Universität, die sich mit der pharmazeutischen Ausbildung beschäftigt, ist die ständige zahlenmäßige Vermehrung der Pharmaziestudentinnen auffallend. – Im Interesse des besseren Nachweises der strukturellen Veränderungen haben wir auch den prozentuellen Anteil der Studentinnen errechnet.

In Verbindung mit der Methode der Erarbeitung müssen wir bemerken, daß – obwohl der zahlenmäßige Anteil der Frauen an der theologischen Fakultät nicht bedeutend ist – sich unser Nachweis auch auf diese Angaben erstreckt, wobei die Ansprüche der reformierten Kirche sowie der Diakonissenausbildung der evangelischen Kirche vor Augen gehalten wurden, die sich mit der Verordnung von 1927 den Frauen erschloß. Weiterhin veröffentlichen wir auch die Angaben der Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften, die zwar den Frauen verschlossen war, doch wie sich aus unserer Tabelle ergibt, tauchten auch an dieser Fakultät Studentinnen gleichsam wie weiße Raben auf.

Budapester Péter-Pázmány-Universität

insgesamt:	1920/21			1930/31			1936/37		
	männl.	weibl.	w.%	männl.	weibl.	w.%	männl.	weibl.	w.%
röm.-kath. theol. Fak.	97	0	0	136	0	0	11	0	0
jur. Fak.	1318	11	0,82	2043	7	0,34	2398	9	0,03
mediz. Fak.	2850	280	8,9	1148	106	8,45	761	105	12,12
philolog. Fak.	611	461	40,5	781	823	51,30	740	703	45,94
pharmaz. Fak.	138	34	19,76	93	61	39,60	83	80	49,08
insgesamt:	5014	786		4201	997		4093	897	

Debrecener István-Tisza-Universität

Fakultäten	1920/21			1930/31			1936/37		
	männl.	weibl.	w.%	männl.	weibl.	w.%	männl.	weibl.	w.%
ref. theol. Fak.	49	0	0	165	5	0,28	166	4	2,35
jur. Fak.	285	4	0,13	629	1	0,01	527	1	0,18
mediz. Fak.	-	-	-	259	26	9,89	228	45	16,48
philolog. Fak.	64	39	37,86	199	109	32,14	180	104	12,31
insgesamt:	398	43		1252	141		1101	154	

Pécsér Erzsébet-Universität

Fakultäten	1920/21			1930/31			1936/37		
	männl.	weibl.	w.%	männl.	weibl.	w.%	männl.	weibl.	w.%
evang. Fak.	-	-	-	96	4	0,40	121	1	0,81
jur. Fak.	-	-	-	824	-	0	937	-	0
mediz. Fak.	473	156	24,96	287	30	9,46	297	61	17,09
philolog. Fak.	6	11	64,70	88	88	50,0	64	56	46,66
insgesamt:	479	167		1295	122		1419	118	

Szegeder Franz-Joseph-Universität

Fakultäten	1920/21			1930/31			1936/37		
	männl.	weibl.	w.%	männl.	weibl.	w.%	männl.	weibl.	w.%
jur. Fak.	371	8	0,21	974	9	0,1	796	1	0,13
mediz. fak.	624	120	16,12	291	55	15,8	229	52	18,5
philolog. Fak.	57	55	49,10	163	206	55,01	76	53	41,08
pharmaz. Fak.	53	3	0,53	54	27	33,33	33	15	31,25
mathem.u.nat. -wis.F.	-	-	-	-	-	-	86	34	28,33
insgesamt:	1105	186		1482	297		1220	155	

Die Arbeitslosigkeit der akademischen Frauen als eine auch die Lage der akademischen Männer berührende Frage war sowohl auf internationalen als auch ungarischen Foren Diskussionsgegenstand. Als auffälligste Erscheinung könnte formuliert werden, daß man als zweckmäßigste Methode zur Milderung der Arbeitslosigkeit der Männer die Verringerung der Anzahl der akademischen Frauen betrachtete. Aus einem Bericht des Außenministeriums, der über den 1937 in Paris veranstalteten Kongreß referiert, können wir uns ein Bild über die Lage der Akademikerinnen formen. Die auf internationalen Foren getroffenen Entscheidungen waren diskriminierenden Charakters. In dem Bericht wird das Referat von Mme M.L. Puech zitiert. (17) Die internationale Organisation der Universitätsabsolventen beschäftigte sich 1931 mit der Krise der geistigen Arbeit und ersuchte das Internationale Büro für Arbeit (Bureau Internationale du Travail), sich zusammen mit der beim Völkerbund wirkenden Kommission für Geistige Zusammenarbeit mit dieser Frage zu beschäftigen. 1934 erließ der Völkerbund einen Aufruf an seine Mitgliedsstaaten, veranstaltete dann 1936 auf Ersuchen der Kommission für Geistige Zusammenarbeit auch eine Enquete und ließ schließlich eine Erhebung durchführen. Unter Beachtung dieser Ergebnisse schlug er dann folgende – auch die Frauen betreffenden – Maßnahmen vor: eine ständige statistische Beobachtung der Lage der geistigen Ar-

beitskräfte, die Schaffung neuer Arbeitsstellen, die Verringerung des Rentenalters, Schaffung von Institutionen zur Berufswahl, Arbeitsverbot der Rentner, *Verbot der Anstellung verheirateter Frauen*, Aufstellung von Interessenschutzorganisationen bei einzelnen Berufen (für Rechtsanwälte und Ärzte unter Beibehaltung des Numerus clausus), Aufstellung von Informationsbüros an den Universitäten, Verringerung der Arbeitszeit usw. Unter den vorgeschlagenen Maßnahmen kann diejenige als nachteiligste bezeichnet werden, die das Verbot der Universitätszulassung von Frauen bzw. deren Beschränkung besagen will. Gegen die die Frauen betreffenden Beschränkungen hat die Organisation der Akademikerinnen protestiert, infolge der Wirtschaftskrise jedoch ohne viel Wirkung.

Die internationale Organisation der Akademikerinnen wurde 1919 von den Akademikerinnen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Kanadas geschaffen. Innerhalb von 15 Jahren (bis 1934) wurden in 33 Staaten unter nationalem Rahmen solche Vereinigungen geschaffen. Das Ziel der Organisation wurde in der Gründungsurkunde wie folgt festgelegt: „Das Ziel des internationalen Verbandes der Akademikerinnen besteht in der Förderung der Freundschaft und des Verständnisses zwischen den Akademikerinnen der unterschiedlichen Nationen, der Pflege ihrer Interessen sowie der Entwicklung von Sympathie und Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern.“ (18) Ungarn ist seit 1926 Mitglied dieser Organisation (ungarischen Quellen zufolge seit 1925). Das Blatt der geistig tätigen ungarischen Frauen (19) verbindet die Bildung der Vereinigung mit dem Erscheinen der Studie „Frauen an der Universitäten“ (1925) von Professor Gyula Kornis, einer einflußreichen kulturpolitischen Persönlichkeit und Gegner des Universitätsstudiums von Frauen. – Die „Antwort“ auf den Artikel von Kornis erscheint in den Spalten der Zeitschrift „Napkelet“, verfaßt von Emma Ritoók (dieses Blatt wird von der Schriftstellerin Cecil Tormay redigiert, Vorsitzende des Nationalen Verbandes der Ungarischen Frauen, des regierungstreuen Frauenverbandes dieser Epoche).

Die 1934 formulierte und auch ein Programm enthaltende „Kurze Information“ hebt die Wichtigkeit der Pflege der internationalen Verbindungen hervor, die Pflicht der Verbreitung der ungarischen Kultur, verkündet aber gleichzeitig ein völlig unpolitisches Engagement. (20) Der internationale Verband der Akademikerinnen hielt 1934 in unserem Land einen Kongreß ab. 1935 wird in der europäischen Politik die Verschiebung nach rechts allgemein. In dieser Atmosphäre war es als ungarischer „Erfolg“ zu verzeichnen, daß auf der Sitzung des Völkerbundes der französische Außenminister Laval als Referent der Internationalen Kommission für Geistige Zusammenarbeit die Wahl der Schriftstellerin Cecil Tormay in die Kommission vorschlug. Die vorschlagenden Zeilen erübrigen einen Kommentar dazu, welche Verschlechterung in der Lage der akademischen Frauen eingetreten ist: „Seit dem Tode von Madame Curie hat die Internationale Commission für Geistige Zusammenarbeit kein weibliches Mitglied ... ich schlage vor, auf diesen Platz die ausgezeichnete ungarische Schriftstellerin Cecil Tormay zu wählen, deren Tätigkeit als Roman- und Geschichtsschreiberin sowie Kritikerin allgemeine Anerkennung findet.“ (21)

Die Ereignisse von 1935 brachten nicht nur „glänzende“ Erfolge im Ausland, auch die sich mit den existentiellen Problemen beschäftigenden Artikel vermehrten sich im Blatt des Verbandes. Emma Sándor fragt in ihrem Artikel besorgt: „Welche Berufe stehen den Mädchen offen, die jetzt das Abitur ablegen?“ (22) Das von ihre gezeichnete Bild ist traurig: „Die jetzt das Abitur ablegenden Mädchen können im Ärzteberuf nicht auf eine Privatpraxis rechnen, auf ein Unterkommen bei den Versicherungsinstituten besteht wenig Möglichkeit, höchstens als Zahnärzte oder Medizinkosmetikerinnen können sie auf eine Stellung rechnen.“ Im Bereich des Lehrerberufes „ist die Aufnahmefähigkeit des verkleinerten Landes viel weniger, als

- (11) OL.K. 636. 24506/1936. Offener Brief des Religionslehrers Imre Longhauer an die Redaktion der Zeitschrift Új Kor, Auszug aus dem Text: „Ich weiß recht, daß das Arbeitslager keine endgültige Lösung für die Arbeitslosigkeit der Jugend darstellt. Aber mit Demonstrationen auf der Straße kann kein Ergebnis erreicht werden. Unterstützungen sind der gesunden, arbeitsfähigen Jugend nicht würdig. Die Jugend verlangt mit gesetzlichen Mitteln Arbeit, weil sie das Recht dazu hat. Die ADOB und die AKOB (erstere ist die Organisation zur Behebung der Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen, letztere die der Mittelschulabsolventen, Anm.d. Autorin) haben gute Arbeit geleistet, konnten aber keine gründliche Lösung erreichen. Mit der in Arbeitslosenlager versammelten Jugend können Ergebnisse erreicht werden, es gibt noch mehr als tausend Stellen für die stellungslosen Jugendlichen... In den Prohászka-Arbeitsgemeinschaften in der Hauptstadt und auf dem Land sollten eiligst folgende Themen erarbeitet werden:
Wie viele verheiratete Frauen sind bei den staatlichen und Privatunternehmen in Stellung, deren Platz von jüngeren Menschen eingenommen werden könnte? Wo sind mehr Kinder da, bei den in Stellung befindlichen Frauen, oder dort, wo die Frauen nicht angestellt sind?
Wie wird die Arbeitslosigkeit der Jugend in Italien, Österreich, Deutschland, Bulgarien und Polen bekämpft?
Wie viele Junggesellen über 30 Jahre leben in Ungarn?
Welche Junggesellensteuern gibt es im Ausland?
Wie viele Rentner gibt es, deren Rente 200 Pengő übersteigt und die dennoch in Stellung sind?
Wie verhält sich die Anteilzahl der christlichen Jugend bei den Unternehmen und Banken?...“
Brief des Parteisekretärs der NEP (Nemzeti Egyesülös Pártja - Nationale Einheitspartei, die Regierungspartei, Anm.d. Autorin), Csurgó, am 22. Juli 1936, Auszug aus dem Brief: „Ich habe dem Mut, mitzuteilen, daß ich mich mit der bedeutungslosen und unernsten Hungerstreiksvorstellung des Herrn Religionslehrers Longhauer weder als Mensch noch als Parteisekretär identifiziere, ich bin somit nach diesen Ereignissen nicht bereit, Schulter an Schulter mit ihm an der Organisation des Arbeitslagers zu wirken. Die Organisation des Arbeitslagers... halte ich im laufenden Sommer für nicht realisier- und durchführbar...“
- (12) OL.K. 636. 38000/1939.
(13) OL.K. 636. 38903/1939.
(14) OL.K. 636. 12.546/1934, 20.649/1933
(15) OL.K. 636. 21106/1934
(16) OL.K. 636. 21104/1933 sowie die statistischen Nachweise zu 28476/1936 mit dem Material hinsichtlich der Szegeder Universität bringen wir nicht in vollem Umfang, weil er leider die Angaben über das Apponyi-Kollegium und das Bürgerschullehrer-Institut nicht enthielt.
(17) Das Außenministerium sendet dem Ministerium für Religions- und Bildungswesen unter Nr. 34500/1937 den Bericht des Internationalen Verbandes der Akademikerinnen über die vom 16. bis 21. Juli in Paris abgehaltene Sitzung zu. Puech: Hommage des Femmes Diplômés.
(18) OL.K. 636. 14244/1934. International Federation of University Women.
(19) Magyar Női Szemle (Ungarische Frauenrundschau). Redigiert von Frau Zoltán Magvary Dr. Margit Teichert, Vorsitzende der Vereinigung Ungarischer Frauen mit Universitäts- und Hochschulabschluß. Ihr Mann Zoltán Magvary leitete als hoher Beamter des Ministeriums für Religions- und Bildungswesen die Angelegenheiten in Verbindung mit dem ungarischen Hochschulwesen. Er war übrigens ein berühmter Verwaltungswissenschaftler.
(20) OL.K. 636. 14244/1934.
(21) Magyar Női Szemle. Mai/Juni 1935.
(22) Magyar Női Szemle. Mai/Juni 1935.
(23) Magyar Női Szemle. Mai/Juni 1935. bzw. Sept./Okt. 1936.
(24) Magyar Női Szemle. Juli/Aug. 1935. Nachrichten des Internationales Verbandes.
(25) OL.K. 636. 23013/1938.

größere und kein Adeliger eine kleinere Freiheit.“ Im legendären „*primae nonus*“ (im neunten Titel des ersten Teils [Abkürzung von: *primae Partis nonus Titulus*]) legt es auch die handgreiflichsten Elemente des einheitlichen Rechts fest, die sog. vier Haupt- und Vorzugsrechte. Diese sind: die persönliche Freiheit der Adeligen (Sie konnten auf niemandes Wunsch ohne vorherige Ladung oder Streitverkündung und gesetzliche Verurteilung nicht festgenommen werden.), die Unterordnung der Rechtsprechungsgewalt des Königs (Niemand von ihnen durfte außer auf dem Rechtsweg weder in seiner Person noch in seinem Vermögen gestört werden.), die Steuerfreiheit (Sie sind frei von Zahlung jeglichen Frondienstes, Rentenzahlung und sonstiger Steuern, Zölle und Dreißigstzölle.) und schließlich das Widerstandsrecht (von dem sie auf Grund der Goldenen Bulle Gebrauch machen konnten, ohne der Untreue beschuldigt zu werden).

Das Tripartitum steuerte die ungarische Rechtsentwicklung mit maßgeblichem Einfluss, und lenkte das ungarische Recht durch das Mittel der Rechtszusammenfassung auf eine eigentümliche, mit dem kontinentalen Rechtsmodell parallele Bahn. Es lenkte zwar das ungarische Recht nicht eine davon abweichende Bahn, aber es verhinderte die direkte Rezeption des westlichen Rechts, und es hemmte die Rezeption des römischen Rechts für weitere Jahrhunderte. (3)

2. Am Anfang war das Gesetz die rechtliche Willenserklärung des Herrschers und seiner Berater, seine in die Form von Privilegien gegossene Gesetzgebungsabsicht (königliches Gesetz). Die Wirkung der Dekrete war gering, ihr Ansehen dem Gewohnheitsrecht gegenüber bescheiden, und in Ermangelung eines ausgebauten und zuverlässigen Exekutivapparats war ihre Durchsetzung zufällig. Die Änderung ihrer Bedeutung ist parallel zur Verstärkung der ständischen Gesetzgebung und zum Gewicht der Macht des Ständeparlaments, das im ständischen Dualismus erkämpft und erlangt wurde, zu sehen. Der Adel der Komitate, der auch in der Landespolitik zu Wort kam, schien geeignet für die Rolle der Exekutive, die er mit harten Einschränkungen auf sich nahm (Widerspruchsrecht). Mit der Stärkung der Gesetzgebung wurde das Verhältnis zwischen dem Gewohnheitsrecht und dem gegebenen (geschriebenen) Recht zu einer immer wichtigeren Frage. Im geschriebenen Recht kamen nämlich der direkte politische Wille des Gesetzgebers und die zentralen Beschlüsse des Staates zum Ausdruck, dem partikularen (aber durchaus die örtlichen Interessen vertretenden) Gewohnheitsrecht entgegen. Zur Intensivierung der Gesetzgebung und Ausgestaltung ihrer Position als Rivale war nicht nur die politische Absicht notwendig (die mit Erscheinen der ständischen Zentralisierung im politischen Leben nicht mehr fehlte), sondern auch die allgemeine Verbreitung der Schriftlichkeit, die Entstehung einer breiten Schicht der profanen Rechtskenner, sowie der Apparat der örtlichen Exekutive, der mit der zentralen Gesetzgebung kooperiert, ihre Absichten akzeptiert und gut organisiert ist. Diese wurden erst zum 15. Jh. kennzeichnend für das Rechtsleben in Ungarn.

Das Ansehen der vom Ständeparlament gegebenen Gesetze stand erst im Ständestaat an der ersten Stelle unter den Rechtsnormen, so schwächten sie einigermaßen die Kraft des Gewohnheitsrechts, und sie wiesen auch die königliche Gesetzgebung hinter sich. Die Zeit der absoluten Monarchien brachte zwar vorübergehend die Renaissance der Verordnungen des Herrschers mit sich, aber die Fokussierung der kontinentalen Rechtsentwicklung auf die Gesetze stellte langfristig die Macht des Gesetzes im Rechtssystem sicher. Das Ergebnis der Gesetzgebung, die aus der Gesetzgebungsbefugnis des Parlaments, das die Souveränität der Nation (später des Volkes) vertrat, das Gesetz, wurde von einem immer intensiverem Ansehen umgeben. Dementsprechend verwies es langfristig die Akte der unterschiedlichsten Staatsorgane

unter sich. Im Mittelalter konnte es aber die erstrangige Regelungsfunktion der Traditionen bzw. des Gewohnheitsrechts im alltäglichen Leben noch nicht brechen. Im Gewohnheitsrecht dominierten die auf die konkreten Probleme gefundenen Einzellösungen, die sich dem täglichen Bedarf des größten Teils der Gesellschaft plastisch anpassten. Die Popularität und die Kraft des aus diesen Lösungen entstandenen Landesrechts war bis zum 19. Jh. unbestritten.

Der Gesetzgeber war der Schwäche des Gesetzes bewusst. Gegen Ende des Mittelalters gelangte zwar das *decretum* vom Mantel eines Einzelurteils und Privilegs bis zur artikulierten Formulierung, die über eigentümliche Gültigkeitsbeschaffenheit und Form verfügte, trotzdem versuchte der Gesetzgeber die Legitimation jahrhundertlang in der Gewohnheit zu suchen. Sichtbar vertraute er nicht auf die eigene Kraft und betonte die auf Gewohnheit basierende Kraft der Verordnungen: „... *Wenn die Güter eines Adeligen wegen seiner Sünden oder als Strafe in die Hände seines Gegners gelangten, dann kann er oder andere, denen sie zustehen, aus seiner Hand gemäß der von jeher erhaltenen Gewohnheit des Landes ablösen...*“ (Art. 67 von 1298) Dem Gewohnheitsrecht wurde sogar noch im 16. Jh. eine „gesetzderbende“, „gesetzersetzende“ und „gesetzklärende“ Funktion zuerkannt. (Wenn das Gesetz dem Gewohnheitsrecht widerspricht, ist das Gewohnheitsrecht stärker; wenn ein Bereich vom Gesetz nicht geregelt ist, ist die Analogie im Sinne des Gewohnheitsrechts zu suchen; wenn der Gesetzestext nicht eindeutig ist, ist die richtige Antwort im Gewohnheitsrecht zu suchen.) „*Die Gewohnheit hat dreierlei Kraft: nämlich Erklärungskraft, da sie die Gesetze am besten erklärt; wenn also der Sinn des Gesetzes zweifelhaft ist, müssen wir uns der örtlichen Gewohnheit zuwenden; und wenn diese die notwendige Aufklärung liefert, darf vom Sinn, den ihm die Gewohnheit zuerkannt hat, nicht abgewichen werden. Zweitens, besitzt sie eine gesetzderbende Kraft, denn sie zerstört das Gesetz, wenn sie damit im Widerspruch steht. Drittens, besitzt sie eine gesetzersetzende Kraft, da sie das fehlende Gesetz ersetzt.*“ (Tripartitum)

Nach Entstehung der von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung an die rechtlichen Reformen und an die Rechtssicherheit gestellten Ansprüche meldete sich in der ungarischen Gesellschaft des 15. und 16. Jahrhunderts mit großer Kraft das Bedürfnis nach Neuordnung des Rechts. Unter den in Form der ständischen Zentralisierung erscheinenden Bedürfnissen des modernen Staates stand das Verlangen nach einer umfassenden Neuordnung des Rechts mit großem Nachdruck da, die im Rahmen des zur Geltung kommenden und gebrachten Rechts den zentralen Willen hätte zur Dominanz verhelfen können. Der ungarische Ständestaat, der seinen Apparat nach modernen westlichen Mustern und nach der ungarischen Rationalität ausbaute, wünschte sich nicht nur in der Administration, sondern auch im Rechtsleben die Rolle des Vereinheitlichers und des konzeptuellen Entwicklers. Diese Absicht kam im berühmten Gesetz „*Decretum Maius*“, erlassen im Jahr 1486 von Mátyás Hunyady, nachdrücklich zum Ausdruck. Ziel des Gesetzes war die Kodifizierung und eine nachhaltige Regelung, und wie es auch festlegte, erhob es den Anspruch auf eine „ewige Geltung“. Das Ziel des Gesetzgebers war also die Schaffung eines Gesetzes, das berechenbar ist und eine langfristige Planung sicherstellt. Das *Decretum Maius* zeigt bereits die Absicht des Königs, die Steuerung des Rechts in die staatliche Hand zu nehmen.

Nicht nur die Erwägungen des Staates, sondern auch das Verlangen der Akteure der im 14–15. Jh. sich schwungvoll entwickelnden ungarischen Wirtschaft wirkten in die gleiche Richtung. Die Stabilität der Produktion und des Warentausches hing in großem Maße von der Regelung der Rechtsgeschäfte und von der Rechtssicherheit ab. Das Gesetzesrecht betraf überdies kaum das Privatrecht, und es gab kein Gesetz, das die Prozessordnung geregelt hätte. Die Regelung des Warenverkehrs, der Verhältnisse im Handels- und Privatrecht fiel gänzlich

Landesarchiv (Országos Levéltár) weiter: OL

- (1) OL.K.636. 24.063/1993 – Vom 15. September 1933 datierter vertraulicher Bericht von Aladár Haász für die in Angelegenheit der Überbelegung der Universitäten einberufene Genfer Konferenz. – Dem Bericht zufolge gestaltet sich die berufliche Verteilung der 54.514 Akademiker folgendermaßen: 16.617 Juristen, 4489 Mittelschullehrer, 6958 Ärzte, 665 Ökonomen, 5856 Ingenieure, 2691 Landwirtschaftsfachleute, 889 Bergwerks- und Forstingenieure, 2968 Lehrer bürgerlicher Schulen, 756 Veterinärmediziner.
- (2) Egyetem, 1. März 1932: „Große Bewegung im Interesse der stellungslosen akademischen Jugend“ (Kostyál) – Der Artikel berichtet darüber, daß unter Führung und auf Initiative des Universitätsprofessors József Illés, Parlamentsabgeordneter, eine Kommission entstanden ist, die zur Hälfte aus Universitätsprofessoren, zur anderen Hälfte den ehemaligen und gegenwärtigen Führern der Jugend besteht. Diese Kommission möchte sich mit konkreten Vorschlägen an die Regierung wenden und zur Besprechung der Frage eine zwischenparteiliche Konferenz einberufen. – Er beruft sich auf die im Artikel gelobten „sozialen Lösungen“ im faschistischen Italien und der deutschen Nazibewegung: „... Mussolinis weise Hand, die die Lösung von oben brachte... Und mit Aufmerksamkeit verfolgen wir die Lage in Deutschland, wo morgen all das von oben her geregelt wird, was wir bisher von unten her lösen möchten.“
- (3) Drucksachen der für den 18. Juli 1931 einberufenen Parlamentssitzung, Tagebuch des Abgeordnetenhauses Bd. VI. – 2. Mai 1932. Der Haushaltsreferent ist Imre Temesvári, der sich schon auf die Tätigkeit der zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise geschaffenen sog. „33-er Kommission“ berief. – Diese Kommission nahm auch mehrfach zur Angelegenheit der stellungslosen Akademiker Stellung.
- (4) OL.K. 636. 14616/1934. Demzufolge stellte das Ministerium für Religions- und Bildungswesen (ung. Abkürzung VKM) den einzelnen Ministerien und Behörden junge Akademiker in folgender Anzahl zur Verfügung: Finanzministerium: 310 Personen, Innenministerium: 73 Personen, Landwirtschaftsministerium: 69 Personen, Außenministerium: 3 Personen, Justizministerium: 5 Personen, Verwaltungsgericht: 6 Personen. (Teilweise erhaltene Dokumente des VKM K. 305., Schriftstück Nr. 1962/1934) – Auf der im Sommer 1934 abgehaltenen Ministerkonferenz wird im 3. und 4. Punkt des vom VKM vorgelegten Vorschlages bereits der Anspruch nach Reform des Aufnahmesystems der Universitäten mit der Sorge um das Schicksal der stellungslosen Akademiker verbunden. – Zuschrift an die anderen Minister in Angelegenheit der auf der Ministersitzung vom Sommer 1934 durch das VKM vorzutragenden und anlässlich der Sitzung zu besprechenden Sachen: „3. Liquidierung der Aktion zur Unterbringung der akademischen stellungslosen Jugend in ihrer gegenwärtigen Form, Institutionalisierung in den übrigen Ministerien, Systematisierung des Aufsuchens und der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten.“ „4. Weitere Durchsetzung der Selektion an den Universitäten und Hochschulen durch Modifizierung der Lehr- und Prüfungsordnung sowie der Einführung gewisser Voraussetzungen zur Erteilung der Prüfungserlaubnis. Revision des Qualifizierungsgesetzes.“
- (5) OL.K. 636 20016/1936.
- (6) OL.K. 636 18904/1936. Nur um ein Beispiel zu erwähnen: Das Ungarische Biologische Forschungsinstitut in Tihany, das gleich zwei Akademikerinnen anstellte, sowie das Mädchenlyzeum von Sopron, das nach der Quelle Nr. 19797/1936 zwei Mittelschullehrerinnen aufnahm.
- (7) OL.K. 636 20015/1936. Die Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften stellte einen Mann an, die medizinische Fakultät 5 Personen, darunter zwei Frauen, die Bibliothek einen Mann, das Sternobservatorium 3 Personen, darunter eine Frau, das Seismologische Observatorium einen Mann, die Wirtschaftsdirektion 3 Männer und schließlich wurden außer den 23 Personen 6 als sog. Studienstipendiaten angestellt, darunter eine Frau.
- (8) OL.K. 636 29805/1935. – Das Ersuchen der Philologischen Fakultät der Péter-Pázmány-Universität in Angelegenheit der angestellten Akademiker (Auszug): „In Hinsicht der Unterbringung der stellungslosen Akademiker wollte Euer Exzellenz den geistigen Wissenschaften helfen und hat an den Universitäten zur Ergänzung der Ansprüche dieser Fächer stellungslose Akademiker angestellt. Diese Maßnahme hat sich vorzüglich bewährt und – um unsere Bemerkungen nur auf unseren eigenen Stellungsrahmen zu beschränken – nach Ausbau des Proseminariumssystems, welches an den geistigen Fächern die Bildung ganz ersichtlich vertieft und systematisiert hat, wären die Hilfskräfte nicht mehr zu entbehren, ja an einzelnen Stellen bestünde der Anspruch nach neueren Hilfskräften.“
- (9) OL.K. 636. 25071/1936.
- (10) OL.K. 636. 16613/1936.

die vier Universitäten jährlich entläßt.“ Im Apothekerberuf sieht es mit den Stellungsmöglichkeiten am traurigsten aus, 1935 gab es dem Artikel zufolge allein in Budapest 1500 stellungslose Apotheker. Der Beruf als Chemiker „gewährt den Frauen vielleicht die größte Aussicht, nachdem sich unsere Fabrikindustrie – ich denke hauptsächlich an die Arzneimittel- und Konservenfabriken – stark entwickelt.“ Von den künstlerischen Berufen gibt sie eine ebenfalls deprimierende Information: „denjenigen, die vernünftig genug sind, und auch die Existenz in Betracht ziehen, kann ich entschieden nur den Beruf als Musikpädagogin oder Kunsthandwerker empfehlen.“ Unter den in Frage kommenden Berufen empfiehlt sie die als Heilpädagogin, Sozial- und Schulschwester.

Die Probleme der Ärztinnen, die ihnen gegenüber angewandte offene rechtsdiskriminierende Unterbringungspraxis wird von Dr. Erzsébet Madarász auf der Sitzung des Ungarischen Landesärzteverbandes vom 5. Mai 1935 zur Sprache gebracht. Zu einer ähnlichen Äußerung ist Dr. Margit Ungár auf der am 12. August 1935 abgehaltenen Sitzung der Landesrechtsanwaltskammer gezwungen.⁽²³⁾ Es sei bemerkt, daß die Rechtsanwaltskammer kurz zuvor den Frauen die Tore geöffnet hatte, d.h. den im Ausland studierten und über ein nostrifiziertes Diplom verfügenden Frauen, da bis 1945 die juristischen Fakultäten in unserem Land den Frauen verschlossen waren.

Der internationale Verband der akademischen Frauen wandt sich im Interesse der stellungslosen Akademiker auch an internationale Foren. Er legte auf der 19. Internationalen Konferenz für Arbeitswesen ein Memorandum im Schutz derjenigen geistig tätigen Frauen vor, die zwecks Verringerung der Männer-Arbeitslosigkeit ihre Entlassung erhalten hatten.⁽²⁴⁾

Zu Ende der dreißiger Jahre wurde die durch die Wirtschaftskrise verursachte Arbeitslosigkeit durch die Kriegskonjunktur gemäßigt.

Die Vereinigung der Frauenverbände Ungarns bestürmte erneut das Ministerium für Religions- und Bildungswesen, um eine Öffnung der ihnen bisher verschlossenen Berufe, besonders der Juristenlaufbahn zu erreichen. In dem Gesuch vom 18. Juni 1938 werden all die Argumente wiederholt, die die 1923 und später eingereichten Gesuche enthalten hatten. Es wurde sich auf die veränderte wirtschaftliche Lage der Frauen berufen, die schwere Lage der zum Broterwerb verurteilten Frauen und auch darauf, daß die Frauen auf der Intelligenzlaufbahn standgehalten haben. Das im Dezember 1939 wiederholte Gesuch verlegt infolge der territorialen Zunahme des Landes die machteilige Lage der Frauen in den Mittelpunkt, die in Oberungarn leben. In der Tschechoslowakischen Republik war nämlich infolge der bürgerlichdemokratischen Verfassungseinrichtung im Universitätsstudium der Frauen die Rechtsgleichheit verwirklicht worden und die Frauen waren auch zur Juristenlaufbahn zugelassen (ihre Anzahl erreichte übrigens nicht einmal 10%). Das dritte Gesuch, das im Interesse der Öffnung des Juristenberufes vor den Frauen vom Ungarischen Verband der Frauen mit Universitäts- und Hochschulabschluß dem Ministerium unterbreitet wurde, erlitt das gleiche Schicksal, es wurde mit der Maßnahme vom 3. Juni 1942 ad acta gelegt.⁽²⁵⁾